



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

## Starkes Bayern, starke Kommunen

CSU-Kommunalkongress in Nürnberg

Die Kommunen sind ein kraftvolles Stück Bayern. Dies wurde beim Kommunalkongress der CSU mit Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) in der Messe Nürnberg einmal mehr deutlich. „Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Kommunen weiterhin sicherstellen und sie zukunftsfähig machen“, hob der CSU-Vorsitzende, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hervor.

Die zahlreichen Teilnehmer erwartete ein intensiver Dialog und Erfahrungsaustausch der CSU-Basis. Präsentiert wurden praktische Beispiele und Anregungen für den Kommunalwahlkampf. Diverse Dienstleistungsangebote zum Kommunalwahlkampf konnten ebenso in Anspruch genommen werden wie Workshops und Talkrunden. Ein Fotoshooting mit Spitzenpolitikern rundete das Programm ab.

### Richtungsentscheidungen

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt stimmte in seinem Eingangsstatement die Delegierten unter anderem auf die Wahlentscheidungen in diesem Jahr ein. „Vor uns liegt ein Jahr der Richtungsentscheidungen und großen Herausforderungen, was uns Engagement, Motivation und Einsatzbereitschaft abverlangt.“ Die Bürger in Deutschland stünden am 15. September vor der Entscheidung entweder für „Stabilität, Solidarität, Sicher-

heit mit uns“ oder „auf der anderen Seite Schulden, Inflation, Arbeitslosigkeit mit Rot-Grün“. 2013 gehe es darum, „ob wir bürgerlich bleiben oder eine linke Republik werden“.

### Kommunalfreundlichkeit

Dobrindt sprach von „gelebter Kommunalfreundlichkeit“. Er betonte, dass der kommunale Finanzausgleich auf Rekordhöhe bleibe. Trotz ausgeglichener Haushalte und Rekordniveau steige der FAG nochmals um 568 Mio. Euro auf 7,8 Mrd. Euro. „Unsere Kommunen leisten Entscheidendes für unser Bildungssystem, für die Energie- und Daseinsvorsorge der Menschen, für Familienfreundlichkeit, für nachhaltiges und gesundes Wachstum und für den Erhalt unserer Heimat. Die CSU setzt sich seit jeher für die Stärkung der kommunalen Landschaft ein“, erklärte CSU-Vorsitzender Horst Seehofer in seiner Grund-

wir nicht in das Nirwana von Schulden und Steuererhöhungen abdriften, wie es SPD und Grüne versprechen“. Die CSU müsse in den nächsten Monaten klarmachen, dass es bei den Bundes- und Landtagswahlen im September um die Grundentscheidungen für die Fortführung der erfolgreichen und stabilen bürgerlichen Politik mit der Union geht.

### Grundsicherung

Die Grundsicherung im Alter den Kommunen aufzubürden, sei ein großer Fehler der Regierung Schröder gewesen, erinnerte Seehofer. Der CSU sei es gelungen, diesen Fehler zu korrigieren. Auf Initiative Bayerns habe der Bundesrat jetzt eine Initiative zur Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes für Menschen mit Behinderung verabschiedet. Die Leistungen für Menschen mit Behinderung seien künftig nicht mehr in der Sozialhilfe, sondern in einem eigenständigen Gesetz geregelt. (Fortsetzung auf Seite 4)



V. l.: Arno Kompatscher (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Ernst Schöpf (Präsident Tiroler Gemeindenverband), Helmut Mödlhammer (Präsident Österreichischer Gemeindebund), Hermann Lindner sowie Erster Bürgermeister Josef Mend, 1. Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags.

### Kommunalforum Alpenraum 2013:

## Informativer Blick über die Grenze

Hochkarätige Referenten zeigten bei der Premiere des Kommunalforums Alpenraum im Technologiezentrum des Traktorenwerks Lindner in Kundl (Tirol) auf, wie die Gemeinden des Alpenraums die Herausforderungen von morgen meistern können. Das Themenspektrum reichte dabei vom Ausbau des Breitbandinternets über die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes bis hin zur Belebung der Dorfkern. Über 100 Bürgermeister und Gemeinderäte aus Österreich, Bayern und Südtirol wohnten der Veranstaltung bei. Als Kooperationspartner fungierten die Bayerische Gemeindezeitung und der Bayerische Gemeindetag, zudem Forum Land, Kommunal - das Fachmagazin des Österreichischen Gemeindebundes, Tiroler Gemeindeverband und der Fahrzeughersteller Lindner.

„Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Vernetzung stehen bei der Premiere des Kommunalforums Alpenraum im Mittelpunkt. Wir als österreichischer Fahrzeughersteller freuen uns Gastgeber dieser überregionalen Plattform im Herzen Tirols sein zu dürfen“, begrüßte eingangs Hermann Lindner, Geschäftsführer des Traktorenwerks Lindner, die Kommunalvertreter.

Johannes Tratter, Landesrat für Gemeinden, Tirol, wies in seinem sich anschließenden Impulsreferat darauf hin, dass die Gemeinden im Alpenraum sich heute in einem breiten Spannungsfeld zwischen ihrer Bedeutung im touristisch wertvollen „Dachgarten Europas“, partiellen Abwanderungstendenzen und neuen infrastrukturellen Herausforderungen bewegen. Viele Ansätze müssen daher parallel forciert werden: Von der Schärfung individueller Profile

über Maßnahmen zur Ortskernbelebung und Nahversorgung, Entwicklung neuer Kooperationsformen für eine bedarfsrechte Infrastruktur bis hin zum Breitband-Ausbau. Die Landesregierung habe die entsprechenden Weichen bereits gestellt, so Tratter.

### Breitbandversorgung

Mit Blick auf Themenblock 1 (Moderation: Michael Zimper, Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag) betonte Heinz Loibner, Berater Breitbandausbau in Tirol, dass eine gute Breitbandversorgung für den Alpenraum einen wichtigen Standortfaktor darstellt. Der „Breitbandhunger“ werde weiter zunehmen. Zwar gebe es technisch unterschiedliche Wege, jedoch gehe die Entwicklung in Richtung Glasfasernetze. Mobilfunk sei eine wichtige Ergänzung. Gemeinden sollten sich rechtzeitig mit dem Thema Breitband auseinandersetzen und im Bedarfsfall in eigene Infrastrukturen investieren. Die enge Zusammenarbeit mit dem Land sei unbedingt notwendig.

Laut Josef Mend, Erster Bürgermeister von Iphofen (Land-

### Spannungsfeld

(Fortsetzung auf Seite 4)



Was ist stärker? Des Bürgermeisters Lust am Genuss oder sein Wille? Bisher hatte er die Kasteiung in seinem traditionellen Fastenurlaub immer erfolgreich hinter sich gebracht, wie die Vorzimmerperle zu berichten weiß. Als Belohnung gibt es von ihr wie jedes Jahr eine süße Köstlichkeit. Seite 15

### Power für Bayerns Kommunen:

## GZ lädt zum 6. Energie-Forum

Wissen ist Energie! Die Bayerische Gemeindezeitung veranstaltet am 13. Juni erneut ihren großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Fachbesucher können sich unter [www.gz-energieforum.de](http://www.gz-energieforum.de) oder per eMail an [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de) bereits jetzt anmelden. Die Teilnahme ist für Vertreter von Kommunen und Behörden kostenlos.



### Jahresbericht 2013 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

## Nachhaltige Finanzpolitik lautet die Devise

Bei der Vorstellung des Jahresberichts 2013 merkte der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH), Dr. Heinz Fischer-Heidlberger, an, dass Bayern mit seiner auf Schuldenabbau ausgerichteten Finanzpolitik der Konsolidierung der Staatsfinanzen ein gutes Stück näher gekommen sei: „Die angekündigte Tilgung von weiteren 480 Mio. Euro Staatsschulden wird von uns ausdrücklich begrüßt. Die Staatsregierung setzt damit den Weg fort, den der ORH ihr empfohlen hat. Es ist ein Kurs, der Bayern deutschlandweit zu einem Vorbild für solide Finanzpolitik hat werden lassen.“

auf eine nachhaltige Finanzpolitik gesetzt werden.

### Verbesserungsvorschläge

Erneut bestätigt der ORH in seinem Jahresbericht der Staatsregierung eine insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Gleichwohl macht er eine Reihe von Vorschlägen, wie der Staat seine Aufgaben besser organisieren und wo er das Geld der Steuerzahler wirtschaftlicher einsetzen könnte. Aber auch die Einnahmeseite hat der ORH er-

neut in den Blick genommen. Steuern müssten vollständig und richtig erhoben werden - nicht nur, damit der Staat seine Aufgaben finanzieren kann. Es geht dem ORH auch um einen gerechten und gleichmäßigen Vollzug der Steuergesetze.

Zum wiederholten Male greift der Bayerische Oberste Rechnungshof (Fortsetzung auf Seite 2)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

rede. „So wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Kommunen die Keimzelle des Staates“, betonte der Ministerpräsident. Die CSU sei die kommunalfreundlichste Partei überhaupt, sei sie doch die einzige Partei, der die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kommunen ein permanentes Anliegen ist und nicht eine Erscheinung vor und während der Wahlen. „Wir sind der Anwalt der Kommunen“, stellte Seehofer fest.

### Stabile Politik

„Ohne starke Kommunen gibt es auch kein starkes und blühendes Bayern“, machte der CSU-Chef deutlich. Doch könne es in diesem starken Bundesland nur eine blühende, kommunale Landschaft geben, wenn in Deutschland Stabilität gewahrt wird „und

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Wahlaltersgrenze: Jetzt soll Karlsruhe entscheiden	Seite 2
Gewerbsteuer: Schreckensbotschaft für Kommunen	2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle: Lehrstellen-Offensive</b>	<b>3</b>
Integrationspreis 2013 für „heimaten e.V.“	3
<b>GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen</b>	<b>5</b>
EDV · IT	6-8
Abfall · Recycling	8-9
Kommunalfahrzeuge	10-11
Kommunale Praxis	12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

E.ON fordert Gewerbesteuer zurück:

## Schreckensbotschaft für Kommunen

**Kommunen in der Klemme: Nach Abschluss der Konzernbilanz verlangt der Energiedienstleister E.ON bundesweit im Voraus bezahlte Gewerbesteuer zurück. Davon sind auch bayerische Kommunen massiv betroffen. Die Vorgehensweise ist freilich unabdingbar, weil der Konzern seine Verluste auszugleichen hat. Einige Kommunen geraten damit an den Rand des Ruins.**

Tatsache ist: E.ON zahlt aufgrund eines Konzessionsvertrages an die Gemeinden in ihrem Einzugsbereich Gewerbesteuern, aufgeteilt nach einem vom Finanzamt festgelegten Schlüssel. Für die Besteuerung dient das deutschlandweite Ergebnis als Grundlage. Nach Auskunft des Konzerns verzeichne man hier jedoch Verluste. Die Milliardengewinne, die der Energieversorger aufgrund seiner internationalen Aktivitäten erwirtschaftet, spielen dabei für die Finanzbehörden keine Rolle. Für die Kommunen ist und bleibt somit schwer abschätzbar, in welcher Höhe Rückzahlungen auf sie zukommen.

### Sofort zu zahlende Rückforderungen

Viele Kommunen zeigen sich inzwischen geschockt ob der jüngsten Rückforderungen. Diese sind außergewöhnlich hoch und sofort zu zahlen. Ansonsten drohen neben den ohnehin schon enormen Zinsen auch noch Strafzahlungen.

Beispiel Kochel am See: Ende 2012 erhielt Bürgermeister Thomas Holz die Nachricht, dass seine Gemeinde heuer rückwirkend bis 2009 fast eine Million Euro Gewerbesteuer zurückzahlen muss – und das an einen Konzern, der in Kochel mit dem Walchenseekraftwerk Millionen-gewinne macht. Deshalb ist der Konzern auch zu hohen Gewerbesteuervorauszahlungen an die Kommune verpflichtet.

### 10 % des Gesamthaushalts

„Solche Aktionen fördern nicht unbedingt das Ansehen des Konzerns“, macht Rathauschef Holz seinem Ärger Luft. Die Natur werde hier intensiv genutzt, jedoch bleibe vom Ertrag „nichts bei uns“. Holz fährt fort: „Wenn man bedenkt, dass wir in der Gemeinde einen Gesamthaushalt von 10 Mio. Euro haben, kann man sich vorstellen, welch herber Schlag diese Rückzahlung für unsere Finanzplanungen war.“ Doch damit nicht genug: Mit den von Kochel zuvor kassierten Vorauszahlungen stieg

die Steuerkraft der Kommune. Deshalb musste die Gemeinde eine höhere Kreisumlage zahlen und hat dafür weniger Schlüsselzuweisungen als andere Gemeinden erhalten. Auch dieses Geld fehle jetzt, beklagt Holz.

Kurz vor Weihnachten hat das Finanzamt Düsseldorf auch der Gemeinde Karlsfeld mitgeteilt, dass sie eine Gewerbesteuerrückzahlung in Höhe von 5,5 Mio. Euro zu leisten hat. Und das obwohl E.ON bereits vor Jahren hier seinen Sitz aufgelöst hat. Die Folge: Projekte und Investitionen werden gestrichen oder zumindest geschoben. Als Beispiel nennt Bürgermeister Stefan Kolbe die Seniorenvilla, die schon seit zehn Jahren ein Wunsch in der Gemeinde ist.

In den vergangenen Jahren stand Karlsfeld finanziell nicht übermäßig gut da, die Gemeinde musste mitunter auf ihre Rücklagen zurückgreifen. Der Haushalt

### Wahlaltersgrenze:

## Jetzt soll Karlsruhe entscheiden

**Im Streit, ob eine Altersgrenze für Landräte und berufsmäßige (Ober-) Bürgermeister verfassungswidrig ist, lässt der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Paul Gantzer nicht locker. Nachdem der Bayerische Verfassungsgerichtshof seine von der Fraktion mit unterschriebene Popularklage im Dezember letzten Jahres abgelehnt und damit das Bayerische Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG) für rechtmäßig erklärt hatte, hat Gantzer als nächste Instanz das Bundesverfassungsgericht angerufen. Es kann Jahre dauern, bis Karlsruhe entscheidet.**

Die Kommunalwahl am 15. März 2014 wird demnach auf jeden Fall nach dem vor zwei Jahren geänderten GLKrWG stattfinden. Kandidaten für Landrats- und Bürgermeisterposten dürfen demnach bei Amtsantritt nicht älter als 65 Lebensjahre sein. Für die übernächste Wahl 2020 wurde das Antrittsalter auf 67 hinaufgesetzt, so dass gewählte Bewerber dann bis zum 73. Lebensjahr amtier können. Zunächst prüft das BVG, ob die Klage, die Gantzer mit Hilfe des Münchner Rechtsanwalts Michael Bihler gerade noch fristgerecht eingereicht hat,

2013 hätte aber „freundlich ausgesehen“, betont Kolbe und fordert eine Steuerreform. Verluste hier, Gewinne dort: Ob Gegenrechnung oder anderweitige Konstellationen – „alles das ist für eine Kommune schlichtweg ein Umding“, moniert Kolbe.

### Bedarfszuweisungen erforderlich

Auch in der Gemeinde Perach am Inn waren Investitionen wie die Sanierung des Feuerwehrhauses und die Erschließung eines neuen Wohngebiets geplant. Doch daraus wird nichts. E.ON fordert von Perach sowie weiteren Gemeinden mit Wasserkraftwerken am Inn erst jetzt Gewerbesteuervorauszahlungen in Höhe von mehreren hunderttausend Euro zurück, obwohl die Kraftwerke bereits 2009 an die österreichische Verbund AG verkauft wurden.

Perachs Bürgermeister Georg Eder zufolge ist seine Gemeinde jetzt auf Bedarfszuweisungen angewiesen, hängt also am staatlichen Finanztopf. Auf Gewerbesteuereinnahmen werde man auf absehbare Zeit verzichten müssen. Schließlich könne der neue Erwerber die aufgewendeten Beiträge wieder absetzen und somit entstünden in der ersten Zeit tatsächlich keine Gewinne.

Rathauschef Eder zählt nun auf eine Gesetzesänderung. Erst dann kann er wieder solide planen und wirtschaften. **DK**

Trauer um Dr. Bruno Merk:

## Politiker mit Herz und Standvermögen

**Der frühere bayerische Innenminister Dr. Bruno Merk ist im Alter von 90 Jahren gestorben. Führende Politiker würdigten Merk für dessen herausragende Leistungen.**

Merks politische Karriere begann, als der promovierte Jurist 1958 erstmals in den bayerischen Landtag gewählt wurde. 1966 wurde er bayerischer Innenminister, ein Amt, das er bis zum Jahr 1977 behielt. Eine seiner schwierigsten Phasen als Politiker hatte Bruno Merk in dieser Funktion während des Olympia-Attentats von 1972. Er war Mitglied des Krisenstabs, der für die Rettung der israelischen Geiseln verantwortlich war.

### Gemeindegebietsreform

Als Innenminister setzte Merk die Kreis- und Gemeindegebietsreform gegen erhebliche Widerstände, auch in der eigenen Partei, durch. Gesundheitsämter und Verbraucherschutz wurden neu organisiert. Auch die Umformung von Rettungsdienst und Katastrophenschutz sowie die Verstaatlichung der Polizei fielen in Merks Amtszeit. Später wurde Merk Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes und Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes. Im Juli 1990 trat er als BRK-Präsident zurück.

Bruno Merk wurde mit zahlreichen Auszeichnungen bedacht. Dazu zählten der Bayerische Ver-

dienstorden (1965), das Große Bundesverdienstkreuz (1969), das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern (1973), das Große Bundesverdienstkreuz mit Schulter-



Dr. Bruno Merk.

band (1975) sowie die Bayerische Verfassungsmedaille in Gold (1986).

Ministerpräsident Horst Seehofer würdigte den Verstorbenen als „Mann mit Standpunkt, Herz und Standvermögen“. Bruno Merk habe dem Freistaat ein „modernes Gesicht gegeben“. In den siebenziger Jahren habe er mit der Gebietsreform „ein Jahrhundertwerk“ vollbracht. Mit seiner Staats- und Verwaltungsreform

habe Merk den Freistaat auf Jahrzehnte geprägt, betonte Seehofer und fügte hinzu: „Auch im hohen Alter war er noch streitbar, scharfsinnig und immer um klare Aussagen bemüht.“

### Bleibende Verdienste

Innenminister Joachim Herrmann zufolge hat Dr. Bruno Merk „Immenses bewegt“. Er habe sich bleibende Verdienste um ein modernes Bayern erworben und bayerische Geschichte geschrieben. Herrmann erinnerte an die besonderen Charaktereigenschaften von Bruno Merk: „Er war die Zuverlässigkeit in Person, er war stets pünktlich und stets bescheiden. Er stand für Geradlinigkeit, Anstand und Gerechtigkeitssinn, er hatte eine ausgeprägte soziale Ader und er lebte seine christliche Grundeinstellung ganz selbstverständlich vor. Bei all seinen Tätigkeiten ging es Dr. Merk um unser Land und das Wohl der Menschen. Er hat Bayern in die Moderne geführt – mutig und geradlinig. Gerne erinnere ich mich auch ganz persönlich an die Begegnungen mit ihm, nicht zuletzt an seinem 90. Geburtstag im vergangenen Jahr. Er wird uns stets in bester Erinnerung bleiben“, betonte Minister Herrmann abschließend. **DK**

## Nachhaltige...

(Fortsetzung von Seite 1)

nem weiteren Gesellschafter, sollte sie Gewebepreparate (Herzklappen, Knochen, Augenhornhäute) für den medizinischen Bedarf produzieren. Der Businessplan vom Oktober 2007 kalkulierte einen deutschlandweiten Bedarf von 1.600 Präparaten pro Jahr, die Gewebekbank rechnete bereits ab 2010 mit Einnahmen von jährlich rund 1,1 Mio. Euro.

Tatsächlich wurden jedoch erheblich weniger Präparate nachgefragt. Selbst die Universität als Gesellschafterin deckte ihren Bedarf ganz überwiegend nicht aus dem Angebot der Gewebekbank. Dafür musste sie bis Anfang 2012 rund 600.000 Euro zuschieben, um die Defizite der Gesellschaft auszugleichen. Der ORH bezweifelt, dass sich die wirtschaftliche Lage der Gewebekbank noch bessern wird.

Auch die Einführung des Digitalfunks befindet sich im finanziellen „Blindflug“, beklagt der ORH. Wenn der Digitalfunk eingeführt sein wird, verfügt Bayern nach Hessen über den höchsten Standard bei der Funkversorgungsqualität für Sicherheitsbehörden in Deutschland. Doch leider sei das Projekt gewaltig im Verzug. Statt wie geplant Ende 2011 soll nun erst 2015 der Digitalfunk flächendeckend zur Verfügung stehen.

Durch diese Verzögerung, aber auch aufgrund neuer oder geänderter Anforderungen hätten sich die Kostenschätzungen massiv erhöht: von 650 Mio. Euro auf inzwischen 1,1 Mrd. Euro. Der ORH kritisiert, dass die technischen Standards sowie die Ausstattungen festgelegt wurden, ohne Alternativen zu prüfen oder Kosten-Nutzen-Untersuchungen vorzunehmen. Auch sei immer noch nicht abschließend geklärt, ob und zu welchen Bedingungen die nicht staatlichen Sicherheitseinrichtungen (z. B. Feuerwehren, Rettungsdienste) beim Digitalfunk mitmachen. Der ORH hält ferner ein striktes und aktuelles Finanzcontrolling für erforderlich, um weiteren Kostensteigerungen entgegenwirken zu können.

Als eine „Idee, die sich ver selbstständig hat“, wertet der

ORH den Meteomast auf dem Gelände der TU München in Garching. Die meteorologischen Daten sind für den Betrieb des Forschungsreaktors nötig. Der alte Beobachtungsmast aus dem Jahre 1961 war eine einfache Stahlgitterkonstruktion, an der die Messgeräte befestigt waren. Für die Neugestaltung und Bebauung der Flächen musste der Mast aber verlegt werden. Dabei entstand dann eine neue Idee: Der Mast sollte nicht nur Messdaten liefern, sondern ein Wahrzeichen für den neuen „Wissenschaftscampus“ werden.

Bereits in der Planung kletterten die Kosten deshalb von ursprünglich 750.000 Euro für einen neuen Stahlgittermast auf erst 1,9 Mio. Euro und dann auf 2,7 Mio. Euro für den neuen Turm. Auch die Arbeiten dauerten deutlich länger als geplant, 25 Nachtragsaufträge mussten erteilt werden. Inzwischen ist der neue Turm in Betrieb – und die Kosten belaufen sich auf 6,1 Mio. Euro. Der ORH meint: „Bevor man mit dem Bauen beginnt, sollte man sorgfältig planen. Vor allem aber sollte man den Landtag fragen – denn das wäre hier zwingend nötig gewesen!“

Dringender Handlungsbedarf besteht laut Bayerischem Obersten Rechnungshof bei der Krankenhausplanung. Viele Betten in bayerischen Krankenhäusern blieben leer. Die Abrechnung nach diagnosebezogenen Fallgruppen, eine kürzere Verweildauer und die verstärkte Mobilität der Patienten hätten dazu beigetragen, dass die Bettenauslastung auf nur noch 76,9 Prozent zurückgegangen ist.

Betroffen seien davon vor allem Krankenhäuser der Grundversorgung. „Konsequenzen in der Krankenhausplanung – der Grundlage für die Förderung der Krankenhäuser durch Staat und Kommunen – hatte dies aber kaum.“ Der ORH verlangt, Überkapazitäten abzubauen und die Krankenhausplanung auf die neuen Rahmenbedingungen auszurichten. Lege man das vom Gesundheitsministerium angestrebte Auslastungsniveau von 85 % zugrunde,

(Fortsetzung auf Seite 4)

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Epple  
86974 Apfeldorf  
am 2.4.

Oberbürgermeister  
Dr. Ivo Holzinger  
87700 Memmingen  
am 4.4.

Bürgermeister  
Josef Kennerknecht  
82395 Obersöchering  
am 10.4.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Exner  
95497 Goldkronach  
am 2.4.

Bürgermeister Alois Brundobler  
94072 Bad Füssing  
am 10.4.

Bürgermeister  
Johannes Buhmann  
88165 Gestratz  
am 10.4.

Bürgermeister Walter Matzner  
88138 Sigmarszell  
am 29.3.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Günther  
63863 Eschau  
am 4.4.

Bürgermeister Klaus Wagner  
95466 Kirchenpingarten  
am 4.4.

Bürgermeisterin  
Linda Plappert-Metz  
97450 Arnstein  
am 7.4.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Wildgruber  
83080 Oberaudorf  
am 1.4.

Bürgermeister Andreas Scharf  
86836 Graben  
am 4.4.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Schmidt  
90610 Winkelhaid  
am 28.3.

Bürgermeister Matthias Döhla  
95176 Konradsreuth  
am 31.3.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Auszeichnung im Münchner Maximilianeum:

# Integrationspreis 2013 für „heimaten e. V.“

Heimat heißt, sich zu Hause fühlen zu können – auch, wenn man in einem anderen Land geboren wurde. Doch damit das Gefühl sich wirklich einstellen kann, braucht es Unterstützung. Der Verein „heimaten e.V.“, eine Plattform für interkulturellen Dialog, Jugendarbeit und Bildung von Migranten, Flüchtlingen und Deutschen, wurde für seine Unterstützungsarbeit jetzt mit dem Integrationspreis des Bayerischen Landtags und des Bayerischen Integrationsrats ausgezeichnet.

Vor über 200 geladenen Gästen aus Politik, Verwaltung, Sozialministerium, Wirtschaft und Gesellschaft im Senatsaal des Bayerischen Landtags verliehen Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung, Martin Neumeyer, den mit 1.000 Euro dotierten Preis.

## Unterstützung bei Integration

In dem Münchner Verein „heimaten e.V.“ sind rund 30 Frauen und Männer ehrenamtlich engagiert. Ziel des Vereins ist es, junge Migranten, insbesondere Flüchtlinge, bei der Integration in Bayern zu unterstützen, zum Beispiel beim Erlernen der deutschen Sprache, bei Schul- und Ausbildungsplänen, bei der Freizeitgestaltung und bei ganz alltäglichen Dingen, die für Ankommende völlig fremd sind. Das Besondere dabei: Die jungen Flüchtlinge beteiligen sich selbst aktiv an der Zielsetzung des Vereins. Wer schon etwas länger im Land ist und etwa das nicht gerade einfache Münchner Fahrkartensystem schon verstanden hat, gibt sein Wissen an die Neuankömmlinge weiter. Gerade diese „Hilfe auf Augenhöhe“ war es, die die Jury des Integrationspreises besonders beeindruckte.

Die Ausschreibung des Wettbewerbs 2013 stand unter dem

Motto „Integrationsgeschichten mit Kindern und Jugendlichen in Bayern“. Der Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer erklärte den Gedanken hinter diesem Motto: „Damit haben der Bayerische Integrationsrat und der Bayerische Landtag ein Zeichen gesetzt: Integration beginnt bei den Jüngsten. Mit der erfolgreichen Einbindung der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft sichern wir die Zukunft Bayerns.“

## Kreativität, Leidenschaft und Optimismus

Auch für Schirmherrin Barbara Stamm ist der Ansatz, sich an die jungen Menschen zu wenden, wichtig: „Es sind oft gerade Kinder und Jugendliche, die unter Integrations-Schwierigkeiten am meisten zu leiden haben – die von einer gelungenen Integration aber auch am stärksten profitieren. Und es sind gerade die Jungen, die an das Thema mit besonders viel Kreativität, Leidenschaft und Optimismus herangehen. Gerade von diesem Optimismus können wir uns eine Scheibe abschneiden. Denn bei allen Defiziten, die es natürlich gibt und die wir angehen müssen: Es ist bemerkenswert, wie viel beim Thema Integration bei uns Motor läuft und was für ein kräftiger Motor vor allem das bürger-

schaftliche Engagement dahinter ist“, betonte die Landtagspräsidentin.

Bei der Preisverleihung selbst wurden die schwierigen Seiten des Themas Integration nicht ausgeklammert. Für den Preisträger heimaten e. V. schilderten die beiden jungen Flüchtlinge Mohammad Hasani und Abdullah Husseini in eindringlichen Worten ihre leidvolle Geschichte und ihre angespannte Lebenssituation. Der größte Wunsch der beiden: Weiterhin Unterstützung bei der Integration zu bekommen, die Chance auf einen Ausbildungsplatz und somit eine Zukunft in Bayern.

Hasani und Husseini zeigten das Potential auf für eine Gesellschaft, die aufgrund des enormen demografischen Wandels vor großen Herausforderungen steht. So benötigte die Wirtschaft dringend motivierte und engagierte junge Menschen. Wenn hier nicht gehandelt werde, werden ökonomische Folgen für alle zu spüren sein. Dies sollte bei jeder Entscheidung für oder gegen eine Ausbildungs- und Arbeiterlaubnis bedacht werden.

Im Rahmen der Verleihung des Integrationspreises wurde dem Landtagsabgeordneten und ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein für seine besonderen Verdienste um eine nachhaltige Integration von Zuwanderern und den interkulturellen Dialog der Integrationsrat ausgezeichnet. Damit wurde Becksteins integrationspolitisches Lebenswerk und die Pionierarbeit für den Dialog mit den Muslimen in Deutschland gewürdigt. **DK**



Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

wachsender Fachkräftebedarf ist eine der großen Herausforderungen, vor der unsere Handwerksbetriebe, Unternehmen und Industrien in der nächsten Zeit stehen werden. Auch Bayern ist vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der Globalisierung davon betroffen. Jedoch profitieren die bayerischen Unternehmen im Wettbewerb um die besten Köpfe von vielfältigen Standortvorteilen. Der Freistaat ist weltweit bekannt für seine Lebensqualität und darüber hinaus als das Chancenland Nummer 1: Moderne Technologien, gepaart mit überdurchschnittlichem Wachstum, garantieren hochwert-



tel bei der Berufswahl sind Praktika, die jeder Schüler absolvieren kann. Jedoch hapert es oftmals daran, dass Angebot und Nachfrage nicht richtig zusammenpassen. Das zeigen einerseits viele unbesetzte Lehrstellen und andererseits hohe Abbrecherquoten.

Kein Jugendlicher sollte unversorgt bleiben. Unsere jungen Menschen sollen einen Beruf ergreifen können, der ihren Fähigkeiten und Talenten entspricht und umgekehrt sollen Ausbildungsbetriebe einen Lehrling finden, der zum Ausbildungsberuf und zum Unternehmen passt. Dies kann jedoch nicht allein die Aufgabe der Politik sein. Auch die Unternehmen selbst müssen sich anstrengen, damit sie im Wettbewerb um Nachwuchskräfte bestehen. Sie müssen die Jugendlichen für ihr Unternehmen und ihre Ausbildungsberufe begeistern.

Die Industrie- und Handelskammer Schwaben hat die Wichtigkeit dieser Aufgabe richtig erkannt und versucht nun im Rahmen eines Pilotprojektes Betriebe, die ihre Ausbilder speziell schulen lassen, mit Hilfe einer Zertifizierung hervorzuheben. Die Schulung der Ausbilder trägt maßgeblich zur Qualitätssicherung in der Ausbildung bei. Gleichzeitig verbessern die Ausbilder auch ihre eigenen Karrierechancen. Voraussetzung für eine Zertifizierung ist, dass der Bewerber als betrieblicher Ausbilder aktiv ist und über den Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Eignung verfügt. Auch ehrenamtliches Engagement wird bewertet. Die Bildungspunkte werden von einer Jury, bestehend aus haupt- und ehrenamtlichen Vertretern der Berufsausbildung bei der IHK Schwaben vergeben.

Ich meine, das ist ein sehr guter Weg, sowohl für unsere Auszubildenden als auch für unsere Unternehmen. Daran sollten wir weiter arbeiten!

Ihr Stefan Rößle

## Lehrstellen-Offensive

ge Arbeitsplätze und damit hervorragende Zukunftsperspektiven. Auch das Handwerk bietet eine oftmals nicht bekannte breite Palette an interessanten Ausbildungsberufen mit mittlerweile ausgesprochen guten Aufstiegschancen.

Um diesen Trend weiter fortzuschreiben, müssen wir im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte alles tun, um Leistungspotenziale auszuschöpfen. Gut ausgebildete und zufriedene Fachkräfte bleiben am Standort, bringen Wohlstand und Zukunftsfähigkeit nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für das Unternehmen und den Wirtschaftsstandort insgesamt.

Deshalb ist es wichtiger denn je, dass wir unseren Nachwuchs ordentlich ausbilden und bei der Berufswahl unterstützen. Das bayerische Schulsystem bietet dafür die besten Voraussetzungen, denn unsere Schulen gehören zu den Spitzenreitern beim PISA-Test. Ein unterstützendes Hilfsmit-

2.000 Gemeinden in Bayern eine „zentrale Funktion“ haben. Für den Städtetag zeigten Regensburgs OB Hans Schaidinger (CSU) und Gemeindegeschäftsführer Dr. Jürgen Busse Pro und Contra zum Entwurf sowie zwischen ihren Verbänden auf.

## Seehofer plädiert für Entbürokratisierung

Den Rahmen für die weitere Diskussion sah Annette Karl in den Referaten der Uniprofessoren Gerlind Weber (Wien) und Hubert Job (Würzburg). Es dürfe hierzulande keine US-amerikanischen Verhältnisse geben. Bayern müsse den durchaus erfolgreichen Weg einer starken Landesplanung weiter gehen und eine Zersiedelung verhindern. Zum Beispiel dürfe an Windkraft- und Photovoltaikstandorten kein Discounter gebaut werden. Die Verödung der Ortskerne durch Wirtschafts- und Versorgungskomplexe auf der Grünen Wiese mit allen Problemen stelle die Kommunen auch finanziell vor große Probleme.

Ihre Spitzenverbände hatten bereits vor einem Monat bei ei-

nem Treffen mit Ministerpräsident Horst Seehofer angemahnt, die kommunale Planungshoheit zu stärken. Dies soll mit dem „Aktionsplan demografischer Wandel“ in das LEP eingefügt werden. Zersiedelung zu verhindern, war bereits Ziel des ersten Landesentwicklungsprogramms anno 1976.

Horst Seehofer erachtete es beim CSU-Kommunalkongress in Nürnberg als bemerkenswert, wie sich die Interessenverbände in immer noch weiteren Vorschlägen ergingen. Wenn deren Wünsche und Vorschläge allesamt realisiert würden, könne von Entbürokratisierung wahrlich keine Rede sein. **rm**

# Weiter Gegensätze beim Landesentwicklungsprogramm

Die Schaffung eines neuen Landesentwicklungsprogramms (LEP) zieht weiterhin starke Kontroversen nach sich. Das bestätigte im Wirtschaftsausschuss des Landtags die ganztägige Anhörung von Sprechern der Kommunen sowie Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Interessenverbänden. Die Gegensätze blieben unverändert. Die Koalitionspartner wollen die widersprechenden Stellungnahmen nochmals erörtern und eventuell Korrekturen vornehmen, damit das LEP doch noch im Juni verabschiedet werden kann.

„Wenig Lob, viel Kritik und eine Menge Anregungen“, fasste Ausschussvorsitzender Erwin Huber (CSU) zusammen. Sein Stellvertreter Alexander Muthmann (FW) war gleicher Meinung. Vor allem die Totalkritik von den mit Raumordnung und Landesplanung beschäftigten Gremien sei bemerkenswert. Huber kündigte ungeachtet des Zeitplans einen intensiven Koalitionsdialog an. Dietrich von Gumpenberg (FDP) will so-

wohl mit seiner Fraktion als auch mit dem Wirtschaftsminister reden. Zeit steht zu dem in mehrjähriger Arbeit aufgestellten LEP. Es enthält Leitlinien für alle möglichen Herausforderungen, vom demografischen Wandel bis zu Energiewende und Klimaschutz.

Für ein völlig neues Programm müsse man sich ausreichend Zeit nehmen und mit Experten, Kommunen sowie mit Bürgerinnen und Bürgern reden, forderte An-

nette Karl (SPD). Das würde den durchaus großartigen Ruf der bayerischen Landesplanung erhalten und die Weichen für eine gute Zukunft stellen.

## Wunschthemen

Thomas Mütze (Grüne) sah in der Anhörung die Kritik seiner Partei bestätigt. Die Staatsregierung habe keine Antwort auch für Themen wie Klimawandel, Verkehr und demografische Entwicklung. Städte und Gemeinden warnte er vor Kommunalisierung. „Jeder macht, was er will, ist keine Landesplanung.“

Das Zentrale-Orte-System wird auch von der Koalition auf den Prüfstand gebracht. Huber kündigte dies für nächstes Jahr an. Es könne nicht sein, dass 900 der

# Verschuldung der öffentlichen Haushalte

Das Statistische Bundesamt hat mitgeteilt, dass sich für Gemeinden und Landkreise in 2012 nach Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik ein Finanzierungsüberschuss von insgesamt 1,8 Mrd. Euro errechnet. Er fällt damit etwas geringer aus als erwartet.

Zugleich teilte es mit, dass Bund, Länder und Gemeinden bzw. Landkreise mit 2.071,8 Mrd. Euro verschuldet waren. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Landkreistag generell dazu aufgefordert, zusätzliche Steuereinnahmen nicht für neue konsumtive Zwecke, sondern für notwendige Zukunftsinvestitionen und zur Tilgung von Altschulden zu verwenden. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Wir müssen in der Politik wieder zu mehr Selbstdis-

ziplin gelangen, um die Verschuldungsproblematik aller Ebenen Stück für Stück in den Griff zu bekommen.“

## Wirtschaftliche Basis stärken

Diese Konsolidierungspolitik sollte einhergehen mit Investitionen, die dauerhaft die wirtschaftliche Basis des Landes stärken wie z.B. in den Breitbandausbau und die Bildungsinfrastruktur. **□**

# WASSERKRAFT ZUM LEBEN

RHEIN-MAIN-DONAU

Donau-Kraftwerk Ingolstadt: www.rmd.de

- / REGENERATIV
- / MODERN
- / DYNAMISCH

## Noch vier Monate bis zum Südtirol Ultrarace

Kräftig genutzt für die Bewerbung der eigenen Region wurde das Kommunalforum Alpenraum in Kundl. So lud beispielsweise der Obmann der GRW Samtal, Josef Günther Mair, seine Kollegen vom 26. bis 28. Juli zum Südtirol Ultrarace, dem extremen Berglauf in den Samtaler Alpen entlang der Hufeisentour. Schon vor dem Startschuss in Bozen haben die Organisatoren den „Ritterschlag“ schlechthin bekommen. Das Südtirol Ultrarace wird nämlich als Qualifikationslauf für „The North Face Ultra-Trail du Mont-Blanc 2014“ anerkannt. „Für unseren Lauf ist das natürlich eine tolle Aufwertung, wenn einer der angesehensten Extrem-Bergläufe der Welt unser Event schon vor der Premiere mit der maximalen Punktezahl auszeichnet“, sagte OK-Chef Mair.

Der Startschuss erfolgt am 26. Juli abends in Bo-

zen. Von dort geht es zur Sarnen Scharte, weiter zum Latzfonsen Kreuz und über Flaggscharten- hütte zum Penser Joch. Sobald die Athleten dort ankommen, haben sie 60 Kilometer in den Beinen – und somit die Hälfte der Strecke zurückgelegt. Auf dem zweiten Teil der hochselektiven Strecke geht es entlang schmaler Trails mit rasanten Auf- und Abstiegen über das Gerölljoch zum Oberberg, Unterberg, Alpler Nieder und zur Hirzer Hütte. Von dort müssen die Athleten zum höchsten Punkt des Rennens und zwar zur Oberen Scharte (2.698 m) unterhalb des Hirzers. Nun erwartet die Teilnehmer des Südtirol Ultrarace noch ein langer Abstieg, vorbei am Kratzberger See zum Mittagerund schließlich zum Ziel auf den Talferwiesen in Bozen.

Weitere Informationen unter: [www.suedtirol-ultrarace.it](http://www.suedtirol-ultrarace.it) □

## Starkes Bayern ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Zugleich würden die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung gestärkt. Für die Kommunen bedeute die Übernahme der Leistungen durch den Bund eine Entlastung in Milliardenhöhe.

Seehofer zufolge „bleibt es unser Ziel, die Kommunen auf der Ausgabenseite weiter zu entlasten. Bei den Kosten für die Grundsicherung im Alter haben wir das schon geschafft. Jetzt muss bei den Kosten der Eingliederungshilfe der nächste Schritt erfolgen.“

Als weiteren großen Schritt für die Kommunen bezeichnete Seehofer aktuell auch die Investition von einer zusätzlichen Milliarde Euro für Krankenhäuser. In keiner Epoche sei so viel für die Kommunen getan worden wie in den vergangenen vier Jahren, konstatierte der Parteivorsitzende und erinnerte nicht zuletzt an den erfolgreichen Kampf der CSU für den Erhalt der Gewerbesteuer.

### Konversion

„Gut unterwegs“ sei man im Freistaat auch beim Thema Konversion, fuhr Seehofer fort. Militärische Konversionsflächen seien Teil der nachhaltigen Siedlungsentwicklung und der städtebaulichen Qualitätssicherung. Allen sei bewusst, dass die Auflösung oder die Reduzierung von Bundeswehrstandorten erhebliche Auswirkungen auf die betroffenen Gemeinden haben. Dafür eine neue Nutzung zu finden, sei für alle Beteiligten zwar eine große Herausforderung, aber auch eine Chance.

Auch die Energiewende könne nicht ohne Kommunen gelingen, so der CSU-Chef. „Wir wollen in Bayern eine autarke Versorgung.“ Die im Freistaat erforderliche Energie solle auch dort produziert werden. Es sei notwendig, die Strompreise zu deckeln. Die Energiewende könne nur dann gelingen, wenn neben der Umweltfreundlichkeit und der Versorgungssicherheit auch die Bezahlbarkeit sichergestellt werden kann. Die jetzige EEG-Umlage sei das Ergebnis der verfehlten rot-grünen Politik, die nur das Augenmerk auf den Ausbau erneuerbarer Energien gerichtet habe, aber nicht auf die Strompreise. Deshalb sollte eine Senkung des Steueranteils an den Stromkosten erfolgen.

Unzufrieden zeigte sich Seehofer damit, dass man beim Bürokratieabbau zu langsam vorankomme. Gerade aus Brüssel werde den Bürgern vieles zugemutet. Daher will die CSU künftig mit einem eigenen Ministerium die kommunale Selbstverwaltung in Bayern stärken. Für den Fall eines Wahlsiegs seiner Partei bei der Landtagswahl im September plane er, einen Minister für Heimat und Selbstverwaltung zu installieren, stellte Seehofer klar. Ziel sei es, mehr öffentliche Aufgaben „von oben nach unten zu verlagern“.

Der Begriff „Heimat“ als Na-

mensbestandteil des neuen Ministeriums soll die spezielle CSU-Philosophie ausdrücken: „Der ländliche Raum ist für uns die Heimat. Und wir wollen der Heimat mehr Rechte geben, dass sie sich selbst verwaltet.“ Heimat sei Gegenstück zur Globalisierung und zur Zentralisierung, weshalb die örtlichen Politiker auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten müssten. Zugleich forderte Seehofer ein Ende der Regelungs- wut auf EU-Ebene: „Ich habe den Eindruck, in Brüssel herrscht das Geschäftsmodell: Was ist noch nicht geregelt?“ – egal, ob es sich um Duschköpfe, Glühbirnen oder Trinkwasser handle.

Im Anschluss an die Rede des Parteivorsitzenden wurden in mehreren Podiumsdiskussionen die Themen „Zukunftsfähige ländliche Räume“, „Wahlkampf in großen Städten“ und „Erfolgreich wahlkämpfen“ erörtert.

Mit Blick auf die ländlichen Räume erklärte Innenminister Joachim Herrmann unter der Moderation der Bundestagsabgeordneten Marlene Mortler, dass es keine Partei gebe, die in dieser Frage eine annähernd große Kompetenz wie die CSU aufweist. Der ländliche Raum sei im Freistaat sehr vielfältig, weshalb von einem Problemfeld nicht die Rede sein könne. Die demografische Entwicklung bezeichnete Herrmann als große Herausforderung; wichtig sei es deshalb, „Arbeitsplätze in den ländlichen Raum zu bringen“. Der Fokus liege auf Städtebauförderung, Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsförderung. Über 70 % der Landesmittel kämen bei der Städtebauförderung mittlerweile dem ländlichen Raum zugute.

### Breitbandförderung

Für Georg Schmid, MdL, Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, ist das Thema Breitband von großer Bedeutung, „vergleichbar mit Telefon, Wasser und Strom“. Die Haushaltsmittel des Freistaats beliefen sich dafür bis 2014 auf 500 Mio. Euro. In dieselbe Kerbe hieb Michael Fahmtüller, Landrat Rottal-Inn: Er betonte, dass es zunächst wichtig sei, überhaupt einen Anbieter zu finden, der sich um die Breitbandförderung kümmert. Grundsätzlich seien der Ausbau der Infrastruktur im Allgemeinen und Familienfreundlichkeit im Besonderen „das A und O, wenn es darum geht, den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten“. Auf dem Wege der Suche nach geeigneten Konzepten sei die Miteinbeziehung des Bürgers oberste Maxime.

Stefan Rößle, KPV-Landesvorsitzender und Landrat von Donau-Ries, erwähnte seinerseits die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Für den ländlichen Raum werde zusätzlich eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Insgesamt drei Förderprogramme hat die Bayerische Staatsregierung aufgelegt, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum auch in Zukunft auf hohem Niveau zu sichern: Die Niederlas-

sungsprämie gehört dazu ebenso wie ein Stipendienprogramm für Medizinstudierende und ein Fördertopf für besonders innovative ärztliche Konzepte und Praxismodelle. Die Staatsregierung stellt dafür bis zum Jahr 2014 ein Gesamtvolumen von 15,5 Millionen Euro zur Verfügung.

### Zusammenarbeit

Dr. Susanne Plank, Bürgermeisterin in Maxhütte-Haidhof (Landkreis Schwandorf), sprach sich schließlich für interkommunale

(Fortsetzung von Seite 1)

kreise Kitzingen) und 1. Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, hat der Freistaat Bayern ein Hochgeschwindigkeitsbreitband-Förderprogramm mit einer Laufzeit von Ende 2012 bis Ende 2017 aufgelegt. Das notifizierte Fördervolumen betrage 2 Mrd. Euro, die Haushaltsmittel des Freistaats beliefen sich bis 2014 auf 500 Mio. Euro. Je Gemeinde sei eine Förderung bis zu 500.000 Euro möglich. Der Fördersatz betrage zwischen 40 und 80 Prozent. Der kommunale Eigenanteil sei erheblich.

Die Zuständigkeit für Telekommunikation liegt Mend zufolge beim Bund. Dieser sehe seine Betätigung vor allem in der Schaffung des regulatorischen Rahmens und in einer unterstützenden Frequenzpolitik. Eine finanzielle Förderung durch den Bund sei erforderlich. „Breitbandversorgung ist keine kommunale Aufgabe. Leistungsfähige Breitbandnetze sind aber eine wichtige Infrastruktur für Kommunen“, erklärte der Gemeindegatsvizepräsident.

Der Abwicklungsaufwand für die Kommunen sei beträchtlich und mit einem hohen Fehlerrisiko verbunden, fuhr Mend fort. Die in den Hinweisen zum Bayerischen Hochgeschwindigkeitsbreitband-Förderprogramm vorgesehenen Verfahrensschritte müssten zwingend eingehalten werden. Mend empfahl in diesem Zusammenhang, zu Beginn die kostenlose Erst- und Einstiegsberatung des Bayerischen Breitbandzentrums zu nutzen.

### Transparentes Verfahren

„Für die Gemeinden sollte gelten: Nicht Leuchttürme errichten, sondern schnelles Breitband in die Fläche bringen“, machte der Verbandsvize deutlich. Aus kommunalpolitischen Erwägungen sollte das Erschließungsgebiet in einem transparenten Verfahren festgelegt werden. „Die kommunalen Spitzenverbände werden die Startphase des Programms intensiv beobachten und gegebenenfalls Änderungen einfordern“, so Mend abschließend.

Nach den Worten von Georg Keuschnigg, Mitglied des österreichischen Bundesrates, schreitet die Verstärkung auch in Österreich mit einem beängstigenden Tempo voran. Wien werde in den wenigen Jahrzehnten mehr als drei Millionen Menschen

le Zusammenarbeit aus. Der Konkurrenzkampf untereinander müsse ein Ende haben, es gelte, über den Tellerrand hinauszublicken und sich „stolz und selbstbewusst“ zu präsentieren. In Maxhütte-Haidhof sei dies bereits geschehen: Zusammen mit den Städten Burglengenfeld und Teublitz wurde 2009 eine gemeinsame Geschäftsstelle eröffnet.

Vor dem Hintergrund, Kosten zu sparen und den Service für die Bürger zu erhöhen, könne das Städtedreieck zahlreiche gewinnbringende Kooperationen vorweisen, berichtete Susanne Plank. Beispiele seien die Gründung eines Schulverbundes, gemeinsames Personal und Anschaffungen. Errichtet wurde der erste Bibliotheksverbund in Ostbayern sowie eine neue gemeinsame Kleiderkammer. Die drei Städte betreiben ein gemeinsames Veranstaltungsmanagement, das vom Städtedreiecksclub bis hin zur Frühjahrsmesse reicht.

Darüber hinaus besitzt das Städtedreieck eine gemeinsame Volkshochschule und ein Mittelstandszentrum. Kooperation findet auch beim Thema Regionalmarketing statt. Zudem werden langfristige Themen wie die Erstellung eines überörtlichen Verkehrskonzepts aufgegriffen und weiterverfolgt. **DK**

## Informativer Blick über die ...

verzeichnen. Die Regionen müssten alle Anstrengungen unternehmen, der jungen Generation Perspektiven zu bieten. Die Verfügbarkeit von schnellem Internet sei immer mehr eine Standortvoraussetzung. In den Ballungsräumen sorgten die Marktkräfte dafür, dass die jeweils modernsten Technologien angeboten werden können. In den ländlichen Regionen müsse die Politik eingreifen. Das Land Tirol habe sich mit Bestandsanalyse, Budget und Personal gut aufgestellt. „Jetzt gilt es, in wenigen Jahren die Vollversorgung aller Tiroler Gemeinden auf den Weg zu bringen.“

### Ländliches Wegenetz

Salzburgs Landesrat Sepp Eisl wies im Rahmen des Themenblocks II Ländliches Wegenetz (Moderation: Magnus Gratl, Forum Land) darauf hin, dass die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes von zentraler Bedeutung für den ländlichen Raum ist. Um diese Aufgabe bestmöglich zu bewältigen, sei in Salzburg 1981 der Fonds zur Erhaltung ländlicher Straßen (FELS) gegründet worden. Im FELS werde ein über 3.000 Kilometer langes Straßennetz betreut. „Damit ist es mit Abstand das größte Straßennetz im Land Salzburg und aneinandergereiht länger als die Strecke von Paris nach Moskau.“ Pro Jahr würden rund 1.000 Kilometer des Straßennetzes saniert und modernisiert. Der Fonds habe entschieden dazu beigetragen, die „Lebensader des ländlichen Raums“ langfristig abzusichern und die Chancengleichheit der Regionen mit dem urbanen Raum zu gewährleisten. „Ein wesentlicher Teil des Erfolgs war und ist dabei die sehr gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden“, stellte Eisl fest.

### Finanzierungsprobleme

Nach Darstellung von Bürgermeister Alois Margreiter, Breitenbach, kämpfen viele Gemeinden und auch die Straßeninteressentenschaften in ganz Tirol mit der Erhaltung der Straßen als Basisinfrastruktur in den Regionen. Das große Problem sei die Finanzierung. Viele Kilometer Straßen bedeuteten große Budgetbrocken in den Gemeindehaushalten. Ein Kilometer Straßensanierung koste im Schnitt 100.000 Euro. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte

## Nachhaltige...

(Fortsetzung von Seite 2)

seien in Bayern etwa 6.000 Krankenhausbetten überflüssig. Negativbeispiel S-Bahn-Förderung: Wer im „Moos“ baut, sollte Maßnahmen ergreifen, damit sein Bauwerk nicht im Boden versinkt. Diese Binsenweisheit meinte eine Zuwendungsempfängerin ignorieren zu können, die ihre S-Bahn-Gleise mit staatlicher Förderung auf gering tragfähigen, stark setzungsempfindlichen Moorboden baute. Und auch die Regierung erkannte nicht, dass die Planung insoweit unzulänglich war.

Während des Baus passierte es: Es kam zu einem Grundbruch, für Bahnkörper und Bahnverkehr entstand ein nicht mehr kalkulierbares Risiko. Teure Sonderkonstruktionen waren nötig, die zu Mehrkosten von 7,4 Mio. Euro führten. Der ORH hält die Kosten, die bei einer sachgerechten Planung hätten vermieden werden können, für nicht förderfähig. Er hat darüber hinaus haarsträubende Fehler bei der Berechnung der zuwendungsfähigen Kosten entdeckt, die bereits zu Rückforderungen von 5,2 Mio. Euro führten.

Defizite zeigt der ORG auch bei der Renaturierung von Moo-

ren auf. Von den 7,3 Mio. Euro, die für diesen Zweck bis Ende 2011 aufgewendet wurden, flossen allein 70 % in den Ankauf privater Flächen. Ob die vorhandenen staatlichen Grundstücke Moorböden aufweisen oder ggf. renaturiert werden können, wurde dagegen nicht überprüft. Auch sei nicht ausreichend darauf geachtet worden, die Mittel so einzusetzen, dass ein möglichst großer positiver Klimaeffekt entsteht. Dazu hätten die Maßnahmen hinsichtlich Wirksamkeit und Kosten priorisiert werden müssen. Der ORH empfiehlt, sich bei der Renaturierung von Mooren zukünftig stärker am Ziel der CO<sub>2</sub>-Reduktion auszurichten und dabei erst einmal die vorhandenen staatlichen Flächen in Angriff zu nehmen.

Enttäuscht reagierte Finanzminister Dr. Markus Söder auf den Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs: „Wir hätten uns vom ORH eigentlich mehr Lob erwartet.“ Trotz Schuldtilgung werde Bayern Ende 2014 noch eine hohe Rücklage von 1,5 Mrd. Euro in der Haushaltskasse haben, betonte Söder. Innerhalb von drei Jahren zahle die Staatsregierung 2,5 Mrd. Euro Schulden zurück. **DK**

entweder Opfer von Spekulanten oder an meist ortsfremde finanzkräftige Interessenten verkauft werden. Habe niemand Interesse an den Gebäuden gezeigt, seien oft viele Gebäude verfallen. Wollten junge ortsansässige Familien bauen, so mussten sie in Erweiterungszonen ausgesiedelt werden. Diese Entwicklung wirkte sich oft sehr negativ auf das Dorf- und Vereinsleben aus. Diesem Phänomen könne jetzt entgegen gewirkt werden. Südtirols Gemeinden hätten nun die Möglichkeit, interessante Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Wohngebäude für den geförderten Wohnbau umzuwandeln. „Kostbarer Kulturgrund wird gespart, Altbaukubatur wird saniert und gleichzeitig kommt es zur Belebung der Ortskerne“, stellte Kompatscher fest.

### Zentrumsentwicklung

Egon Hajek, Geschäftsführer PRISMA Zentrum für Standort- und Regionalentwicklung GmbH, stellte im Anschluss Vorarlbergs umfangreichstes Zentrumsentwicklungsprojekt in Götzis vor. Die Initiative Am Garnmarkt zeichne sich durch seine Zentrumslage und die damit verbundenen Entwicklungs- und Vernetzungsmöglichkeiten für die Marktgemeinde Götzis und die gesamte Kummenergeregion aus.

Wichtiges Ziel sei die Schaffung eines bedeutenden urbanen Lebensraums mit einer vielfältigen Durchmischung von Einkaufen, Arbeiten, Wohnen, ergänzt durch ein breites gastronomisches Angebot, belebenden Wochenmärkten und kulturellen Veranstaltungen an neu entstandenen Plätzen, Flanierzonen und Anbindungen an das bestehende Quartier. Die Realisierung erfolge durch die PRISMA Unternehmensgruppe gemeinsam mit regionalen Partnern und in Kooperation mit der Marktgemeinde Götzis sowie dem Land Vorarlberg.

Der Präsident des Österreichischen Gemeindebunds, Helmut Mödlhammer, konstatierte abschließend, dass die Ortskerne für die Gemeinden von essentieller Bedeutung seien. Schließlich stellten sie nicht nur geographische und bauliche Zentren dar, sondern auch emotionale Mittelpunkte der Gemeinden. Sie seien Zentren der Begegnung mit vielen sozialen Aufgaben. „Der Erhalt bzw. die Attraktivierung des Ortskernes ist daher für jede Gemeinde ein wichtiges Anliegen.“ **DK**



Bayerns Sparkassenpräsident Theo Zellner gemeinsam mit seinem bisherigen Stellvertreter, Vizepräsident Prof. Rudolf Faltermeier und dessen Nachfolger, Roland Schmautz (v. l.).

## Bayerns Sparkassen machen Front gegen die EZB-Politik

„Niedrigzinsen sind nichts anderes als eine schleichende Enteignung“ / Verband fordert Rückkehr zu marktkonformen Konditionen / Gute Ergebnisse in 2012

Auch wenn der Sparkassenverband Bayern mit den „soliden“ Ergebnissen der insgesamt 72 bayerischen Sparkassen im Berichtsjahr 2012 „sehr zufrieden“ ist, war letztlich das dominierende Thema in der Jahrespressekonferenz doch die anhaltende Niedrigzinspolitik in der EU. Diese Politik sei, wie Verbandspräsident Theo Zellner erläuterte, nichts anderes als eine schleichende Enteignung der Sparer.

Wenn der Realzins nämlich unter der Inflationsrate liege, entstünden Verluste, die vor allem der Rückzahlung der Schulden südeuropäischer Krisenländer dienten. Die deutschen Sparer erbrachten damit eine Solidaritätsleistung für Europa. Das aber dürfe kein Dauerzustand werden. Deshalb seien der Ausstieg aus der momentan auf Staatsfinanzierungen ausgerichteten expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Einstieg in ein verträgliches Zinsgefüge dringend notwendig. Die EZB müsse ihre Geld- und Zinspolitik wieder an Markterfordernissen ausrichten, forderte der Sparkassenpräsident.

### Stützung von Großbanken

Die aktuelle Zinskonstellation erschwere nicht nur die Ertragslage der Sparkassen, sie führe auch zu Irritationen bei Unternehmern wie bei Privaten. Die Sparkassen stellten eine Zurückhaltung im Anlageverhalten und eine gesteigerte Liquiditätshaltung fest. Positiv sei, dass die extreme Niedrigzinsphase kurzfristig die Investitionstätigkeit bei Unternehmen, aber auch bei Kommunen sowie

die Wohnbaufinanzierungen erleichtere. Auf lange Sicht jedoch würden durchaus die schädlichen Wirkungen niedriger Zinsen spürbar, denn sie setzten neue Anreize zur Verschuldung und führten dazu, dass eigentlich sichere Geldanlagen schleichend entwertet würden. Damit nehme zwangsläufig auch das Bemühen um eine auskömmliche Altersversorgung ab. Die Geld- und Zinspolitik der EZB schwäche das Geschäftsmodell solider regionaler Kreditinstitute wie der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken, weil europäische Großbanken gestützt werden müssten.

In dieser Situation, in der die Entwicklung der Zinsen, der Rohstoff- und Energiepreise unsicher sei und um eine Stabilisierung der Staatsschulden- und Eurokrise gerungen werde, hielt es Zellner nicht für sinnvoll, bereits im Frühjahr eine Prognose für den gesamten Jahresverlauf zu geben. Mit Blick auf die Zypernkrise wies er zudem auf den Verlust an Vertrauen in die Finanzmärkte und auch in die Banken hin. Bei den Sparkassen sei man jedoch zuversichtlich, die robuste und zufriedenstellende Geschäftsentwicklung fortsetzen zu können, auch wenn die Zinsmarge weiterhin unter Druck bleibe und vermutlich nicht die Erfolgsmeldungen der vergangenen Jahre zu erwarten seien.

### Sicherungssystem der Sparkassen erhalten

Zellner kritisierte die zunehmende Bankenregulierung, die nicht nach Risiko und Größe differenziere und dadurch gerade die kleinen, regional und realwirtschaftlich ausgerichteten und mit besonders hohem Kundenvertrauen ausgestatteten Institute belastete. Es seien schließlich nicht die Mittelstandskredite gewesen, die die Finanzkrise ausgelöst und verstärkt hätten. Grundsätzlich sei die europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB gut, solange nicht alle Kreditinstitute über einen Kamm geschoren würden. Positiv sei auch, dass Brüssel von den Plänen zu einer einheitlichen Einlagensicherung abgerückt sei. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, das alle Einlagen in unbegrenzter Höhe absichere, müsse erhalten bleiben. „Das Geld unserer Sparer darf nicht zur Absicherung fremder Investment- und Geschäftsbanken mit riskanten Geschäftsmodellen eingesetzt werden“, sagte der Sparkassenpräsident. Die Sparkassen lehnen auch die geplante Transaktionssteuer als eine Form der Umsatzsteuer ab. (Fortsetzung auf Seite 12)

### LfA mit neuen Programmen:

## Hilfe für Kommunen und Mittelstand

Bayerns Förderbank legt eine kerngesunde Bilanz vor

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil geht zwar im laufenden Jahr von einer Konjunkturabkühlung aus, erwartet aber dennoch ein moderates Wachstum, denn alle Indikatoren zeigten, dass die deutsche und die bayerische Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen. Für Bayern heiße das Ziel Vollbeschäftigung bis 2015. Basis dieser Zuversicht sei das bayerische Erfolgsmodell, das auf einen starken industriellen Kern, einen leistungsfähigen Mittelstand und eine hohe Internationalisierung der Wirtschaft setze. Ganz wesentlicher Teil dieses Erfolgsmodells aber sei die schon 1951 gegründete LfA Förderbank Bayern mit ihrem vielfältigen Instrumentarium zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der Kommunen, letztere besonders in den Bereichen Energie und Infrastruktur.

Der Minister, der zugleich Vorsitzender des LfA-Verwaltungsrates ist, nannte in der Bilanzpressekonferenz das Institut „eine kerngesunde Bank“, die auf hohem Niveau sehr erfolgreich und zuverlässig arbeite. LfA-Chef Dr. Otto Beierl unterstrich das Lob mit beeindruckenden Zahlen.

Für den Mittelstand und die Kommunen in Bayern, „die langfristig denken und nachhaltig handeln“, hält die Förderbank ein Bündel von Investitionsfinanzierungen aus zinsgünstigen Krediten und Risikoübernahmen bereit. Das Gesamtfördervolumen erreichte 2012, „einem Jahr mit guter konjunktureller Entwicklung“, 2,84 Milliarden Euro. Im Rekordjahr 2011 waren es zwar noch 3,15 Milliarden Euro gewesen, doch Bayerl ist über den Rückgang nicht unglücklich, weil das Kreditvolumen mit 2,53 Milliarden Euro fast das Vorjahresvolumen erreichte, dagegen aber die Risikoübernahmen, die den Hausbanken der Unternehmen in Form von Bürgschaften, Haftungsfreistellungen oder Garantien zur Ermöglichung und Absicherung neuer Kredite gegeben werden, auf 308 (Vorjahr: 467)

reichte 2012, „einem Jahr mit guter konjunktureller Entwicklung“, 2,84 Milliarden Euro. Im Rekordjahr 2011 waren es zwar noch 3,15 Milliarden Euro gewesen, doch Bayerl ist über den Rückgang nicht unglücklich, weil das Kreditvolumen mit 2,53 Milliarden Euro fast das Vorjahresvolumen erreichte, dagegen aber die Risikoübernahmen, die den Hausbanken der Unternehmen in Form von Bürgschaften, Haftungsfreistellungen oder Garantien zur Ermöglichung und Absicherung neuer Kredite gegeben werden, auf 308 (Vorjahr: 467)

Millionen Euro zurückgegangen sind. „Wegen der guten Wirtschaftslage haben sich im Mittelstand Bonität und Sicherheitslage 2012 weiter verbessert“, erläuterte Beierl den zunächst überraschenden Rückgang.

### Infrakredit Energie für Kommunen

Engagiert ist die LfA auch in der Förderung der Energiewende, indem sie Unternehmen und Kommunen bei Investitionen hilft, Energie zu sparen, Energie regenerativ zu gewinnen und vor allem, Energie effizienter einzusetzen. „denn die kostengünstigste Energie ist die, die nicht verbraucht wird“. Zusätzlich verstärkt wurde dieses Engagement durch zwei spezielle, zinsgünstige Förderkredite, die das bestehende Förderangebot ergänzen, nämlich den „Investivkredit Energie für mittelständische Unternehmen“ und den „Infrakredit Energie für Kommunen“. Insgesamt wurde mit dem Gesamtpaket an Basis- und Spezialförderangeboten im Berichtsjahr ein Kreditvolumen von 137 Millionen Euro zugesagt und damit ein Volumen an Energie-Investitionen von 523 Millionen Euro ermöglicht.

Der Schwerpunkt der LfA-Leistungen betrifft das Kernförderge- (Fortsetzung auf Seite 12)

### Nach Neuausrichtung der BayernLB:

## Solider Kurs und deutlich gestiegenes Konzern-Ergebnis

Konzentration auf Bayern und Deutschland / Gewinn vor Steuern im Jahr 2012 verdoppelt sich fast auf 676 Mio. Euro / Bilanzsumme sinkt wegen Verkauf von Beteiligungen und Abbau von Randaktivitäten

Ein deutlich höheres Ergebnis als im Vorjahr erzielte der BayernLB-Konzern im Geschäftsjahr 2012. Der Gewinn vor Steuern nach dem Rechnungslegungsstandard IFRS stieg um 91 Prozent auf 676 Mio. Euro. Maßgeblich dafür war der um 131 Mio. Euro auf 935 Mio. Euro verbesserte Ergebnisbeitrag aus dem Kerngeschäft, zu dem insbesondere die Aktivitäten mit Unternehmenskunden, der Immobilienwirtschaft und Sparkassen sowie der DKB zählen. Die vergleichsweise gute Wirtschaftslage im bayerischen und deutschen Kernmarkt der BayernLB begünstigte die positive Ergebnisentwicklung.

Daneben verringerten sich die Belastungen aus den Nicht-Kernaktivitäten auf -259 Mio. Euro (Vj.: -450 Mio. Euro), die weiterhin im Wesentlichen aus der ungarischen Konzerntochter MKB stammen. Das Konzernergebnis nach Berücksichtigung von Steuern und Abzug des Ergebnisanteils Konzernfremder betrug 762 Mio. Euro nach 125 Mio. Euro im Jahr 2011.

Die Bilanzsumme sank von 10,1 auf 9,1 Milliarden Euro. Dies ist vor allem auf den Verkauf von Beteiligungen und den Abbau von Randaktivitäten zurückzuführen.

### Zukunftsfähiges Geschäftsmodell

Gerd Häusler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB: „Das an

den Bedürfnissen der bayerischen und deutschen Wirtschaft orientierte Geschäftsmodell der BayernLB hat sich im täglichen Wettbewerb erneut bewährt. Das Kundengeschäft bei der BayernLB und unserer DKB läuft gut. Die wirtschaftliche Stabilität in unseren Kernmärkten Bayern und Deutschland sowie der zügige Abbau von Randaktivitäten bewirkte eine erneute Verbesserung unserer Portfolioqualität. Die BayernLB ist nunmehr so stabil, dass sie trotz erneuter Belastungen bei der MKB steigende Gewinne erwirtschaften kann.“

Einen wichtigen Meilenstein (Fortsetzung auf Seite 12)

WAS SAUST ÜBER EINE INSEL



ZEIGT, WIE MAN UMWELTFREUNDLICH VORWÄRTSKOMMT?



Die Erdgastaxen auf Sylt.

Die Erdgastaxen auf Sylt verdeutlichen, wie in Zukunft der Hase läuft. Denn hier tanken immer mehr Taxen Erdgas. Und mehr und mehr andere Fahrzeuge auch. Natürlich zum großen Teil schon aus klimaneutralem Biogas. Genial – und nicht nur eine Insellösung.

Diese Idee der Energieversorgung Sylt ist eine von vielen, mit denen die über 90 in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über [www.energie-und-wende.de/effizienz](http://www.energie-und-wende.de/effizienz)

Die Energieversorgung Sylt verbindet Energie und Umwelt für die Insel.



## Gezielte und schnelle Information mit der Altdorf-App

komuna-Geschäftsführer Franz Fuchs im Gespräch mit Altdorfs Bürgermeister Helmut Maier

Der Markt Altdorf ist die erste bayerische Kommune, die das Kommunal-APP online stellt. Bemerkenswert ist, dass der Markt Altdorf auch schon Pionier und Vorreiter war, als das Thema online Bürgerservice noch in den Kinderschuhen steckte. Bereits seit 2002 sind die ersten Online Behördengänge im Einsatz und 2003 war der Markt Altdorf eine der ersten bayerischen Gemeinden, die ihren Bürgern die Briefwahlbeantragung über das Internet angeboten hat.

**Fuchs:** Jetzt wird das Internet mobil, Behördengänge über das Handy werden zum Standard und Sie sind wieder ganz vorne mit dabei. Was versprechen Sie sich von diesem Angebot?

**Maier:** Der Markt Altdorf präsentiert sich über seine Homepage als starker Dienstleister; unsere Homepage ist der Wegweiser für alle Belange der gemeindlichen Aufgaben. Und wir bieten neben den zahlreichen Informationen über unser virtuelles Bürgerbüro viele online-Dienstleistungen rund um die Uhr an. Der Markt Altdorf war auch eine der ersten Kommunen in Bayern, die diesen Weg gegangen ist. Es ist für eine Gemeinde unserer Größe nicht immer ganz einfach, solch attraktive Angebote bereit zu stellen, aber das Internet ist das Medium unserer Zeit und Standortfaktor. Darum müssen wir auch unsere „offiziellen“ Angebote, unsere Anliegen und unseren Service darüber transportieren.

Die Akzeptanz der Bürger hat uns bestärkt, dieses Angebot immer weiter auszubauen. Daher war es nur konsequent, unser Angebot auch auf die boo-

mende mobile Welt zu erweitern. Zu unserer „normalen“ Homepage haben wir ab sofort ein weiteres Tor für unsere Bürger und Gäste geöffnet.

Mit unseren aktuellen Online-Angeboten spielen wir jetzt im Klub der Großen mit. Möglich macht dies die Kooperation mit unserem Dienstleister im EDV-Bereich, der komuna GmbH – die glücklicherweise auch noch bei uns in Altdorf ihren Hauptsitz hat.

**Fuchs:** Haben Sie auch überlegt, ob nicht eine mobile Internetseite ausreicht? Es gibt doch heute Techniken, die erkennen, ob der Nutzer mit einem PC/Laptop oder mobilen Gerät zugreift.

**Maier:** Smartphones haben sich durchgesetzt, aber nicht wegen der Möglichkeit des Internetsurfens auf kleinen Bildschirmen. Ich denke, dass gerade die kleinen feinen Anwendungen den Durchbruch gebracht haben, also die Apps. Kleine Anwendungen, die nicht das gesamte Internet widerspiegeln, sondern gezielt Informationen für den jeweiligen Bereich, der gerade interessiert.

Und auf einem kleinen Touch-

screen gut bedienbar. Genau das hat mich bei diesem APP überzeugt. Wir transportieren nicht den gesamten Inhalt unserer sehr leistungsstarken und informativen Homepage, sondern gezielte Inhalte, die auch oder eigentlich gerade mobil gefragt sind.

Ein typisches Beispiel ist der online Abfallkalender. Ich muss wegen einer einfachen Auskunft nicht den Rechner hochfahren, mein Handy läuft immer. Ein paar Klicks und ich habe die Information.

Wir wollen mit der Altdorf-App gezielt und schnell informieren. Besonders gut gefällt mir, dass darin das gesamte Angebot in einer App, in einem Zugang enthalten ist. Ein Touch, und ich bin in Altdorf. Wir sehen das als Ergänzung zur Homepage.

**Fuchs:** Sehen Sie diesen Service in erster Linie für die Bürger oder als Angebot für Besucher und Gäste von Altdorf?

**Maier:** Viele der gemeindlichen Angebote richten sich natürlich an Bürgerinnen und Bürger unseres Marktes. Wir sind mit verschiedensten Dienstleistungen für den Bürger damit rund um die Uhr erreichbar. Aber natürlich wollen wir uns auch unseren Besuchern und Gästen öffnen. Kompetente Informationen bieten erstklassige und schnelle Informationen über Handel, Wirtschaft und Gastronomie.

Ein enthaltenere Newsticker in-

formiert immer über alles Aktuelle in Altdorf, natürlich für Bürger und Gäste.

**Fuchs:** Sie haben das APP doch sicher schon geladen und ausprobiert. Sie haben jetzt schon einige Beispiele genannt, aber was gefällt Ihnen am besten und welchen Service können sie dem Anwender empfehlen?

**Maier:** Da kann ich nur sagen: Laden und selber ausprobieren. Und lassen sie sich dabei verführen.

Mir gefällt gut, dass gefundene Ziele direkt an die im Smartphone enthaltenen Kartendienst gekoppelt sind und auch die direkte Wegbeschreibung oder die Navigation dorthin beinhaltet.

Ich habe den Online Mängelreporter entdeckt, mit dem der



Franz Fuchs, Geschäftsführer der komuna GmbH EDV-Beratung (l.) mit Bürgermeister Helmut Maier, Markt Altdorf. □

Bürger seiner Verwaltung direkt einen gerade entdeckten Schaden melden kann, sei es ein

Schlagloch oder eine nicht funktionierende Straßenlampe. Aber auch das ist nur ein Beispiel. □

Landratsamt Donauwörth:

## Infoveranstaltung zur neuen Breitbandförderung

Angebot richtete sich an Bürgermeister und Breitbandpaten

Donauwörth (pm). Informationen, Hilfestellung und Handlungsempfehlungen – diese drei Erwartungen verknüpfte Landrat Stefan Röbke mit einer Infoveranstaltung zur neuen Breitbandförderung. Rund 20 Bürgermeister und Breitbandpaten aus dem gesamten Landkreis waren im Sitzungssaal des Landratsamtes Donauwörth zusammen gekommen, um sich über das neue Breitbandförderprogramm des Freistaates zu informieren.

Schnelle Breitbandanbindungen seien heute ein wesentlicher Standortfaktor, sowohl für Gewerbetreibende als auch zunehmend für Privatpersonen, betonte Landrat Stefan Röbke in seiner Begrüßung. Das Thema habe sich zu einem wichtigen Standortfaktor entwickelt. „Hart hat es die Gemeinden getroffen, die plötzlich für die Umsetzung verantwortlich sind“, erklärte er. Daher habe der Wirtschaftsförderverband Donau-Ries diese Infoveranstaltung als Unterstützung für seine Mitgliedsgemeinden organisiert.

### Interkommunale Zusammenarbeit

Röbke gab einen kurzen Rückblick auf das erste Förderprogramm: Damit sei erreicht worden, überall im Land ein Minimum an Versorgung mit einem Mbit/sec Übertragungsgeschwindigkeit sicher zu stellen. „Ich bin heute noch stolz, sagen zu können, dass es uns damals gelungen ist, wirklich alle 44 Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis unter einen Hut zu bringen und gemeinsam die Planungs- und Machbarkeitsstudie gemacht zu haben, die Voraussetzung war, an die damaligen Fördermittel zu gelangen“, so der Landrat. Das sei eine Form der interkommunalen Zusammenarbeit gewesen, wie sie künftig noch viel häufiger benötigt werde, um für alle Anforderungen der Zukunft gewappnet zu sein.

### Handlungsempfehlungen

Von der Infoveranstaltung erwartete sich Röbke vor allem vertiefende Informationen für die Anwesenden, den Abbau der psychologischen Barriere und natürlich konkrete Handlungsempfehlungen für die Gemeinden. Dazu hatte der Wirtschaftsförderverband Jürgen Deller, Regionalberater für Schwaben vom Breitbandzentrum Bayern, und Claudia Klein von der Regierung von Schwaben eingeladen.

Deller berichtete ausführlich über das neue Förderprogramm und stand im Anschluss zusammen mit Claudia Klein den zahlreichen Fragen der Anwesenden Rede und Antwort. Insbesondere ging es dabei auch um die Festlegung der so genannten Erschließungsgebiete. Dies ist ein entscheidender Faktor, um hinterher ein möglichst hohes Maß an Nutzen aus dem Förderprogramm zu ziehen.



„Das Thema Breitband ist ein wichtiger Standortfaktor“, betonte Donau-Ries' Landrat Stefan Röbke (2. v. r.). □

Förderung der elektronischen Verwaltung:

## Überfälliger Gesetzentwurf

Bei einer öffentlichen Sachverständigen-Anhörung zum E-Government erörterten in Berlin Experten aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik den Gesetzentwurf „zur Förderung der elektronischen Verwaltung“. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, durch den Abbau bundesrechtlicher Hindernisse die elektronische Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern. Das Gesetz solle Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen, einfachere, nutzerfreundlichere und effizientere elektronische Verwaltungsdienste anzubieten.

Laut Entwurf sollen „medienbruchfreie Prozesse vom Antrag bis zur Archivierung“ möglich werden. Dabei sollten Anreize geschaffen werden, Prozesse nach den Lebenslagen von Bürgern sowie nach den Bedarfslagen von Unternehmen zu strukturieren und „nutzerfreundliche, ebenenübergreifende Verwaltungsdienstleistungen ‚aus einer Hand‘ anzubieten“. Ebenso seien Rechtsunsicherheiten zu beseitigen.

### Für zügige Verabschiedung

Helmut Fogt vom Deutschen Städtetag betonte, sein Verband sehe den Gesetzentwurf insgesamt positiv. Dem Vorhaben komme auch verwaltungsintern eine „immense Bedeutung“ zu. Dabei erwarte man sich einen „gehörigen Schub in Richtung Verwaltungsmodernisierung“.

Die Vorlage sei „im Grunde überfällig“ und solle zügig verabschiedet werden.

Bernhard Rohleder vom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) wandte sich gegen überzogene Sicherheitsbedenken, die er für „absolut kontraproduktiv“ halte. Er begrüßte zugleich den Gesetzentwurf, der „längst überfällig“ sei, als „gelungene“ Vorlage, die indes in Details verbessert werden könne.

Professor Ralf Müller-Terpitz von der Universität Passau erklärte, der Gesetzentwurf sei „sehr zu begrüßen“. Dabei sei die Mehrzahl der geplanten Regelungen rechtlich unproblematisch. Mit Blick auf die elektronische Aktenführung warb Müller-Terpitz dafür, die Regelung zur Datensicherheit deutlich auszubauen. DK

E-PLUS GRUPPE



## Wirtschaftskraft für starke Kommunen



Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

## Aktuelle Studie:

# Einsatz von Geoinformationen in Kommunen

## Handlungsempfehlungen der kommunalen Spitzenverbände

Daten mit Raumbezug (Geodaten) werden heutzutage für vielfältige strategische und operative Fragestellungen in Politik und Verwaltung nutzbar gemacht und erzeugen damit Mehrwerte unter anderem zur besseren Vermittlung gegenüber den Bürgern. Einen aktuellen Überblick über den Stand der Entwicklung des Geoinformationswesens liefert der 2012 erschienene 3. Geo-Fortschrittsbericht der Bundesregierung. Eine derartige Darstellung fehlt momentan allerdings für den Bereich der Kommunen.

Angesichts dessen hat das Kommunale Koordinierungsgremium der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände in Kooperation mit dem „Runder Tisch GIS e.V.“ vergangenes Jahr

eine bundesweite Umfrage durchgeführt, um den Status Quo und die Entwicklungen im Bereich der kommunalen Nutzung von Geoinformationen zu ermitteln.

### 1018 Kommunen beteiligt

An dieser bisher einmaligen bundesweiten kommunalen Umfrage beteiligten sich insgesamt 1018

# Daten sind der wichtigste Rohstoff der digitalen Welt

## Umsatz mit Big-Data-Lösungen wächst bis 2016 jährlich um 48 Prozent Einsatzmöglichkeiten von der Verkehrssteuerung bis zur Krebstherapie

Daten spielen eine immer wichtigere Rolle in der Wirtschaft und bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Bei der gleichzeitigen sicheren wie sinnvollen Nutzung des explosionsartig wachsenden Datenaufkommens hilft Big Data. Big Data ist eine neue Technologie, mit der große, unzusammenhängende Datenmengen in Echtzeit analysiert werden können. So wurde dank Big Data zum Beispiel das Verkehrsaufkommen in Stockholm um 20 Prozent reduziert, die individuellen Fahrzeiten sind gar auf die Hälfte geschrumpft. Dafür werden jede Sekunde 250.000 Standortdaten von Verkehrsteilnehmern, Video- und Sensorsysteme ausgewertet und zur Verkehrssteuerung eingesetzt. Auch die Verkehrsemissionen wurden so um 20 Prozent verringert.

„In Deutschland steckt Big-Data noch in den Kinderschuhen“, sagt Michael Kleinemeier, Mitglied des BITKOM-Präsidiums am Rande der Hightech-Messe CeBIT. „Die gute Nachricht ist: Big Data hat ein enormes Wachstumspotential, gerade in Deutschland.“

serer großen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, vom Klimaschutz und dem Erhalt der Mobilität bis zur Verbesserung der medizinischen Versorgung einer alternden Gesellschaft.“

### Unternehmen erwarten umfassende Vorteile

Die Nachfrage nach Big-Data-Lösungen wächst auch deswegen so stark, weil Unternehmen umfassende Vorteile durch deren Einsatz erwarten, wie eine Befragung der Experton Group ergab. 38 Prozent gehen davon aus, besser über das Informations- und Konsumverhalten ihrer Kunden aufgeklärt zu werden, um somit Angebote genauer auf deren Bedürfnisse abstimmen zu können. Ebenfalls 38 Prozent erhoffen sich durch den Einsatz von Big Data ihr Zielpublikum genauer zu erreichen.

Auch bei der Optimierung von Logistikprozessen soll Big Data helfen. 37 Prozent der befragten Unternehmen erwarten hierbei Kostensenkungen. Die systematische Analyse anfallender Daten mittels Big-Data-Werkzeugen soll insgesamt Geschäftsprozesse optimieren und den Unternehmen im Wettbewerb einen Vorsprung verschaffen.

Trotz der wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Relevanz von Big Data kennen nur 15 Prozent der Bundesbürger den Begriff und seine Bedeutung. 22 Prozent haben zwar schon einmal von Big Data gehört, wissen aber nicht, wofür es steht. Jedem Zweiten (53 Prozent) ist Big Data völlig unbekannt, wie eine repräsentative Umfrage im Auftrag des BITKOM ergab. Jeder vierte Bundesbürger ist zudem überzeugt, dass die Verarbeitung und Analyse großer Datenmengen ihm keinen persönlichen Vorteil bringt.

### Krebstherapie

„Ohne den Einsatz von Big Data werden viele gesellschaftliche Herausforderungen nicht zu schaffen sein. Bereits heute werden Big-Data-Lösungen in der Krebstherapie eingesetzt. Je besser die Datenbasis ist, desto eher kann die wirkungsvollste Krebstherapie für jeden einzelnen Patienten individuell entwickelt werden“, nennt Kleinemeier ein Beispiel.

### Balance zwischen Schutz und Nutzen

Aus dem Nutzen von Big Data und dem Schutz individueller Informationen entstehe beim Datenschutz ein ganz neues Spannungsverhältnis. Kleinemeier: „Die Sicherung der informationellen Selbstbestimmung ist ein Ziel, dem herausragende Bedeutung zukommt. Die Verbesserung der medizinischen Versorgung von jedem Einzelnen oder auch die Reduzierung des Verkehrsaufkommens und die Schonung unserer natürlichen Ressourcen sind ebenfalls gesellschaftliche Ziele, die dem Datenschutz kaum nachstehen. Um sie zu erreichen, müssen wir auch Daten nutzen, die wir unter dem Leitsatz der informationellen Selbstbestimmung besonders wirkungsvoll schützen wollen. Die Balance zwischen dem Schutz persönlicher Daten und dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen muss nun gefunden werden.“

### Datenschutz gewährleisten

Neue Technologien können helfen, den Datenschutz bei Big-Data-Projekten zu gewährleisten. Durch Anonymisierung und Pseudonymisierung persönlicher Daten sowie ein Maximum an technischer und organisatorischer Sicherheit vor unberechtigten Zugriffen lässt sich die informationelle Selbstbestimmung zuverlässig schützen.

Zur Methodik: Für die Angaben zur Bekanntheit von Big Data und dessen Bedeutung wurden 1.008 Bundesbürger ab 14 Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Aris im Auftrag des BITKOM befragt.

Kommunen. Die Studie zeigt, dass das Thema Geoinformation inzwischen in vielen Kommunen umgesetzt wird, allerdings in unterschiedlichen Ausprägungen.

### Erhebliches Ausbaupotenzial

Konkret stellt sich die interne und öffentliche Geodatenbereitstellung in den Kommunen unterschiedlich dar. Öffentliche kommunale Geodatenangebote sind derzeit meist angebotsorientiert ausgeprägt. Angesichts der Energiewende sowie der demografischen Entwicklung spielen Breitbanddaten, Energiedaten sowie Ver- und Entsorgungsdaten eine zunehmend wichtige Rolle für Steuerungs- und Entscheidungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Datenschutzbedingte Unsicherheiten sowie mögliche kommerzielle Interessen bilden Gründe für die momentane Zurückhaltung der Veröffentlichung. Insgesamt beinhaltet die Durchdringung der Geodatentechnologie in der Kommunalverwaltung noch erhebliches Ausbaupotential.

### Interkommunale Kooperationen

Die zahlreichen bestehenden interkommunalen Kooperationen sind eine typische Ausprägung funktionierender Geodatenmanagements. 44 % der antwortenden Kommunen gaben an, sich auf regionaler und/oder auf Ebene der Kreise in einer Kooperation zu engagieren. Die bestehenden Regionalkooperationen sind aus verschiedenen Motivationen heraus entstanden. Anzahl der Kooperationspartner, rechtliche Rahmenbedingungen sowie die Aufbauorganisation unterscheiden sich erheblich. Regelmäßige Zielsetzung bildet die Stärkung und Wahrnehmung

regionaler Aspekte. Interkommunale Kooperationen bieten eine gute Ausgangsbasis für regionale Projekte sowie zur Vereinheitlichung von GIS-Strukturen.

### Bündelungsfunktion

Viele der an der Umfrage teilnehmenden Kommunen kooperieren auf Kreisebene. Die Kooperationsformen sind dabei auch hier unterschiedlich ausgeprägt. In vielen Fällen übernehmen Kreise eine Bündelungsfunktion oftmals in enger Zusammenarbeit mit den großen kreisangehörigen Gemeinden.

### Nutzer- und Zugriffszahlen

Die Bedarfs- und Nutzerorientierung sowie die Synergien sind erfahrungsgemäß schwer zu ermitteln. Im Rahmen der Studie haben demzufolge nur wenige Kommunen quantitative Angaben über die Nutzung ihres Bürgerinformationssystems gemacht. Die jährlichen externen Nutzer- und Zugriffszahlen können für große kreisfreie Städte mit bis zu 10 Millionen, in den Kreisen mit bis zu 2 Millionen angegeben werden.

Laut Studie variiert die Zahl der internen Nutzer zwischen 5 und 75 % (Verhältnis GIS-Nutzer zur Gesamtanzahl der Beschäftigten) und ist abhängig von dem Umfang der eingebundenen Geoinformationen sowie deren Bereitstellungsumfang.

Wesentliche kommunale Handlungsfelder werden heute bereits mit Geoinformationen unterstützt und haben sich im kommunalpolitischen Bereich längst als Instrument zur Analyse und Bewertung von Maßnahmen etabliert. Vier Kernargumente sprechen für den Einsatz von Geoinformationen sowie ein starkes kommunales Engagement in diesem Bereich:

Größere Bürgernähe und Wirtschaftsorientierung der Verwaltung, hohe Steuerungsrelevanz für politische/administrative Entscheidungsträger, Erhöhung der Verwaltungseffizienz sowie der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit.

Die Untersuchung belegt, dass in zahlreichen kommunalen Institutionen die zentrale Bedeutung des Themas Geoinformation noch nicht ausreichend erkannt ist, was unter anderem durch die lange Zeit fehlenden gesetzlichen Vorgaben zu begründen ist. Investitionen in den Aufbau von Sach- und Fachkompetenz werden demzufolge nur unzureichend getätigt. Auch das Potential diesbezüglicher Kreis-Gemeindekooperationen ist noch nicht ausgeschöpft.

### Zugang und Verfügbarkeit

Zugang und Verfügbarkeit von Geoinformationen können nur durch flächendeckende Koordination, behördenübergreifende Vernetzung und Standardisierung verbessert werden. Die bisherigen GDI-Aktivitäten sind derzeit weitgehend bundes- und landesorientiert, obwohl es bereits eine Vielzahl guter Anwendungsbeispiele von Geoinformationen in den Kommunen gibt.

### Fazit

Als Fazit der Studie lassen sich folgende Handlungsempfehlungen ableiten:

1. Vernetzung, Standardisierung und Koordinierung verbessern
2. Öffentlichkeitsarbeit verstärken
3. Wirtschaftlichkeitsaspekte aufbereiten
4. Erforderliche Ressourcen bereitstellen
5. Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen. **DK**

### Der Schlüssel zur Lösung

In diesem Jahr wächst der deutsche Big-Data-Markt auf rund 651 Millionen Euro - eine Steigerung um 85 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 2012 wurden mit entsprechender Hard- und Software sowie Services 351 Millionen Euro umgesetzt. Das gab der Hightech-Verband BITKOM in Hannover auf Basis von Berechnungen der Experton Group bekannt.

Bis 2016 wird der Umsatz in Deutschland mit Big Data auf rund 1,7 Milliarden Euro wachsen. Das entspricht einem jährlichen Plus von 48 Prozent. „Wir produzieren immer mehr Daten und das in immer höherer Geschwindigkeit. Bisher wurden viele Daten nicht sinnvoll genutzt“, sagt Kleinemeier. „Daten sind die wichtigste Ressource in der digitalen Welt. Big Data ist in Verbindung mit intelligenten Netzen der Schlüssel zur Lösung un-

## Pfronten führt Bürgerservice-Portal der AKDB ein

Als erste Gemeinde im Regierungsbezirk Schwaben führt Pfronten das Bürgerservice-Portal der AKDB ein. Damit erledigen Bürger immer mehr Behördengänge über das Internet, einfach und bequem von zu Hause aus.

Zunächst werden Verwaltungsvorgänge im Einwohnermeldewesen zur Online-Bearbeitung angeboten, z. B. Anträge auf Meldebestätigungen, Aufenthaltsbescheinigungen, Umzug innerhalb der Stadt usw. Erreichbar ist das Bürgerservice-Portal ab sofort unter der Adresse [www.rathaus.pfronten.de](http://www.rathaus.pfronten.de) unter „Online-Bürgerservice“.

### Reaktion auf veränderte Bedürfnisse

Gemeinsam tätigten Bürgermeisterin Michaela Waldmann, der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Franz Josef Pschierer, und der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth im Pfrontener Rathaus den symbolischen ersten Knopfdruck. Bürgermeisterin Waldmann zeigte sich überzeugt von den neuen Möglichkeiten der bürgerorientierten Lösung: „Das Bürgerservice-Portal Pfronten erweitert das Angebot unserer Online-Bürgerdienste. Damit reagieren wir auch auf die veränderten Bedürfnisse unserer Bürger nach flexiblen und sicheren Verwaltungsdienstleistungen.“



**AKDB**

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,  
Leiter des Geschäftsfelds  
eGovernment der AKDB



**Bürgerservice**

## Echtes eGovernment beginnt mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ermöglicht den Kommunen ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste. Es setzt Maßstäbe bei der Umsetzung sicherer und effizienter Online-Angebote mit dem neuen Personalausweis. Der Bürger kann bequem von zu Hause aus seine Meldebestätigung oder Wahlunterlagen beantragen oder sein neues Auto anmelden.

Das Bürgerservice-Portal wird im Rechenzentrum der AKDB betrieben und lässt sich problemlos auch in alle kommunalen Webauftritte integrieren.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)



Software, die dem Menschen dient!

Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

## Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft

Bereits zum 14. Mal in Folge veranstaltete das Kompetenzzentrum KUMAS in enger Kooperation mit dem Ingenieurbüro Abfallwirtschaft und Umwelttechnik (AU Consult GmbH), der bifa Umweltinstitut GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) die Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg. Tag 1 diente der Versachlichung der Debatte um die Verpackungsverordnung und stellte Ansätze zur zielführenden, strategischen Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft dar. Am zweiten Tag wurde auf die aktuelle Entwicklungen im Deponierecht und der Deponiesituation in Bayern eingegangen. Begleitet wurde die zweitägige Veranstaltung von einer Fachausstellung, auf der sich den über 370 Fachbesuchern branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister präsentierten.

In Bayern sei ein sparsamer und effizienter Umgang mit Rohstoffen unverzichtbar, bekräftigte eingangs Umweltminister Dr. Marcel Huber: „Wir brauchen nicht nur eine Energiewende, sondern auch eine Rohstoffwende. Ziel ist es, wertvolle Rohstoffe weitestmöglich zurückzugewinnen und damit den Einsatz neuer Rohstoffe zu vermeiden. Wir wollen die Abhängigkeit Bayerns von Rohstoffimporten verringern. Hierfür brauchen wir ein effizientes Wertstoffrecycling.“ Bayern sei dabei auf einem guten Weg.

Seit 1990 wurde die Verwertungsquote von 30 auf über 70 Prozent gesteigert, das heißt über zwei Drittel der Abfälle wurden wiederverwertet oder zur Energieerzeugung verbrannt. Diese gute Ausgangsbasis soll weiter verbessert werden. Bayern wird dazu laut Huber den Forschungsverbund FORCYCLE zur Steigerung von Ressourceneffizienz und Sekundärrohstoffeinsatz mit rund 3 Millionen Euro fördern. Der Forschungsverbund wird bis 2016 konkrete Vorschläge erarbeiten.

### Rückgewinnung von Phosphor

Ein Schwerpunkt der bayerischen Recyclingpolitik ist die Rückgewinnung von Phosphor. Huber zufolge „werden wir dazu eine Bayerische Phosphorstrategie auflegen. Diese soll helfen, den lebensnotwendigen Rohstoff Phosphor besser zu nutzen. Das leistet einen wichtigen Beitrag dazu, natürliche Ressourcen zu schützen.“ Die Grundlagen hierzu hat eine vom Umweltministerium mit 50.000 Euro geförderte Studie des Fraunhofer-Instituts UMSICHT in Sulzbach-Rosenberg erarbeitet. Phosphor ist nicht nur ein wichtiger Baustein menschlichen Lebens, der beispielsweise in den Knochen und der Erbsubstanz vorkommt. Bedeutsam ist Phosphor insbesondere für Landwirtschaft und Industrie.

### Straubinger Pilotprojekt

Deutschland verfügt über keine natürlichen Vorkommen und musste im Jahr 2010 rund 118.000 Tonnen importieren. Eine der wichtigsten Phosphorreserven sind Klärschlämme. Durch gezielte Rückgewinnung könnten nach den Ausführungen des Ministers fast 90 Prozent des enthaltenen Phosphors für eine Wiederverwertung gewonnen werden. Damit könnte nahezu die Hälfte des landesweiten Bedarfs an mineralischen Phosphatdüngern bereitgestellt werden. Zur Rückgewinnung von Phosphor fördert das Umweltministerium ein Pilotprojekt auf der Kläranlage Straubing mit etwa 60.000 Euro. In Bayern sind im Jahr 2011 an den etwa 2.700 kommunalen Kläranlagen knapp 5,5 Millionen Tonnen Klärschlamm angefallen.

Die Bayerische Kreislaufwirtschaft leistet durch die Nutzung der Wertstoffpotentiale im Abfall auch wichtige Beiträge für die Energiewende. Huber: „Eine bessere Nutzung der Ressourcen und Wertstoffe ist effizient und klimafreundlich. Die bayerische Abfallwirtschaft trägt mit ihren Lei-

stungen maßgeblich zur Reduzierung von Treibhausgasen bei - mit mehr als 13 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Jahr. Wertstoffe leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Energiegewinnung. Der Energieinhalt der in Bayern jährlich verbrannten Abfälle entspricht etwa dem von 750.000 Tonnen Heizöl.“

### Althandysammelaktion

Jährlich werden so rund 2,8 Millionen MWh Wärme und 0,9 Millionen MWh Energie bereitgestellt. Gleichzeitig soll die Öffentlichkeit vermehrt für das Thema Ressourcenwende sensibilisiert werden. Ein erster wichtiger Baustein dabei war die Althandysammelaktion des Umweltministeriums unter dem Motto „Handys clever entsorgen“. Bei der Aktion konnten nach Auskunft des Ministers knapp 70.000 Althandys eingesammelt werden - zweieinhalb mal so viel wie zeitgleich in Wertstoffhöfen und bei Netzbetreibern abgegeben werden. Dabei wurden beispielsweise 15 Kilo Silber und 617 Kilo Kupfer gewonnen.

Ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind die Verpackungsverordnung und insbesondere das sog. Wertstoffgesetz ins Zentrum der abfallwirtschaftlichen Strategiediskussionen gerückt. Wie viel Wertstoff ist tatsächlich (noch) im Abfall enthalten und wer soll den Zugriff darauf bekommen? Oft konzentriert sich die Diskussion nur auf potenzielle Wertstoffe im Abfall aus Haushalten und der Gewerbeabfall bleibt außen vor.

### Gewerbeabfall

Wie es um Wertstoffpotenziale im Gewerbeabfall bestellt ist, erläuterte Heinz Riedel vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg. Wie Riedel darlegte, sei die Kenntnis der Zusammensetzung der Gewerbeabfälle eine unabdingbare Voraussetzung für einen möglichst hochwertigen Entsorgungsweg. Neben der thermischen Abfallbehandlung gelte dies insbesondere für die stoffliche Verwertung dieser Abfälle. Belastbare Daten zu deren Wertstoffgehalt bildeten hierbei eine wesentliche Entscheidungsgrundlage.

In dem vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit geförderten Vorhaben „Genutzte und ungenutzte Sekundärrohstoffe im Gewerbeabfall“ wurden an die 70 Entsorgungsfachbetriebe kontaktiert. Durch Gespräche, Ortseinsichten, Bewertung der eingesetzten Technik und exemplarische Sortieranalysen von bereits behandelten gemischten Gewerbeabfällen sei ein Einblick in die Behandlung der Gewerbeabfallströme in Bayern gewonnen worden.

### Sortieranalyse

Die Sortieranalyse der aus den behandelten gemischten Gewerbeabfällen entstandenen, zur thermischen Verwertung bzw. Beseitigung bestimmten Restabfälle von sieben zertifizierten Entsorgungsfachbetrieben zeige, dass ein bis zwei Drittel der Restabfallmasse

stofflich verwertbare Sekundärrohstoffe – Elektro/Elektronikaltgeräte, Behälterglas, Kunststoffe, Metalle/-verbunde, Organik (= biogene Abfälle), Papier/Pappe/Kartonage – sind. „Diese Aussage gilt, wenn man die Verschmutzung der einzelnen Stoffgruppen als Folge der gemeinsamen Erfassung außer Acht lässt“, betonte Riedel. Kunststoffe wiesen dabei den höchsten Massenanteil auf.

### Preisdruck

Dieses Ergebnis belege, dass in der Praxis die Möglichkeiten der Wertstoffabschöpfung aus Gewerbeabfallgemischen nicht vollständig genutzt werden. Als Grund dafür gäben die Entsorgungsfachbetriebe wirtschaftliche Gründe an. Vor allem der von den Verbrennungskapazitäten (EBS-Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen) ausgehende Preisdruck und die zu erlösenden Sekundärrohstoffpreise ließen aus Kostengründen eine weiter gehende Aufbereitung, sprich Auftrennung der gemischten Gewerbeabfälle in die Wertstofffraktionen, nicht zu.

Mit dem Thema „Wertstoffströme – Potenziale im Rest Restabfall“ befassten sich Markus Hertel, Sarah Meyer, Hermann Nordsieck, Roland Schipf und Prof. Dr. Wolfgang Rommel von der bifa Umweltinstitut GmbH, Augsburg. Ihrer Meinung nach ist hinsichtlich der Abschöpfung zusätzlicher Wertstoffe aus dem Restmüll momentan eine Nachsortierung des Restabfalls zur zusätzlichen Gewinnung hochwertiger Wertstoffe nicht zu empfehlen. Vielmehr seien bestehende Erfassungssysteme und Alternativen für eine erweiterte Erfassung zu prüfen. Dabei bestimmten lokal unterschiedliche Randbedingungen das Wertstoffpotenzial und seien daher bei der Prüfung zu berücksichtigen.

### Systeme optimieren

Gegebenenfalls müssten bestehende Systeme erweitert werden, wobei unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und der Ressourcenschonung eine erweiterte Erfassung in Konkurrenz zu bestehenden Systemen zu vermeiden sei. Funktionierende Systeme zur getrennten Wertstoffeffassung (Papier, Glas) sollten nicht verändert, gegebenenfalls jedoch optimiert werden. Biomasse habe den größten Anteil am theoretischen Wertstoffpotenzial im Restmüll. Eine verbrauchernahe E-Schrottsammlung sei zu empfehlen. Mit einem hohen Erfassungsgrad für Elektroaltgeräte könnten Gold-, Silber- und Kupfer-Anteile abgeschöpft werden. Die Möglichkeit einer nennenswerten Rückgewinnung seltener Metalle oder seltener Erden direkt aus dem Restmüll sei nicht abzuleiten.

Mit der Deponiesituation in Bayern beschäftigte sich Karl Drexler, Bayerisches Landesamt für Umwelt in Augsburg. Seinen Ausführungen zufolge sind gering belastete mineralische Abfälle, insbesondere Boden- sowie Bau- und Abbruchabfälle, deutschlandweit der mengenmäßig bedeutendste Abfallstrom. Die Mengen würden über die statistischen Berichte erfasst. Der überwiegende Anteil gehe in die Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen und in die Verwertung in technischen Bauwerken.

### Abfallströme

In Bayern fielen im Jahr 2008 insgesamt rund 43 Mio. Tonnen Bauabfälle an, die zu 65 % (28

## Seniorbook AG startet soziales Netzwerk

Münchner Unternehmen will Potenzial des demografischen Wandels heben

Die Seniorbook AG mit Sitz in München startete im Herbst unter [www.seniorbook.de](http://www.seniorbook.de) mit ihrem sozialen Netzwerk. seniorbook wendet sich an Menschen, die Lebenserfahrung und Wissen mit anderen teilen wollen, die sich für ihre Mitmenschen interessieren, einander helfen und der Gesellschaft etwas zurückgeben wollen.

Im bürgerschaftlichen Engagement schlummern immense Potenziale: Helfen, der Gesellschaft etwas zurückgeben, (endlich) etwas Sinnvolles machen. seniorbook vernetzt nicht nur – seniorbook verbindet Menschen und bietet dafür folgende Bereiche an:

### Zukunftsweisendes Bild vom Älterwerden

► In der Themenwelt können Nutzer gemeinsame Interessen und Leidenschaften entdecken und darüber neue Kontakte knüpfen. Beiträge namhafter Autoren und der Nutzer bringen laufend neue Seiten und damit neue Verbindungen zu Tage.

► Regional verbundene Inhalte fließen im Lokalteil zusammen. So holt seniorbook Menschen mitten in ihrem Leben ab. Die Lokalteile entsprechen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten. ► seniorbook schafft mit der Bürgerhilfe einen Online-Marktplatz für bürgerschaftliches Engagement. Hier lassen sich einfach und lebensnah Hilfsprojekte anlegen. Menschen, die helfen wollen, finden konkrete Aufgaben und Ideen, wie und wo sie sich engagieren können.

► Zum täglichen Leben gehören Firmen und Vereine. Auch sie finden von Anfang an ihren Platz auf seniorbook und erreichen hier ein anspruchsvolles und offenes Publikum.

seniorbook will ein zeitgemäße, zukunftsweisendes Bild vom Älterwerden fördern und dazu beitragen, das große Potenzial der geburtenstar-

ken Jahrgänge für die Gesellschaft zu erhalten. Kernanliegen ist, eine Kultur der Wertschätzung und Anerkennung für die Lebensleistung der Menschen zu stärken. So adressiert seniorbook vor allem Lebenserfahrung, Wissen sowie die Bereitschaft für gesellschaftliches Engagement und zieht dabei bewusst keine Altersgrenze.

„Wer einen klaren Blick auf das Leben erlangt hat, kann sich auf die für ihn relevanten Menschen, Themen und Projekte konzentrieren – auch online. „Der Slogan *‘Mein Heimat-Ich im Internet’* will auf einen Nenner bringen, was unseren Nutzern im Leben wichtig ist,“ so Markus Erl, Vorstand bei der Seniorbook AG.

„Die demografische Entwicklung verändert unser Land und unsere Gesellschaft nachhaltig. Mit seniorbook wollen wir einen Beitrag leisten, dass dies zum Vorteil aller in ein besseres Miteinander mündet.“ ergänzt Vorstand Thomas Bily. Er sieht großes Potenzial für das neue Netzwerk: „Wir glauben, dass gut fünf Millionen Menschen in Deutschland schon heute bereit sind, sich für die Anliegen zu engagieren, die wir mit seniorbook verfolgen. Tendenz: stark zunehmend.“

### Datenschutz, Privatsphäre, Benutzerfreundlichkeit

seniorbook pflegt eine erwachsene Tonalität und einen respektvollen Umgang miteinander. Sicherheit, Privatsphäre, Datenschutz, Transparenz und Benutzerfreundlichkeit haben oberste Priorität und werden kontinuierlich durch externe Kontrollen sichergestellt. Die Seniorbook AG wurde im Juli 2011 von den Vorständen Thomas Bily und Markus Erl gegründet. Das Unternehmen ist privat und unabhängig finanziert und beschäftigt derzeit 16 feste Mitarbeiter an den Standorten München und Plattling. □

### Öffentliche Ausschreibungen:

## Gemeinsames Eintreten für Qualitätsstandards

Der Wettbewerb in der Entsorgungsbranche wird vermehrt über die Senkung von Sozial- und Ökostandards (z. B. Einsatz veralteter Fahrzeuge) betrieben. Häufig ist der Zuschlag für Billigstanbieter verbunden mit Klagen der Bürger über mangelhafte Leistungserbringung. Vor diesem Hintergrund haben der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) eine Neufassung der gemeinsam entwickelten Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche veröffentlicht. Das Auftragsberatungszentrum Bayern und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband haben die Arbeit unter vergaberechtlichen Aspekten fachlich begleitet.

Vermeintlich „günstige“ Leistungsangebote führen immer wieder zu spürbaren Qualitätsminderungen. Die Kommunen sehen sich dann mit Beschwerden der Bürger über die Abfuhrqualität konfrontiert. Der Trend zu Billigstanbietern geht aber auch zu Lasten derjenigen Entsorgungsunternehmen, die qualitativ hochwertige Leistungen anbieten und zudem ihre Beschäftigten angemessen bezahlen. Daher setzen sich die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung dafür ein, neben dem Preisaspekt auch soziale und umweltbezogene Leistungsanforderungen mit in öffentliche Ausschreibungen aufzunehmen.

### Beitrag zum Klimaschutz

Nicht zu vernachlässigen ist die Ökologie: Laut einer Studie des bifa Umweltinstituts trägt die bayerische Abfallwirtschaft mit einer jährlichen Einsparung von rund 13 Millionen Tonnen klimaschädlichem CO<sub>2</sub> ganz erheblich zum Klimaschutz bei. Die EU, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung haben sich zudem ehrgeizige Klimaschutzziele für die chender Schutz der Umwelt sichergestellt sei. Eine Anwendung dieser Erkenntnisse über Deutschland hinaus sei möglich. Das in Bayern verfügbare Deponievolumen sei unter den derzeitigen Randbedingungen mittelfristig ausreichend, die Verteilung jedoch regional unterschiedlich. DK

kommenden Jahre gesetzt. Der Einsatz veralteter Fahrzeugtechnik und/oder lange Anfahrtswege zum Ort der Leistungserbringung konterkarieren diese Bemühungen jedoch.

### Orientierungshilfen

Die gemeinsam erarbeiteten Orientierungshilfen behandeln folgende Aspekte: Vergaberechtliche Rahmenbedingungen, Anforderungen an die Bietereignung, Anforderungen an die Leistungserbringung (Personal, Technik, Betriebsorganisation), Vertragsbedingungen, Anforderungen an die Angebote und die mögliche Berücksichtigung von Qualitätskriterien neben dem Preis. Die Orientierungshilfen wurden unter Beachtung der derzeitigen Rechtsprechung entwickelt. Sie sollen eine Hilfestellung für die kommunalen Auftraggeber sein und eine preiswerte, aber hochwertige Entsorgung sicherstellen.

### Wertungsmatrix

VBS-Präsident Otto Heinz: „Ich freue mich, dass der VBS gemeinsam mit seinen kommunalen Partnern überzeugende Qualitätskriterien entwickeln konnte. Für besonders wichtig erachte ich die abschließenden Hinweise zum Einsatz einer Wertungsmatrix, denn der Preis muss keineswegs das ausschließliche Zuschlagskriterium bei einer öffentlichen Ausschreibung sein.“ □

# Biodiversität und Landnutzung

Fachtagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und Katholischen Erwachsenenbildung Dingolfing-Landau

**Biologische Vielfalt ist ein wichtiger Faktor, nicht nur für die Natur oder etwa den Erholung suchenden Menschen, sondern auch für die Wirtschaft. Was können Kommunen, Kirchen und Partner tun? Wo gibt es Hemmnisse und gute Beispiele im Biotopschutz und Biotopverbund? Welche Hilfen bieten Modellprojekte und die Instrumente der Verwaltung? Mit diesen Fragen befasste sich eine Fachtagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und Katholischen Erwachsenenbildung Dingolfing-Landau in Landau. Zahlreiche Referenten zeigten dabei ermutigende Beispiele aus ihren Wirkungsbereichen auf.**

Josef Brunner, Erster Bürgermeister der Stadt Landau, wies eingangs darauf hin, dass der Schutz der natürlichen Grundlagen wie auch die Sicherung des Friedens und der Abbau der Schulden zu den wichtigsten Aufgaben überhaupt gehört. Es sei nicht leicht, Ideen umzusetzen und die notwendigen Grundstücke dafür zu bekommen, wie man beim heimischen Biotopverbund-Projekt gemerkt habe. „Aber wir haben es geschafft: Mit dabei sind die Stadt Landau und die Märkte Simbach und Eichendorf“, wusste Brunner zu berichten.

## Millionenprojekte

Heinrich Trapp, Landrat des Landkreises Dingolfing-Landau, verwies drauf, dass der Landkreis in den vergangenen Jahren mit zwei Millionenprojekten auch im Naturschutz deutliche Akzente gesetzt habe. Dies gelte insbesondere für das EU-LIFE-Projekt „Auen, Haiden und Quellen im unteren Isartal“ (1996 bis 1999) sowie für das noch bis Ende 2014 laufende BayernNetzNatur-Projekt „Lebendiges Königsauer Moos“. Ziel dieses Projekts sei die Schaffung eines bayernweiten Biotopverbundsystems. Es soll die Wasserspeicher-

funktion des Niedermoors und den Lebensraum für wiesenbrütende Vogelarten, insbesondere den Großen Brachvogel, sichern.

Die Gemeinde Schwebheim ist Mitglied des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt“, das sich im Februar vergangenen Jahres gegründet hat. Wie Erster Bürgermeister Hans Fischer berichtete, sind der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt die wichtigsten Ziele des Bündnisses. In diesem Sinne diene es den Kommunen als Instrument für den Informationsaustausch, einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit sowie der politischen Lobbyarbeit. Darüber hinaus sollen mit Hilfe des Bündnisses gemeinsame Aktionen und Projekte initiiert und koordiniert werden.

## Notwendige Netzwerke

Ein wichtiger Partner ist Fischer zufolge das Amt für Ländliche Entwicklung mit den Flurbereinigungsverfahren: „Ohne sie geht es nicht, wenn man sich mit Landnutzung beschäftigt und auch nicht ohne unsere Bauern, denn weder die Natur noch die Landwirtschaft sollen untergehen.“ Damit nicht jeder das Rad neu erfinden muss, seien Netzwerke wich-

tig. Mittlerweile gehörten dem Bündnis über 220 Deklarationskommunen und 71 Mitglieder an.

Nach Ansicht von Dr. Walter-Max Schmitt vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird die Fortschreibung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) einige Neuerungen bringen. Schließlich gelte es, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Dazu zählten Klimawandel und Globalisierung, aber auch der zunehmende Rechtfertigungsdruck, unter dem die Subventionen stehen. Insgesamt werde der Haushalts gekürzt, damit sei mit Einschnitten zu rechnen. Außerdem soll das Niveau der Direktzahlungen unter den Mitgliedsstaaten angeglichen werden.

## Greening

Am meisten jedoch werde derzeit das vorgesehene „Greening“ diskutiert, das aus drei betrieblichen Vorgaben besteht: Fruchtartenvielfalt auf Ackerland (Betriebe über 3 ha Ackerfläche; mindestens 3 Ackerfrüchte, nicht weniger als 5 %, nicht mehr als 70 % Anteil), Erhaltungsgebot für Dauergrünland (Dauergrünlandflächen müssen einzelbetrieblich erhalten bleiben; Umbruch bis 5 % je Betrieb genehmigungsfähig), Bereitstellung ökologischer Vorrangflächen (mindestens 7 % der Acker- und Dauerkulturflächen im Betrieb müssen für ökologische Zwecke verwendet werden, z. B. Brach- und Aufforstungsflächen, Pufferstreifen). Bezüglich der Praxis-tauglichkeit gebe es hier noch of-

fene Fragen, betonte Schmitt.

Marion Ruppenner, Referentin für Landwirtschaft im Bund Naturschutz Bayern, meinte: „Die Gemeinsame Agrarpolitik ist das Instrument, das sich am stärksten auf die biologische Vielfalt im ländlichen Raum auswirkt. Ein „Greenwashing“ durch zu viele Ausnahmen und zu viel Freiwilligkeit sollte vermieden werden. Die Landwirte können sich profilieren, wenn positive Veränderungen sichtbar werden, etwa mehr Blüchflächen, Hecken und Pufferzonen.“

Wie Norbert Bäumel, Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung, hervorhob, muss die Erhaltung von Biodiversität wesentlich die Erhaltung oder Neuschaffung der Vielfalt der Lebensräume als eigentlicher Existenzgrundlage der Arten im Blick haben. Zumindest in Mitteleuropa bedeute dies, die Vielfalt von Landnutzungen sowie von funktional notwendigen oder kulturell gewünschten Landschaftsstrukturen zu erhalten oder weiterzuentwickeln.

## Modellvorhaben

Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung suche in mehreren Modellvorhaben neue Wege, um in (über-)gemeindlichen Entwicklungsprozessen entsprechende Veränderungen in Gang zu setzen. Die engagierten Landwirte, Bürger und Gemeinden, die ihre Heimat und ihre Kulturlandschaften gestalten, stünden dabei im Mittelpunkt der Projekte.

Im Rahmen der Initiative „bodenständig – Boden bewahren – Bäche beleben“ geht es laut Bäumel in den Modellprojekten „Schwimmbach“ und „Rottau-entsee“ um Weiterentwicklung von Landnutzung und Landschaft unter funktionalen Aspekten. Der Stoff- und Wasserhaushalt einer Landschaft soll so organisiert werden, dass landwirtschaftliche Landnutzung dauerhaft möglich bleibt.

## „LandSchaftEnergie“

In einem Modellprojekt in der „Integrierten Ländlichen Entwicklung „Zwischen Lech und Wertach““ sollen im Rahmen von „LandSchaftEnergie“ nachhaltig nutzbare energetische Potenziale der Landschaft ermittelt und in die regionale Energieversorgung eingebunden werden. Ziel ist es, den „Landschaftsgestalter Energiewende“ so zu steuern, dass die Landnutzung standortlich differenziert und damit vielfältig erfolgt.

In zwei Modellprojekten unter dem Motto „Landschaft vital“ wird das Thema „Differenzierte Landnutzung“ von der ökonomischen Seite her angegangen: Landnutzungsdiversität ist nur dann zu erreichen, wenn es gelingt langfristig stabile, entwicklungs-

## VBS-Regionsversammlungen 2013:

### Kommunen zerschlagen etablierte Sammelstrukturen

**Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS) hielt in diesem Jahr bereits im März seine traditionellen Regionsversammlungen ab. Schwerpunktthema der diesjährigen Versammlungen waren die Auswirkungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes, insbesondere im Bereich der gewerblichen Sammlungen. Erfreulich war die hohe Beteiligung: VBS-Präsident Otto Heinz konnte insgesamt 140 teilnehmende Mitglieder begrüßen.**

Die Vorträge und Diskussionen zum Thema gewerbliche Sammlung machten deutlich, dass inzwischen eine Vielzahl von Beschwerden vorliegen, welche gewerbliche Sammlungen ohne Abwägung oder Erörterung des Einzelfalls untersagen. Insbesondere der im Gesetz vorgesehene Vertrauensschutz (§ 18 Abs. 7 KrWG) zum Schutz bestehender gewerblicher Sammlungen greift in der Praxis bislang völlig ins Leere. Es zeigt sich zudem immer deutlicher, dass sich Untersagungen insbesondere dort häufen, wo ein kommunaler Eigenbetrieb und die zuständige Abfallbehörde eng miteinander verbunden sind.

VBS-Präsident Otto Heinz: „Die Kommune sollte nicht gleichzeitig Spieler auf dem Feld und Schiedsrichter sein. Das geht weder auf dem Fußballplatz noch in der Abfallwirtschaft.“

Folgende weitere Themen wurden in den Versammlungen behandelt: Ausblick Wertstoffgesetz, neuer Branchenmindestlohn, LfU-Praxis bei Sammelentsorgungsnachweisen sowie aktuelle Rechtsentscheidungen aus dem Abfall- und Vergaberecht. Gastreferenten waren in diesem Jahr Dr. Andreas Bruckschen (BDE-Geschäftsführer) und RA Klaus Hoffmann (Hoffmann & Greß Rechtsanwälte).

Die Regionsversammlung München/Oberbayern wählte Andreas Janka (Geschäftsführer J. Ehgartner GmbH, Geretsried) einstimmig zum neuen Regionssprecher. In ihren Ämtern bestätigt wurden die Sprecher der Regionen Franken (Rudi Ernst jun.) und Schwaben (Peter Weißenhorn). In der Region Niederbayern/Oberpfalz stand in diesem Jahr keine Neuwahl an. □

## Verbände der privaten Entsorgungswirtschaft:

# Ruf nach Korrektur des KrWG

**Der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V., der bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V., die Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V. (BDSV), sowie der Verband Deutscher Metallhändler e. V. haben gemeinsamen gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) Stellung genommen zu den Auswirkungen des am 1. Juni 2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Das Umweltministerium hatte verschiedene Verbände um entsprechende Einschätzungen gebeten, um der Verpflichtung aus der seinerzeit abgegebenen Protokollklärung zu entsprechen, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes die Auswirkungen der Regelungen zur gewerblichen Sammlung auf Markt und Wettbewerb zu beurteilen, um auf Basis dieser Erkenntnisse ggf. Korrekturen am Gesetz vorzunehmen.**

Die Verbände der privaten Wirtschaft halten in der Stellungnahme zunächst fest, dass die Zahl von knapp 600 bisher bekannt gewordenen Untersagungen von gewerblichen Sammlungen in keiner Weise aussagekräftig ist. Keinesfalls könne aus dieser Zahl darauf geschlossen werden, dass die nicht untersagten Fälle künftig beanstandungsfrei fortgeführt werden könnten.

Es ist vielmehr so, dass das Anzeigeverfahren beliebig in die Länge gezogen wird und somit der Großteil der Untersagungen noch zu erwarten ist. In etlichen Fällen hätten Landkreise auch eine eigene kommunale Sammlung bereits politisch beschlossen und mit deren Umsetzung begonnen. Den in diesen Landkreisen angezeigten gewerblichen Sammlungen soll so die Grundlage entzogen werden, die Untersagungen sind angekündigt.

Der BDE beklagt eine massive Rechtsunsicherheit, die seit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes eingetreten ist. BDE-Präsident Peter Kurth: „Zahlreiche rechtlich nicht haltbare Auslegungen durch die öffentliche Hand sind bereits Gegenstand verwaltungsgerichtlicher Verfahren, es liegen bereits jetzt etliche Urteile vor. Die völlig uneinheitliche Praxis wird von dem politi-

schsen Willen bestimmt, gewerbliche Sammlungen mit allen Mitteln zu verdrängen. So soll ganz offensichtlich eine abschreckende Wirkung erzielt werden. Die fehlende Investitionssicherheit schreckt dabei insbesondere mittelständische Unternehmen ab. Vielfach wird Unternehmen aber auch nahegelegt, die Anzeigen zurückzuziehen, bevor sie mit erheblichen Kosten für die Untersagungen zu rechnen haben. Die gewerbliche Sammlung von Papier, die bereits durch das Altpapierurteil von Juni 2009 massiv eingeschränkt wurde, droht, mit dieser Auslegungspraxis endgültig zu verschwinden.“

## Bundesweite Strategie

Für den bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V. zeichnet sich immer mehr eine bundesweit abgestimmte Strategie ab, wonach sich viele Kommunen und deren kommunale Unternehmen Stoffströme zueignen, die in der Vergangenheit gar nicht oder nur am Rande zum kommunalen Geschäftsfeld gehörten.

Nach den Worten von bvse-Präsident Bernhard Reiling wird das Kreislaufwirtschaftsgesetz missbraucht, um kommunale Monopole gerade in den Sekundärrohstoffmärkten zu errichten, die über ein

Jahrhundert hinweg von privaten Unternehmen mit Pioniergeist und Innovationskraft erfolgreich aufgebaut und entwickelt worden sind. Reiling: „Die Kommunen nutzen das Kreislaufwirtschaftsgesetz, um sich an einen von der privaten Entsorgungswirtschaft gedeckten Tisch zu setzen. Wir stellen derzeit ein aggressives kommunales „Rosinenpicken“ fest, das ohne Rücksicht auf die Existenz kleiner und mittelständischer Unternehmen vorangetrieben wird.“

Der Präsident der BDSV Heiner Gröger wird als mittelständischer Metallrecyclingunternehmer tagtäglich damit konfrontiert, wie groß die Verunsicherung unter den vielen mobilen Sammlern geworden ist, die den Schrott an die Aufbereiter und Händler abliefern. „Wenn wir die kontinuierliche Zulieferung des Vormaterials sicherstellen wollen, haben wir gar keine andere Chance, als den mobilen Sammlern im Umgang mit den Behörden aktiv beizuspringen. Das bindet natürlich zusätzlich erhebliche Arbeitskraft bei den Recyclingbetrieben“, sagt Gröger. Großes Verständnis habe er dafür, dass sich der Unmut der mobilen Händler in Mahnwachen oder ähnlichen Aktionen äußert. „Bei vielen unserer Geschäftspartner stehen jetzt Existenzen auf dem Spiel.“

Die Verbände fordern gemeinsam eine Korrektur des KrWG, um der unlauteren Umsetzungspraxis, die zu einer erheblichen Verschiebung des Wettbewerbs und zu einem merklichen Rückgang des Recyclings geführt hat, zeitnah Einhalt zu gebieten. Sie appellieren des Weiteren, zu prüfen, ob durch eine Durchführungsverordnung oder andere geeignete Auslegungsrichtlinien ein Mehr an Rechtssicherheit für gewerbliche Sammlungen erreicht werden kann. □

fähige Einzelbetriebe im Haupt- und Nebenerwerb sowie aktive Netzwerke zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben und zwischen Landwirten und ländlicher Bevölkerung zu entwickeln. Bäumel: „Solche Steuerungs- und Abstimmungsprozesse erfordern neue Formen der Kooperation und Kommunikation. Am wichtigsten ist, in den Dialog zu investieren.“

„Über die Bodennutzungsplanung, die Bodenordnung, die Unterstützung von Fachplanungen des Naturschutzes, den landwirtschaftspflegerischen Gestaltungsauftrag und die Flächenbereitstellung ist die Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit ihren Aufgaben und Instrumenten ein Partner“, machte Johann Braun, Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern, SG Landespflege, deutlich. So ließen sich Lösungen finden. „wenn es etwa um die naturnahe Umgestaltung von Fließgewässern geht, um die Neuanlage von Extensivwiesen oder die Biotopvernetzung“.

## Anerkannter Wert

Silke Franke, Geschäftsführerin Bayerische Akademie Ländlicher Raum, meinte bilanzierend: „Biologische Vielfalt ist Faszination und Überlebenssicherheit. Ihr Wert ist anerkannt, doch der Verlust an Arten, Sorten und Le-

bensräumen schreitet voran und so mangeln die Bekenntnisse und Erklärungen zum Schutz der Biodiversität an Glaubwürdigkeit - ob auf staatlicher oder kirchlicher Ebene.“

Die Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik seien noch im Gange. Der „Greening“-Ansatz werde allseits befürwortet, doch gebe es unterschiedliche Meinungen über die konkrete Ausgestaltung. Hier müsse die Balance zwischen Freiwilligkeit, Praxisausgangspunkt, erwünschten und unerwünschten Wirkungen gesucht werden. „Nicht einfach, angesichts der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen unter den Mitgliedsstaaten“, stellte Franke fest.

## Schub von unten

Letztlich müsse der „Schub“ von unten kommen, fuhr Franke fort. Dabei komme es darauf an, Potenziale zu erkennen, die sich aus der Vielfalt ergeben, aber auch dort anzusetzen, wo es „weh tut“, zudem Partner zu suchen, etwa Gemeinden, Naturschutzgruppen, Landwirte und Fachverwaltungen. Es gelte, in den Dialog zu investieren, sich mit anderen zu vernetzen, und sich gegenseitig zu motivieren. Auch sollte an ungewöhnliche Verbündete gedacht werden, wie etwa große Unternehmen. DK

Recycling-Baustoffe aus Bayern -  
der Umwelt zuliebe  
nur mit diesem Zeichen!



Teilnehmer am **BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
www.baustoffrecycling-bayern.de

bauma 2013:

## Effizienz rauf, Emissionen runter

Vom 15. bis 21. April 2013 findet in München die bauma, 30. Internationale Fachmesse für Baumaschinen, Baustoffmaschinen, Bergbaumaschinen, Baufahrzeuge und Baugeräte, statt. Einer der wesentlichen Ansatzpunkte für die auf der Messe zu erwartenden Innovationen ist die Antriebstechnologie bei mobilen Baumaschinen. Im Interview mit der Messe München gibt Prof. Dr.-Ing. Günter Kunze, Leiter des Lehrstuhls für Baumaschinen- und Fördertechnik bei der Technischen Universität Dresden, einen Einblick in aktuelle Entwicklungen.

**Wesentliche Treiber bei der Weiterentwicklung der Antriebstechnologien von mobilen Baumaschinen sind die internationalen Abgasnormen. Was sind hier die aktuell wichtigsten Eckpunkte?**

**Prof. Günter Kunze:** Nach Leistungsklassen gestaffelt, werden in Europa und den USA stufenweise deutlich strengere Grenzwerte für neue Maschinen eingeführt. Im Fokus stehen die Rußpartikel- und Stickoxidemissionen. Gegenwärtig gilt für den Off-Road-Bereich in Europa die EU Stufe III B der Emissionsrichtlinie und in den USA die Abgasnorm US Tier 4 interim. Im Jahr 2014 folgen die EU Stufe IV und die US Stufe Tier 4 final. Diese bringen nochmals eine drastische Absenkung des Emissionsgrenzwertes für Stickoxide mit sich.

**Mit welchen Technologien und Komponenten können diese Vorschriften eingehalten werden?**

**Prof. Günter Kunze:** Die bisherigen Grenzwerte konnten meist durch innermotorische Maßnahmen eingehalten werden. Dabei sind die Konstrukteure von Fall zu Fall mit dem Widerspruch konfrontiert, dass ein schadstoffarmes Verbrennungsverfahren einen erhöhten Kraftstoffverbrauch hervorruft. Die zunehmende Verschärfung der Grenzwerte verstärkt diesen „ökologischen Konflikt“.

Die ab dem Jahr 2014 geltenden Grenzwerte für den Off-Road-Bereich erfordern in den meisten Fällen eine zusätzliche nachmotorische Abgasnachbehandlung mit effektiven, wartungsarmen und dauerhaft leistungsfähigen Schadstoffminderungskomponenten.

Abhängig von der Anwendung lassen sich durch die Kombination von Technologien, die Rußpartikel- und Stickoxidemissionen gleichzeitig senken, lassen sich die niedrigen Limits der EU Stufe IV und US Stufe Tier 4 final erfüllen. Dabei müssen bei mobilen Maschinen die Besonderheiten der Einsatzbedingungen, die variablen Betriebszyklen und die Leistungsanforderungen der jeweiligen Anwendung berücksichtigt werden.

Die riesige Variantenvielfalt im Off-Road-Bereich macht eine Standardlösung für die Abgasnachbehandlung unmöglich. Deshalb definieren die Hersteller Betriebsbedingungen – wie zum Beispiel Temperaturen, – um einerseits den Reinigungsprozess des Filters in Abhängigkeit von der Rußbelastung und andererseits die Hamstoffdosierung zur Stickoxidminderung je nach Motorleistung zu ermöglichen.

Da diese Betriebsbedingungen bei den Einsatzprofilen im Off-Road-Bereich nicht in jedem Falle gegeben sind, kommen Verfahren der aktiven Regeneration zum Einsatz. Hier erzeugen Abgassysteme die benötigte Temperatur selbst. Dabei wird die Abgastemperatur entweder durch einen Flammbrenner oder eine Kombination aus Flammbrenner und katalytischem Brenner eingestellt. Andere Entwicklungen zielen auf eine Motorabstimmung für niedrigsten Kraftstoffverbrauch in Ver-

bindung mit einer signifikanten Leistungssteigerung des SCR-Systems (SCR - Selective Catalytic Reduction). Dadurch werden mit nur zwei Abgasemissionskomponenten – CR und Diesel Oxidation Catalyst (DOC) – die zukünftigen Grenzwerte unterschritten.

**Neben dem Fahrtrieb muss auch die Arbeitsausrüstung einer mobilen Baumaschine mit ausreichend Leistung versorgt werden. Was tut sich auf diesem Feld?**

**Prof. Günter Kunze:** Traditionell wird ausreichend verbrennungsmotorische Leistung

installiert. Das heißt, die Hersteller ermitteln den so genannte Peak-Bedarf und verbauen einen dazu passenden Motor. Allerdings gibt es vielfältige Ansätze und Lösungen, die sich mit dem „mittleren Bedarf“ der Baumaschine als Auslegungsgröße des Verbrennungsmotors beschäftigen. Für die Abdeckung von Lastspitzen kommen dann geeignete Speicher zum Einsatz. Die Speicher können mechanisch, hydraulisch oder auch elektrisch arbeiten. Man spricht hier vom Downsizing der installierten Motor-Antriebsleistung.

**Die Branche arbeitet schon seit Jahren intensiv an Hybridantrieben, aber der Marktdurchbruch fehlt bislang. Wie beurteilen Sie den Stand der Entwicklung?**

**Prof. Günter Kunze:** Zunächst sei angemerkt, dass auch der Pionier auf dem Hybridgebiet, die Firma Toyota, im Kfz-Bereich



Die Hochgeschwindigkeits-FräsSchleudern KFS 1250 M2 von Kahlbacher im Einsatz.

## Geschwindigkeit ist Trumpf

Schneeverladung auf dem Flughafen München Franz-Josef-Strauß

Den Flughafen München und die Firma Kahlbacher aus Kitzbühel verbindet eine jahrzehntelange Partnerschaft. Die Schneeräumtechnologie aus Tirol befreit den Flughafen zuverlässig von Schnee und Eis und trägt dazu bei, den Flugbetrieb auch unter widrigsten Umständen aufrecht zu erhalten.

Seit der Wintersaison 2012/2013 stehen dem Flughafen drei neue Hochgeschwindigkeits-FräsSchleudern KFS 1250 M2 von Kahlbacher zur Verfügung (wobei M2 für 2-Motoren-Technologie steht). Aufgrund strenger Umweltauflagen ist MUC gezwungen, den mit Auftaumiteln durchsetzten Schnee per LKW auf eine eigene Deponie zu transportieren. Die neuen Hochleistungsräumgeräte dienen der Beladung dieser Fahrzeuge.

**Höchste Zuverlässigkeit, effizientes Verladensystem**

Maximale Leistungsfähigkeit, höchste Zuverlässigkeit und einzigartiger Bedienkomfort war das Ziel der Kahlbacher-Ingenieure bei der Entwicklung.

Durch das offene Räumsystem der KFS 1250 werden alle Schneearten, bis hin zu sehr hartem, mit gefrorenen Schollen durchsetztem Schnee problemlos aufgenommen.

Die zwei Motoren des Tiroler High-Tech-Geräts liefern insgesamt 1.260 PS. Diese enorme Leistung in Kombination mit dem vollhydrostatischem Fahr- und FräsSchleuderantrieb machen sie wohl zur effizientesten Verlademaschine weltweit.

**Extreme Leistungsfähigkeit, innovative Technologie**

Aber alleine die extreme Leistungsfähigkeit macht die KFS 1250 M2 nicht so einzigartig – innovative Technologie wie

mehr als zehn Jahre für Akzeptanz und Marktdurchdringung benötigt hat. Bei den mobilen Arbeitsmaschinen lassen ihre Vielfalt, ihre geringen Stückzahlen und ihre hohe Lebensdauer einen eher noch verhaltenen Prozess erwarten. Grundsätzlich bedeutet Hybridantrieb das Vorhandensein mindestens zweier Leistungsquellen. Denkbar sind die verschiedensten Kombinationen dieser Quellen. Dies können zum Beispiel ein Verbrennungsmotor und eine elektrische Maschine in Kombination mit elektrischem Speicher sein. Oder auch zwei unabhängige Speicher, beispielsweise in Flurförderzeugen.

Für beide Beispiele gibt es bereits ausgeführte und verfügbare Maschinen. Machbar sind auch Lösungen, die Energie in mechanischer oder hydraulischer Form rekuperieren und anschließend speichern.

**Welche Lösung für welche Maschine eingesetzt wird, hängt entscheidend vom jeweiligen Anforderungsprofil ab. Gerade zur Hybridtechnologie arbeitet die Baumaschinenbranche an vielen Innovationen, die auf der kommenden bauma erstmals vorgestellt werden.**

**Weitere Informationen unter: [www.bauma.de](http://www.bauma.de)**

Schaufenster Elektromobilität Baden-Württemberg:

## Daimler mobilisiert das Ländle elektrisch

Elektrische car2go Flotte

Baden-Württemberg legt den Schalter um und startet das Schaufenster Elektromobilität LivingLab BWe mobil. Zehn der insgesamt rund 40 Projekte der Modellregion stehen dabei unter einem besonders guten Stern – mit Wissen und Produkten von Daimler.

Als Projektleiter engagiert sich Daimler in zwei Projekten: „Elektromobile Testflotten“ heißt das Projekt, bei dem Daimler Testflotten mit Entwicklungsfahrzeugen auf die Straße bringt, 64 rein elektrisch angetriebene Fahrzeuge der B-Klasse und 30 Plug-In Hybrid Modelle der kommenden S-Klasse. Die ersten Fahrzeuge sollen ab dem dritten Quartal 2013 auf den Straßen Baden-Württembergs unterwegs sein. Im Rahmen des Projekts „Elektromobilität am Arbeitsplatz - halb-öffentliches Laden an Unternehmensstandorten - charge@work“ installiert Daimler an insgesamt fünf Unternehmensstandorten im Raum Stuttgart über 170 Ladestationen für Elektrofahrzeuge, um das intelligente Laden von Privat- oder Firmenfahrzeugen der Mitarbeiter, des internen Werksverkehrs sowie weiterer Nutzergruppen zu ermöglichen.

**Integriertes Energiesystem**

In dem gemeinsamen Projekt mit dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) sowie der Universität Stuttgart soll zudem auf dem Gelände des Fraunhofer-Instituts in Stuttgart ein Micro-Smart-Grid-Demonstrator aufgebaut werden. Damit lassen sich die Energieflüsse in einem integrierten Energiesystem analysieren. Zudem werden die Kooperationspartner den Betrieb und die Nutzung der Ladestationen gemeinsam wissenschaftlich begleiten, um neue Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Elektromobilität zu gewinnen. Der Fokus von „charge@work“ liegt zum einen auf den komplexen Nutzungsmodalitäten, die an den Standorten der Daimler AG durch unterschiedliche Fahrzeug- und Nutzergruppen abgebildet werden können und zum anderen auf der Erforschung und Implementierung eines intelligenten Lade- und Lastmanagements zur Si-

cherstellung effizienter Ladevorgänge und Vermeidung von Lastspitzen. Im Rahmen des Projekts ist der Einsatz von 175 smart fortwo electric drive sowie von 40 A-Klasse E-CELL geplant.

Neben umfassendem Know-how aus der langjährigen Erfahrung mit elektrischen Antrieben stellt Daimler dem LivingLab BWe mobil verschiedene Fahrzeuge aus dem breiten elektrischen Portfolio zur Verfügung. Etwa den batterieelektrischen Vito E-CELL für das Projekt „Logistischer Wirtschaftsverkehr“ oder den Brennstoffzelle betriebenen Citaro Fuel-CELL-Hybrid für „HyLine-S“.

Daimler engagiert sich auch über die unmittelbaren Schaufensterprojekte hinaus mit verschiedenen Initiativen an „LivingLab BWe mobil“. So bildet die rein elektrische car2go Flotte in Stuttgart einen wichtigen Bestandteil des Schaufensters: Gerade Projekte zum Aufbau und zur Erforschung öffentlicher Ladeinfrastruktur erhalten durch die tagtäglich im regulären Kundenbetrieb genutzten Fahrzeuge eine wichtige Grundlage. Das Stuttgarter car2go Angebot startete Ende November mit 300 Fahrzeugen im Stadtgebiet und wird noch einmal um weitere 200 Fahrzeuge ergänzt. Die insgesamt 500 Fahrzeuge in der Region Stuttgart bilden die größte elektrische Carsharing-Flotte in Deutschland.

**WissensCommunity**

Außerdem entwickelt Genius, die junge WissensCommunity von Daimler, in Kooperation mit dem Kultusministerium Baden-Württemberg und der Klett MINT GmbH, einem Unternehmen der Klett Gruppe, Unterrichtsmaterial zum Thema Elektromobilität. Mit diesem Unterrichtsmaterial und Lehrerfortbildungen trägt Genius dazu bei eine nachhaltige Verankerung von E-Mobilität im Unterricht an weiterführenden Schulen zu unterstützen. Die Materialien stehen als kostenlose Downloads unter [www.genius-community.com](http://www.genius-community.com) im Bereich „Genius macht Schule“ zur Verfügung.

Im baden-württembergischen Schaufenster „LivingLab BWe mobil“ erforschen mehr als 100 Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand Elektromobilität in der Praxis. Die Projekte konzentrieren sich mit ihren Aktivitäten auf die Region Stuttgart und die Stadt Karlsruhe und sorgen auch international für eine große Sichtbarkeit. Das „LivingLab BWe mobil“ steht für einen systemischen Ansatz mit ineinandergreifenden Projekten, die Elektromobilität vom E-Bike über den E-PKW bis hin zum elektrischen Transporter und Plug-in-Linienbussen für jedermann erfahrbar machen.

Die Projekte adressieren Fragestellungen zu Intermodalität, Flotten und gewerblichen Verkehren, Infrastruktur und Energie, Stadt- und Verkehrsplanung, Fahrzeugtechnologie, Kommunikation und Partizipation sowie Ausbildung und Zertifizierung. Koordiniert wird das „LivingLab BWe mobil“ durch die Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie e-mobil BW GmbH und die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS).

## Mit Bio-Erdgas in die Umweltzone

Augsburg: Dieselbusse mit Rußfilter nur die Ausnahme bis Ende 2013

Was die Umweltverträglichkeit ihrer Busflotte angeht, sind die Stadtwerke Augsburg (swa) führend in Deutschland. Schließlich sind ihre 111 Busse mit Bio-Erdgas unterwegs. Dadurch werden gegenüber normalen Dieseln 90 Prozent CO<sub>2</sub> eingespart, der Ausstoß von Stickoxiden im rund 95 Prozent verringert und Feinstaub ist gar kein Thema. Für die Übergangszeit des Königsplatzumbaus mussten die Stadtwerke allerdings auch gebrauchte Dieseln einsetzen. Damit fünf von ihnen bis Ende des Jahres bei Sondereinsätzen weiterhin in die Umweltzone fahren dürfen, wurden sie jetzt mit Rußpartikelfiltern ausgestattet.

Während des Umbaus des Königsplatzes von März 2012 bis Dezember 2013 können die Linien 1 nach Göggingen und 3 nach Stadtbergen nicht mit Straßenbahnen bedient werden. Nachdem es keinen Markt für gebrauchte Erdgasbusse gibt, haben die Stadtwerke für den Ersatzverkehr 27 gebrauchte Dieseln beschafft. „Auch wenn diese nicht alle immer im Einsatz waren, wollten wir mit zusätzlichen Buskapazitäten für den Fall gerüstet sein, dass etwa Straßenbahnstrecken durch Unfälle blockiert sind“, erklärt Stadtwerke-Geschäftsführer Norbert Walter.

**Strenge Anforderungen an Ersatzbusse**

Für die Dieseln hatte die

schwer zu erkennen) sorgen für außergewöhnlichen Arbeits- und Bedienkomfort.

Das Tempo der Schneeverladung in der Landeshauptstadt kann wohl so am Besten veranschaulicht werden: ca. 50 Sekunden – so lange dauert die Beladung eines 90 m<sup>3</sup>-Sattelzuges mit der KFS 1250 M2.

Umweltzone erteilt. „Diese war an strenge Anforderungen geknüpft“, so Umweltreferent Rainer Schaal. So durften sie nur zur Aufrechterhaltung des Schienenersatzverkehrs eingesetzt werden. „Wir haben schon bisher bei der Fahrzeugeinsatzplanung alles daran gesetzt, den Einsatz der Dieseln in der Umweltzone so gering wie möglich zu halten“, so Walter.



Stadtwerke-Geschäftsführer Norbert Walter (l.) und Umweltreferent Rainer Schaal mit den neuen Aufklebern, die auf den umweltfreundlichen Antrieb der Erdgasbusse hinweisen.

Mercedes-Benz Unimog U400:

## Ganzjahreseinsatz auf dem Feldberg

Hochschwarzwald-Gemeinde Feldberg bewältigt vielfältige kommunale Aufgaben mit U400

Mit 1.493 Metern Höhe über Meer ist der Feldberg im Hochschwarzwald die höchste Erhebung in Baden-Württemberg und ein Eldorado besonders für Wintersportbegeisterte – aber auch im Sommer für Touristen und Naturliebhaber ein beliebtes Ausflugsziel. 3,3 Grad Celsius beträgt hier oben die Durchschnittstemperatur – wohlgemerkt: das ganze Jahr über gemessen. Und der letzte Schnee schmilzt oft erst Ende August – kurz, bevor der neue fällt.

Über Nacht können in dieser schneesicheren Region schon einmal rund 70 cm Schnee fallen – eine extreme Herausforderung und anspruchsvolle Aufgabe besonders für den Winterdienst, der ab 3 Uhr morgens

die Gemeindestraßen sowie die Zufahrten zum Feldberg-Hotel – das höchstgelegene Deutschlands – und den vielfrequentierten, weitläufigen Parkplätzen unterhalb der Lifтанlagen räumt.

Bis 8 Uhr morgens muss alles

erledigt sein, denn dann nehmen Sessel- und Schlepplifte sowie die Rodelbahnen ihren Betrieb auf, Tagesbesucher und Übernachtungsgäste strömen zum Wintervergnügen. Erledigt werden diese Arbeiten vom Bauhof der Gemeinde, die für die jeweils acht Kilometer umfassende Tour rund um den Feldberg-Gipfel eine Maschinenkombination aus Schneefräse und Mercedes-Benz Unimog U400 mit Schneeflug einsetzt. Bei Schneefall muss die festgelegte Route, die auch den



Der Mercedes-Benz Unimog U400 im kommunalen Winterdienst der Gemeinde Feldberg/Hochschwarzwald.

großen Parkplatz für mehrere hundert Fahrzeuge am Fuße der Lifтанlagen beinhaltet, bis zu zehn Mal pro Arbeitsschicht befahren und geräumt werden – das bedeutet Höchstleistung für Mann und Material.

### Allradantrieb

Kein Problem für den Mercedes-Benz Unimog U400, der in Feldberg seit einiger Zeit in der Flotte des Bauhofs, die neben anderen Fahrzeugen noch einen Unimog U90 sowie einen U1400 und einen U300 umfasst, Dienst tut. Mit seinem drei Meter breiten Räumerschilde, das in Betrieb eine bis zu 2,7 Meter breite Fahrbahn frei hält, Allradantrieb und einer Motorleistung von 210 kW (286 PS) erledigt der Unimog seine schweren und vielfältigen Aufgaben nahezu spielend. Die Unimog der Bau-

reihe U300/U400/U500 sind die Kommunalfahrzeuge schlechthin, denn sowohl der kraftvolle Antriebsstrang, als auch die gesamte Fahrzeughydraulik und die Zapfwelle/Nebenantrieb zum Antrieb zahlreicher Anbau- und Zusatzgeräte prädestinieren sie für universelle Einsätze und Aufgaben im Sommer wie Winter.

### Verschiebbare Pedalerie

Spezielle Ausrüstungen wie die komplett verschiebbare Pedalerie und Lenkung („Variopilot“) sind auf die Bedürfnisse kommunaler Betriebe abgestimmt und sorgen für eine Alleinstellung im Markt der kommunalen Fahrzeuge. Das Getriebe des U400, der in der Gemeinde Feldberg zum Einsatz kommt, hat acht Gänge in jede Fahrtrichtung, die per Wählhebel angesteuert und geschaltet werden.

Als weitere Sonderausstattung stehen in diesem speziellen Fahrzeug noch weitere Arbeits- und Kriechgänge zur Verfügung. Portalachsen sorgen in Verbindung mit der groß dimensionierten Bereifung für eine hohe Bodenfreiheit, kurze Überhänge vorn und hinten erlauben große Böschungswinkel.

### Flexibel einsetzbar das ganze Jahr über

Die Aufgaben eines Mercedes-Benz Unimog in Diensten einer Kommune verteilen sich über das ganze Jahr und sind äußerst vielfältig. Im Sommer Mähen von Banketten und Wiesen, Mulchen, Holzrücken, Wanderwegpflege und Instandhaltung auf Gemeindeareal, im Winter Räumen, Streuen und Freihalten der Orts- und Zufahrtstraßen sowie Liftstationen. An die 700 Arbeitsstunden jährlich werden dem Unimog U400 abverlangt, die Fahrleistung liegt in diesem Zeitraum bei rund 5.000 Kilometern – da ist nicht nur Höchstleistung gefordert, sondern auch absolute Zuverlässigkeit und Langlebigkeit. Der Vorgänger des U400 der Gemeinde Feldberg, ein Unimog U 1200, brachte es so auf 21 Jahre in Diensten der Kommune.

Die Gemeinde Feldberg hat 1.800 Einwohner und zählt pro Jahr rund 500.000 Besucher. Auf ihrer Gemarkung befinden sich der Feldberg-Gipfel mitsamt dem markanten Turm, welcher eine bekannte Wetterstation beherbergt, die Feldbergbahn und die Skilifte des Liftverbands Feldberg.

### Produktionsstart neue Mercedes-Benz E-Klasse:

## Maßstab der Oberklasse

Jüngst lief im Mercedes-Benz Werk Sindelfingen die erste neue E-Klasse vom Band. Seit dem Anlauf der Baureihe vor rund 60 Jahren in Sindelfingen setzt diese Modellreihe weltweit Maßstäbe in ihrem Segment. Sie wurde mit über 13 Millionen verkauften Fahrzeugen zur erfolgreichsten Business-Limousine aller Zeiten und ist auch bei Kommunen als Dienstfahrzeug im Einsatz.

„Der Produktionsstart unserer neuen E-Klasse markiert einen Meilenstein unserer Wachstumsstrategie. Mit der E-Klasse setzen wir abermals Maßstäbe in der Oberklasse, um die Wünsche unserer Kunden optimal zu erfüllen“, sagte Dr. Wolfgang Bernhard, Vorstandsmitglied der Daimler AG, Produktion und Einkauf Mercedes-Benz Cars & Mercedes-Benz Vans. „Innerhalb von nur 45 Minuten schaffen wir die Umstellung von der bisherigen auf die neue E-Klasse – das ist Benchmark.“

### Neuer Frontbereich

Die größten sichtbaren Veränderungen ergeben sich aufgrund eines neuen Frontbereichs. Mit der Elegance- und Avantgarde-

Variante erfahren die Fahrzeuge hier die markantesten Unterschiede. Eine der großen Herausforderungen in der Montage der neuen E-Klasse besteht darin, dass die Kunden zahlreiche Individualisierungsmöglichkeiten haben. Für die Montage bedeutet das, dass es über den gesamten Lebenszyklus keine zwei völlig identischen Fahrzeuge gibt. Neben der neuen E-Klasse Limousine, dem T-Modell und der Hybridvariante laufen auch der CLS und der CLS Shooting Brake auf dem gleichen Band. An über 500 von rund 1.500 Arbeitsplätzen ändern sich so die Rahmenbedingungen beim Einbau von Fahrzeugteilen. Insgesamt wurden 3.400 Mitarbeiter über einen Zeitraum von zehn Monaten auf den 1. März 2013, den Tag der Um-

stellung, intensiv vorbereitet und geschult.

Mit der neuen E-Klasse setzt Mercedes-Benz nicht nur neue Maßstäbe im Segment der Oberklasse. Sie revolutioniert ihre Klasse. Mit neuen effizienten Motoren, neuen Assistenzsystemen und einer neuen Formensprache baut Mercedes-Benz seine Spitzenposition weiter aus. Sowohl in der Limousine als auch im T-Modell feiern elf neue oder optimierte Assistenzsysteme Weltpremiere. Sie verschmelzen Komfort und Sicherheit. Einen deutlichen Schritt vorwärts macht die neue E-Klasse auch in puncto Effizienz und Ökologie. Dafür sorgen neue kraftvolle BlueDIRECT Vierzylinder-Benzinmotoren mit aufwendiger Direkteinspritztechnik. Diesen kräftigen technischen Entwicklungsschub spiegelt das Design der neuen E-Klasse wider. Mit ihrem neuen Design bringt sie Effizienz, Intelligenz und Emotion optisch auf den Punkt.

## Rückfahrssystem für Großfahrzeuge ohne Innenspiegel

Neues Doppel-Shutter System mit zwei Kameramodulen erfasst Nah- und Fernbereich

Gerade bei großen Fahrzeugen, wie sie in Kommunen für die Müllabfuhr, zur Straßenreinigung oder zum Schneeräumen eingesetzt werden, fehlt oft der Innenrückspiegel. Dadurch sind Fahrer und Umwelt einer erhöhten Gefahr ausgesetzt. Für solche Fälle hat Carlights.de die Doppel-Shutter Rückfahrkamera CM-DSKRKF entwickelt. Diese ist mit zwei Modulen ausgestattet: Das Objektiv für die Ferne hat einen Erfassungswinkel von 53°, das Modul für den Nahbereich erfasst 150°. Außerdem verfügt sie über einen Scheibenwischer und eine Schutzklappe, die automatisch betätigt werden. Dadurch ist die Kamera optimal gegen Wasser, Staub und Schmutz geschützt und entspricht somit den besonderen Anforderungen kommunaler Einsatzgebiete.

„Bei normalen Rückfahrkameras setzen sich aufgewirbeltes Regenwasser, Schmutz und Schlamm auf dem Schutzglas fest. Durch die Schutzklappe, den sogenannten Shutter, und den Scheibenwischer der Kamera werden solche Verschmutzungen vermieden beziehungsweise entfernt“, erläutert der Geschäftsführer von Carlights.de, Christian Jurtz.

Die Schutzklappe verfügt über eine Öffnung, durch die bei normaler Fahrt der rückwärtige Verkehr übertragen wird. Legt der Fahrer den Rückwärtsgang ein, wird – gesteuert über ein Schaltimpulskabel – die Schutzklappe hochgefahren und so das 150°-Modul für den Nahbereich freigegeben. Sobald er wieder vorwärts fährt, wird das Weitwinkelobjektiv gereinigt und der Shutter geschlossen. Da die Kamera gemäß den Kriterien der Schutzart IP68 einen vollständigen Schutz gegen Wasser, Staub und Berührung bie-

tet, ist sie gut geeignet für den Einsatz auf schmutzigen Straßen, Plätzen und Wegen.

Mit der Doppel-Shutter Kamera lässt sich aber noch weit mehr als nur der rückwärtige Verkehr erfassen. „Auch längere Einfahrten kann der Fahrer von Anfang an komplett überblicken und so weiter entfernte Hindernisse erkennen und einschätzen“, erklärt Jurtz. Darüber hinaus kann man, wie mit einem digitalen Rückspiegel, während der Fahrt die Ladung auf dem Anhänger beobachten und den Schwenkbereich im Auge behalten.

### Quad Switcher

In der Regel wird jeweils der Nah- oder der Fernbereich als Vollbild auf dem Monitor angezeigt. Es gibt aber die Möglichkeit, beispielsweise mit einem sogenannten Quad Switcher, beide Ansichten gleichzeitig als Split-Screen zu übertragen. Grundsätz-

lich arbeitet die Rückfahrkamera mit dem PAL-System und benötigt zwei Videoeingänge, also einen Kanal je Modul. Die CM-DSKRKF ist mit hochauflösenden Sony CCD Super HADII Sensoren ausgestattet und verfügt über einen automatischen Weißabgleich sowie eine Gegenlichtkompensation. Die Lichtempfindlichkeit der Kamera beträgt 0 Lux (IR An). Bei Dunkelheit schalten sich automatisch spezielle Hochleistungs-Infrarot Dioden zu, so dass die Arbeit auch bei schwierigen Lichtverhältnissen weitergehen kann. Dank einer integrierten Heizung steht selbst einem Einsatz bei Temperaturen von -30°C bis +50°C nichts im Weg.

Inklusive Halterung und Dach ist die CM-DSKRKF 128 mm breit, 89 mm tief und 87 mm hoch. Die Maße der Steuerbox des Shutters betragen 60 mm, 42 mm und 18 mm. Die Kamera selbst kann über Langloch im Halter ausgerichtet und wie jede klassische Aufbauskamera oben am Fahrzeug oder am Aufbau befestigt werden. Zusätzlich umfasst das System ein Mikrofon, dessen Lautstärke über den Monitor regulierbar ist. Sofern ein Audioeingang und ein interner Lautsprecher verfügbar sind, sieht man somit nicht nur, was hinter dem Fahrzeug passiert, sondern auch die Verständigung mit dem Einweiser klappt deutlich besser.

## Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauräumen und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: [www.mercedes-benz.de/unimog](http://www.mercedes-benz.de/unimog)

### Mit Sicherheit. Der Unimog.

Weitere Informationen und den Sicherheitsratgeber unter: [www.mercedes-benz.com/unimog-sicherheit](http://www.mercedes-benz.com/unimog-sicherheit)



Mercedes-Benz  
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: [verkauf.unimog@bassewitz.de](mailto:verkauf.unimog@bassewitz.de), Internet: [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: [henne-unimog.hst@daimler.com](mailto:henne-unimog.hst@daimler.com), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)



# Malala Yousafzai erhält den „Memminger Freiheitspreis 1525“

Pakistanisches Mädchen steht für Freiheit, Bildungsgerechtigkeit und Emanzipation

Der mit 15 000 Euro dotierte „Memminger Freiheitspreis 1525“ wird noch im Jahr 2013 von Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger an Malala Yousafzai verliehen. Seit dem Jahr 2005 wird der „Memminger Freiheitspreis 1525“ für Verdienste um Freiheit, Recht und Gerechtigkeit zuerkannt.

Erster Preisträger war der ehemalige Außenminister der Volksrepublik Ungarn und spätere Ministerpräsident der Republik Ungarn Dr. Gyula Horn. 2009 folgte der Schriftsteller Reiner Kunze. Mit

der Erinnerung an das Bauernkriegsjahr 1525 soll das Erbe der in Memmingen von den aufständischen Bauern verfassten Zwölf Bauernartikel wachgehalten werden. Dieser Forderungskatalog gilt

heute als erste Formulierung von Grund- und Menschenrechten auf deutschem Boden.

„Die Jury hat sich für Malala Yousafzai als diesjährige Preisträgerin für den „Memminger Freiheitspreis 1525“ entschieden. Die junge Frau ist eine sehr gute Wahl und die Familie fühlt sich geehrt“, eröffnete Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger das Pressegespräch im Memminger Rathaus. Mit ihrem emanzipierten Auftreten für einen gleichberechtigten Bildungsanspruch für Mädchen in Pakistan habe Malala den „Grundgedanken des „Memminger Freiheitspreises 1525“ zum Ausdruck gebracht, so Dr. Holzinger weiter.



Von links: Bürgermeister Otto Probst, Langdorf, Schulleiter Josef Obermaier, Staatl. Berufsschule I und BOS Landshut, Bezirksstadtspräsident Manfred Hölzlein, Partnerschaftsbeauftragte Petra Zierer, Schulleiter Johann Cikanek, Staatl. Berufsschule 2, Marianne Maisch und Antonia Geiger vom Partnerschaftsverein Lalling/Rémy, Sabine Kraus, Freundeskreis Langdorf – St. Crépin-Ibouvilleers.

## Der erste Preis geht in das Département Oise

Preisverleihung des Schreibwettbewerbs über deutsch-französische Begegnungen

Zur Preisverleihung beim Schreibwettbewerb über deutsch-französische Begegnungen begrüßte Bezirksstadtspräsident Manfred Hölzlein kürzlich Vertreter der Schul- und Kommunalpartnerschaften im großen Sitzungssaal der Regierung von Niederbayern. Der erste Preis – dotiert mit 500 Euro – ging an die Partnerschule der Landshuter Berufsschulen, dem Lycée Professionnel Polyvalent Mireille Grenet de Compiègne; ein Preisgeld in Höhe von 300 Euro erhielt für den zweiten Preis der Freundeskreis Langdorf – St. Crépin-Ibouvilleers und über den dritten Preis freuten sich die Vertreter des Partnerschaftsvereins Lalling/Rémy (200 Euro).

Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen zum 20-jährigen Bestehen der Regionalpartnerschaft des Bezirks Niederbayern mit dem nordfranzösischen Département Oise war ein Schreibwettbewerb über deutsch-französische Beziehungen zwischen November 2011 und Dezember 2012 ausgelobt worden.

### Stabiles Fundament

„Das stabile Fundament der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist der regelmäßige Austausch der Menschen aus beiden Ländern.“, so Hölzlein, der zugleich betonte, dass der Bezirk Niederbayern die gegenseitigen Beziehungen der Schul- und Kommunalpartnerschaften nach Kräften unterstütze.

### 500 Euro für Klassenkasse

Die Partnerschule der Landshuter Berufsschulen, das Lycée Professionnel Polyvalent Mireille Grenet de Compiègne, darf sich über den ersten Preis freuen. Vier von sechs Jurymitgliedern hatten für die Webseite und die filmische Aufarbeitung der „Unterschiede zwischen einem Unterricht in Frankreich und in Deutschland“ gestimmt. Besonders das Resümee des Films bringe es auf den Punkt: Die beiden Schulsysteme, so die Filmemacher wörtlich, „haben ihre Vorteile. Es wäre interessant, wenn man das Beste beider Systeme nehmen würde.“ Die Partnerschule der Staatlichen Berufsschule Landshut erhält 500 Euro für die Klassenkasse.

Den mit 300 Euro dotierten zweiten Preis überreichte Bezirksstadtspräsident Hölzlein an den Freundeskreis Langdorf – St. Crépin-Ibouvilleers für den Beitrag: „Ein Park für Freunde aus der Picardie“ von Sabine Kraus. Das große Plus im geschriebenen Text für die örtliche Presse sei die Darstellung der historischen Hintergründe der deutsch-französischen Beziehungen sowie der sprachliche Ausdruck.

### Herzliche Begegnung

Der dritte Preis ging an den Partnerschaftsverein Lalling/Rémy. 200 Euro gibt es für ihren Beitrag „Wenn der Franzose Lallinger Schnäpse trinkt“. In diesem Beitrag über die Begegnung mit den französischen Freunden hatte die Autorin Antonia Geiger die Herzlichkeit und das enge Miteinander, die Verbundenheit und die Freude über jeden Besuch deutlich gemacht.

### Spannende Zeitreise

Nach der Preisverleihung schickte der Journalist und Buchautor Ingo Espenschied die Festgäste auf eine spannende Zeitreise durch die deutsch-französischen Beziehungen, von den Anfängen bis zum heutigen Tag. In seinem spannenden Festvortrag „50 Jahre Élysée-Vertrag“ erlebten die Teilnehmer, wie in einer spektakulären Aktion am 22. Januar 1963 der Jahrhundertvertrag zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen wurde, und wie er bis heute in die deutsch-französischen Beziehungen hineinwirkt.

fe nie das letzte Wort haben“, betonte Kräß.

Oberbürgermeister Dr. Holzinger dankte bei dem Pressegespräch dem Mäzen Fritz Brey, der die Verleihung des „Memminger Freiheitspreises 1525“ als Stifter ermöglicht. Der Zeitpunkt der Preisverleihung sowie die Person des Laudators oder der Laudatorin werden derzeit abgestimmt.

### Bekannt durch Internetblog

Malala Yousafzai war der Weltöffentlichkeit bekannt geworden, seit sie in einem Internetblog den Alltag im pakistanischen Swat-Tal dokumentierte. Ihre Schilderungen, die sie als 11-Jährige im Jahr 2008 begann, bezogen sich hauptsächlich auf die Unterdrückung der Rechte von Frauen und Mädchen.

In den Jahren 2007 bis 2009 wurde das Swat-Tal von Taliban-Kämpfern beherrscht. Mit der Machtübernahme der Taliban in der Heimatregion Malalas durften 50.000 Mädchen nicht mehr die Schule besuchen, die Schulgebäude wurden gesprengt. Malala beschrieb, wie sie ihre Schulbücher unter Ihrem Kleid versteckte und wie es ist, auf dem Weg zur Schule täglich dem Tod zu begegnen.

Mit ihren Anklagen gegen das Schulverbot von jungen Mädchen wurde die Tochter eines Schulleiters zu einem Symbol für den ungehinderten Zugang von Frauen und Mädchen zu Bildung und Erziehung. Dass dabei Religiosität und Freiheitsrechte keinen Widerspruch darstellen, ist durch das Wirken von Malala Yousafzai, die ihren Glauben auch gegen jeden fundamentalistischen Rigorismus verteidigt, für alle Menschen erfahrbar geworden.

### Opfer eines Anschlags

Anfang Oktober 2012 wurde Malala Opfer eines grausamen Anschlags. Mit schweren Verletzungen überlebte sie einen Kopfschuss durch Taliban-Kämpfer, die ihr in einem Schulbus auflauerten. Das Attentat löste weltweit Empörung aus. US-Präsident Barack Obama, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und die EU-Außenministerin Catherine Ashton äußerten ihr Entsetzen über die Tat.

Die inzwischen 15-jährige Malala lebt derzeit mit ihrer Familie in Großbritannien und wird in einer britischen Klinik behandelt. Die Aussichten auf eine Genesung stehen nach Presseberichten gut.



Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger (Mitte), der Vorsitzende des Kuratoriums „Memminger Freiheitspreis 1525“ und Landtagsabgeordnete a. D. Herbert Müller (links) sowie Dekan Kurt Kräß bei der Pressekonferenz im Memminger Rathaus.

### Stiftlandmuseum Waldsassen:

## „Entdeckung des Monats“ April

Das Stiftlandmuseum Waldsassen ist im April die „Entdeckung des Monats“ in der Metropolregion Nürnberg, denn alle Entdecker Pass-Inhaber bekommen hier nicht nur freien Eintritt, sondern erhalten als VIP-Leistung vom 1. April bis 30. April zudem eine wunderschöne Kerze mit dem Motiv der Stiftbasilika geschenkt.

In 54 Abteilungen, verteilt auf vier Etagen, befinden sich im Stiftlandmuseum Waldsassen liebevoll zusammengetragene und originalgetreue Exponate. Neben vielen verschiedenen Themen zu Bereichen der Heimat findet man hier die größte Sammlung alter Werkstätten und Handwerksgeräte in der Oberpfalz.

Die Sonderausstellung 2013 mit dem Titel „Die Volkskunst der Egerländer und die Not der Vertreibung“ zeigt die reiche Palette der Egerländer Volkskultur mit Möbeln, Trachten, Geschirr und Zeugnissen des Brauchtums. Bilder und Fotomaterial dokumentieren aber auch auf interessante Weise den Schock der Vertreibung.

### Exklusive Zusatzleistungen

Ein Glas Sekt zur Begrüßung, ein Schmalzbrot zur Stärkung oder eine kostenlose Führung, solche Annehmlichkeiten kennen eigentlich nur VIPs. Doch nun kommen auch die EntdeckerPass-Inhaber in diesen Genuss. Jeden Monat bietet eine andere Freizeit- und Kultureinrichtung einen Monat lang exklusive Zusatzleistungen für EntdeckerPass-Inhaber. Die „Entdeckungen des Monats“ sind dabei genauso vielfältig wie die Akzeptanzstellen des EntdeckerPass selbst. Auf

diese Weise ist garantiert für jeden „Entdecker“ etwas Passendes dabei.

Der EntdeckerPass ist die offizielle Freizeitcard der Metropolregion Nürnberg und wird von den Sparkassen in der Region unterstützt. Der EntdeckerPass ist als Ganzjahres-Pass für 38,50 Euro (Erwachsene) bzw. 19,50 Euro (Jugendliche) (Gültigkeit: 1. Januar bis 31. Dezember 2013) erhältlich. Ab Juli ist er als Teiljahrespass für 30 Euro (Erwachsene) bzw. 15 Euro (Jugendliche) (Gültigkeit: 1. Juli bis 31. Dezember 2013) zu erwerben. Bambino-Entdeckerpässe für Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren sind frei in Verbindung mit einem Erwachsenen-Pass.

Mit dem EntdeckerPass können über 130 Freizeit- und Kultureinrichtungen jeweils einmal kostenfrei oder deutlich ermäßigt besucht werden. Dabei ist der EntdeckerPass ein Kalenderjahr gültig und schließt die VGN-Nutzung für einen Tag und verschiedene Verzehrgutscheine mit ein.

Erhältlich ist der EntdeckerPass bei vielen Tourist-Infos, Rathäusern und Landratsämtern in der Metropolregion oder ab zwei Pässen online unter [www.entdeckerpass.com](http://www.entdeckerpass.com). Sparkassenkunden erhalten bei ihrer Online-Bestellung sogar einen Rabatt.

## Napa Valley, Kalifornien?



## Juliusspital, Würzburg!

### \* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN  
LIVE

# HS.R und HAW: Ostbayerische Technische Hochschule

Im Wettbewerb um den Titel „Technische Hochschule“ unter allen bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften war der gemeinsame Antrag der Hochschule Regensburg (HS.R) und der Hochschule Amberg-Weiden (HAW) erfolgreich. Dies teilte der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, den beiden Hochschulen im Anschluss an die entsprechende Entscheidung des Bayerischen Ministerrates in seiner jüngsten Sitzung mit.

Eine externe Gutachterkommission hatte die von vier bayerischen Hochschulen (Regensburg/Amberg-Weiden, Ingolstadt, Nürnberg und Deggendorf) zum 15. Dezember 2012 eingereichten Voll-Anträge beurteilt. Zusammen mit den weiteren drei Hochschulen in Bayern, die mit der Entscheidung den Titel „Technische Hochschule“ führen können, haben die Hochschulen Regensburg und Amberg-Weiden damit eine Aufwertung erhalten, die zukunftsweisend ist, und langfristige Positiveffekte nicht nur für die nun „Ostbayerische Technische Hochschule (OTH)“ auslösen wird, sondern auch in die gesamte Hochschulregion Ostbayern hineinwirkt, auch als ein ganz wesentlicher Impuls für die Oberpfalz als Wissens-, Technologie- und Bildungsregion mit vielfältigen, zusätzlichen Angeboten für die regionale Wirtschaft.

## Katalysator

Prof. Dr. Wolfgang Baier, Präsident der Hochschule Regensburg: „Unser Antrag hat überzeugt. Darüber freue ich mich sehr. Der Titel eröffnet die Chance, künftig in der ersten Liga der Hochschulen für angewandte Wissenschaften spielen zu können. Diese Entscheidung ist eine absolut wichtige und weitreichende Entscheidung, nicht nur für uns als Hochschulen, sondern auch für ganz Ostbayern. Ich bin mir sicher, dass diese Auszeichnung Katalysator für den gesamten ostbayerischen Wissenschafts- und Wirtschaftsraum sein wird.“

Prof. Dr. Erich Bauer, Präsident der Hochschule Amberg-Weiden: „Die heutige Entscheidung des Bayerischen Ministerrates einer Aufwertung der Hochschulen Amberg-Weiden und Regensburg zur Ostbayerischen Technischen Hochschule ist für mich vergleich-

bar mit der Gründung der Hochschule Amberg-Weiden vor 19 Jahren. Der gemeinsame Titel ist ein Ritterschlag für die gemeinsame Zukunft unserer beiden Hochschulen in ihrer Verantwortung für Ostbayern und die Oberpfalz. Die engagierte gemeinsame Arbeit an den Antragstellungen und das damit verbundene Engagement von über einhalb Jahren, den Titel Technische Hochschule zu erhalten, hat zu einem überaus positiven und weitreichenden Ergebnis geführt.“

Der Dank der beiden Präsidenten gilt allen Partnern und Freunden in Wirtschaft, Kommunen, Verbänden, Kammern und Politik, die mit ihrer Unterstützung in Gedanken, Worten und Werken in den letzten Monaten ganz erheblich zu diesem großartigen Erfolg beigetragen haben.

## Auswahlkriterien

Im Wettbewerbsverfahren um den Titel „Technische Hochschule“ war zunächst zum 1. Oktober 2012 eine Antragsskizze im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst einzureichen. Eine extern besetzte Gutachterkommission hatte im Anschluss empfohlen, die Hochschulen Regensburg und Amberg-Weiden, Deggendorf, Ingolstadt und Nürnberg in die zweite Antragsrunde aufzunehmen. Es folgte der gemeinsame Vollertrag von HS.R und HAW, der zum 15. Dezember 2012 im Bayerischen Wissenschaftsministerium fristgerecht eingereicht worden ist, und der in der Folge erneut von einer externen Gutachterkommission geprüft wurde. Als zentrale Auswahlkriterien wurden in der Ausschreibung definiert: Fachliche Breite des Fächerspektrums, Leistungsfähigkeit in den technischen Fächern,

nationale und internationale Sichtbarkeit, Kooperationen mit anderen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, Kooperation mit der Wirtschaft, Drittmittelstärke sowie ein vorzulegendes Entwicklungskonzept, in dem der zu erreichende Mehrwert durch den Titel Technische Hochschule präzisiert wird, insbesondere auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in der Region.

## Kompetenzen bündeln

Vor diesem Hintergrund benannte der gemeinsame Antrag von HS.R und HAW die demographische Entwicklung in Ostbayern als zentrale Herausforderung, mit dem Ziel der Übernahme einer entsprechenden Verantwortung für den gesamten Wirtschaftsraum Ostbayern und die Oberpfalz auch in Zukunft. Die Ostbayerische Technische Hochschule kann und wird hierfür einen erheblichen Beitrag mit aktuell 12.000 Studierenden, davon 71 % in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften), 39 Bachelor-Studiengängen, 21 Master-Studiengängen, 289 Professorinnen und Professoren, 422 Lehrbeauftragten und 410 Mitarbeiterinnen und

## Seit über 250 Jahren:

# Reiter- und Pferdeprozession Leonhardi-Ritt in Furth im Wald

Jedes Jahr am Vormittag des Ostermontag findet in Furth im Wald, der über 900 Jahre alten Grenzstadt im Bayerischen Wald, der traditionelle Leonhardi-Ritt statt. Es handelt sich um eine mehr als 250 Jahre alte Pferde- und Reiterprozession zu Ehren des heiligen Leonhard, an der Jahr für Jahr mehr als 350 prächtig geschmückte Pferde mit Reiter und Kutschen teilnehmen.

Die Pferdebesitzer des Oberen Bayerischen Waldes reiten zur Leonhardi-Kapelle von Furth im Wald, um ein Gelöbnis aus der Zeit des österreichischen Erbfolgekrieges zu erfüllen, als der „ganze Further Winkel von einer ungemein grassierenden Viechfahl (Viehseuche) heimgesucht wurde“. Im Anschluss an die Pferdeprozession findet eine Feldmesse und die Verteilung der Leonhardi-Brote statt.

## Brief an den Bischof

Laut geschichtlicher Übermittlung wird in einem Brief an den Bischof von Regensburg vom 03. Mai 1750 erwähnt, dass die gesamte Bürgerschaft sich wegen einer vor acht Jahren „ungemein grassierenden Viechfahl“ (Viehseuche) ... aus eigenen Mitteln eine Capellen aufbauern und darin einen Hochaltar mit der Bildtnuß des Heyl. Leonardi setzen zu lassen, damit durch dessen Vorbitt der allguetige gott uns vor fehmer dergleichen schädlichen übel gnädiglich bewahren wolle ....“

## 1751 Kircherl-Bau

Die Bürger baten also den Bischof um die Erlaubnis, eine Leonhardikapelle (ein Kircherl) an der Hauptstraße bauen zu dürfen. Man nimmt an, dass die damaligen Viehseuchen von Reitertruppen des Pandurenobers von Trencz eingeschleppt wurden, die während des österreichischen Erbfolgekrieges (1742) unsere Gegend heimsuchten. Das Kircherl zu Ehren des hl. Leonhard wurde schließlich 1751 auf dem Bayplatz erbaut, die Erlaubnis zur Messung wurde aber erst nach mehrmaligem Bitten im Jahre 1786 erteilt.

Bis zur Verlegung des Leonhardi-Kircherls im Jahre 1930 -

Mitarbeitern leisten. So gründete bereits der gemeinsame Weg der Hochschule Amberg-Weiden (HAW) und der Hochschule Regensburg (HS.R) hin zur „Ostbayerischen Technischen Hochschule“ eine Allianz für die Umsetzung der Vision einer Wissens- und Technologieregion in einem ländlichen Raum des Freistaates Bayern. Die OTH nimmt damit die zentralen bildungs-, struktur- und regionalpolitischen Herausforderungen an, wird die Kompetenzen beider Hochschulen mit positiven Effekten für die Oberpfalz und Ostbayern bündeln und damit effizienter machen.

## Wirtschaft und Wissenschaft

Die OTH wird den Bedarf der Wirtschaft an akademisch ausgebildeten Fachkräften noch mehr als bislang sichern, die angewandte Forschung ausbauen und den Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verstärken. Hierbei wird auch die Kooperation mit der Universität Regensburg eine wichtige Rolle spielen. Weitere Eckpfeiler der Kooperation werden die Forcierung der Internationalisierung und der akademischen Weiterbildung sein.

Die Ostbayerische Technische Hochschule soll damit auch eine zentrale Drehscheibe werden, das Potential in den MINT-Studiengängen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) nachhaltig auszubauen. Die OTH bietet hierzu die besten Voraussetzungen

als ein leistungsstarker, technisch ausgerichteter Hochschulverbund, sind doch z. B. drei Viertel aller Studiengänge in technischen Disziplinen verankert.

## Regionale Verantwortung

Dies bedeutet: Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften Amberg-Weiden und Regensburg erbringen bereits seit ihrer Gründung in den Jahren 1971 bzw. 1994 einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung der gesamten Region Ostbayern und der Oberpfalz. Beide Hochschulen haben ihre Wurzeln in der Oberpfalz als einer ländlichen Region in der Mitte Bayerns, und stehen für eine exzellente Lehre und Forschung. Die regionale Verantwortung wird begleitet von einer deutlichen nationalen und internationalen Sichtbarkeit, einem sich ergänzenden Portfolio an attraktiven Studiengängen mit Schwerpunkt im MINT-Bereich bzw. den Ingenieurwissenschaften, einem ausgeprägten Netzwerk in der Wissenschaft und mit der Wirtschaft, sowie einem enormen Drittmittelumfang. Die HS.R und die HAW werden als Ostbayerische Technische Hochschule einen gemeinsamen, deutlichen Mehrwert für die Region zu leisten.

Die Hochschulen Regensburg (HS.R) und Amberg-Weiden (HAW) werden damit als OTH künftig ihre Verantwortung für die Hochschulregion gemeinsam wahrnehmen. Sie sehen in einer

abgestimmten Profilierung im Hochschulverbund einen herausragenden Beitrag zur Stärkung der Innovationskraft und zur nachhaltigen Zukunftssicherung der Region Ostbayern und der Oberpfalz.

## Fünf Leitthemen

Die Ostbayerische Technische Hochschule wird in zentralen Zukunftsfeldern eng kooperieren, die Kompetenzen bündeln und das vielfältige Angebot in Lehre, Studium, Forschung und Weiterbildung angepasst an den spezifischen Bedarf in der Region Ostbayern als Wissenschafts-, Technologie- und Bildungsstandort ausbauen. Hierzu wurden bereits im gemeinsamen Antrag der beiden Hochschulen fünf Leitthemen benannt, die in der Ostbayerischen Technischen Hochschule intensiv gemeinsam bearbeitet werden: Energie und Mobilität, Information und Kommunikation, Lebenswissenschaften und Ethik, Produktion und Systeme, Gebäude und Infrastruktur, mit der Sensorik und Akustik als Querschnittstechnologie. Beide Hochschulen bündeln dabei ihre Potentiale. So werden beispielsweise im Themenbereich „Energie und Mobilität“ die School of Energy and Resources der HS.R und das Kompetenzzentrum Kraft-Wärme-Kopplung der HAW künftig Hand in Hand arbeiten. □

## BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

## YPAC-Treffen in Sonthofen:

# „Meine Alpenstadt der Zukunft“

Rund 80 Schülerinnen und Schüler aus sieben verschiedenen Alpenländern diskutierten im Rahmen des Jugendparlaments zur Alpenkonvention am Gymnasium sowie am Landratsamt Sonthofen über ihre Visionen von den Alpenstädten der Zukunft. Das YPAC 2013 wurde organisiert vom Gymnasium Sonthofen, der Stadt Sonthofen und dem Verein „Alpenstadt des Jahres“ sowie fachlich unterstützt von der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA.

Die Jugendlichen formulierten Ideen und Forderungen und verabschiedeten diese als Resolutionen für die zuständigen Politiker. Plädiert wurde unter anderem für Erholungsbereiche in den Städten. Mehr Parks oder andere Einrichtungen sollten errichtet werden, um die Alpenstädte attraktiver zu gestalten. Darüber hinaus forderten die Jugendlichen die Einrichtung einer sog. Eco-University, die sich speziell mit umweltschützenden und ökologischen Themen befasst. Diese Schule sollte auf internationaler Basis stattfinden, Vorlesungen in englischer Sprache durchführen und ein Austauschprogramm zwischen den Ländern der Alpenregion ermöglichen.

Die Resolution „Mobility Package“ beinhaltet Möglichkeiten zum günstigeren Reisen vor allem für Jugendliche und Familien sowie ein Online-Re-

gister von Hotels und kulturellen Einrichtungen. Dies soll umweltfreundlicheres Reisen ermöglichen und mehr Chancen bieten, die kulturellen Güter der Alpenregion zu besuchen.

## Anreize für die Politik

Die Resolutionen sollen der Politik Anreize geben, Umweltschutz und Nachhaltigkeit in ihre Entscheidungen mit einfließen zu lassen. Zudem soll ein umweltbewussteres Denken in der Bevölkerung und in Unternehmen gefördert werden.

## YPAC-Start 2006

Das Jugendparlament zur Alpenkonvention (YPAC) wurde 2006 vom Akademischen Gymnasium Innsbruck ins Leben gerufen und findet seither jedes Jahr in einem anderen Alpenland statt. DK

20 Jahre Stiftung Altenhilfe im Landkreis Miltenberg:

## Leben in Würde

Bei einer Feier zum 20-jährigen Bestehen der Stiftung Altenhilfe im Landkreis Miltenberg wurde die segensreiche Vorbildfunktion dieser Einrichtung ein ums andere Mal zur Sprache gebracht. Seit Bestehen der Stiftung wurden bereits über 2,1 Millionen Euro Fördergelder ausgeschüttet.

Wie Miltenbergs Landrat Roland Schwing im Seniorenwohnstift Erlenbach erläuterte, sei im Landkreis bereits 1992 der Grundstein für die Stiftung Altenhilfe gelegt worden. Damals habe jede Gemeinde und der Landkreis je eine Mark pro Bürger gezahlt.

### Erste Förderzusage 1993

Nach der Konstituierung der Stiftung im Oktober 1992 sei bereits im Februar 1993 die erste Förderzusage von 47.500 Mark bewilligt und die Stiftungsurkunde im darauf folgenden Dezember ausgefertigt worden. Seit zwei Jahrzehnten finanziere die Stiftung nunmehr vor allem Ausstattungsgegenstände oder Maßnahmen in den Altenpflegeeinrichtungen des

Landkreises, die dem Wohl alter Menschen dienen, aber ohne Stiftungsmittel nicht realisiert werden könnten.

### Unterstützung von Demenzkranken

Mit 150.000 Euro habe die Stiftung auch zum Aufbau der verbandsunabhängigen Beratungsstelle für Senioren und pflegende Angehörige einen erheblichen Beitrag geleistet, führte Schwing aus. Die Stiftung passe sich stets aktuellen Entwicklungen an, so beispielsweise der Unterstützung von Demenzkranken, deren Zahl stetig zunehme.

An der Politik liege es, günstige Rahmenbedingungen für das Altern in Würde zu schaffen, erklär-

te Landtagspräsidentin Barbara Stamm in ihrer Festsrede und bedauerte den zuweilen hohen bürokratischen Aufwand für die Pflegekräfte. Die Verantwortlichen der Stiftung Altenhilfe hätten vor 20 Jahren nicht nach dem Staat gerufen, die Initiative gehöre damit zu den Vordenkern in der Gesellschaft.

### Selbstbestimmung

„Zu einem würdevollen Alter gehört auch die Selbstbestimmung“, stellte Barbara Stamm fest. In dieser Lebensphase solle jede und jeder ein Recht haben, zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen entscheiden zu können. „Das darf keine Frage des Geldes und auch keine Frage des Angebots sein. Freiheit endet nicht bei körperlicher Hinfälligkeit oder bei Demenz.“

Michael Berninger, Bürgermeister von Erlenbach und Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, hob hervor, dass allen 32 Gemeinden, die sich neben dem Landkreis an der Finanzierung beteiligen, daran gelegen sei, die Würde des Menschen im Alter sicherzustellen. In Erlenbach habe man, aufbauend auf dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept des Landkreises, zusätzlich noch ein familienpolitisches Gesamtkonzept ins Leben gerufen.

### Nächstenliebe

Laut Elmar Miksche, dem Heimleiter des Erlenbacher Seniorenwohnstifts, erbringt die Stiftung den Beweis, „dass Fingerspitzengefühl im Umgang mit Menschen und wirtschaftliche Entscheidungen keine Widersprüche sein müssen“. Eberhard Rhein, Vorsitzender des Heimbeirats, bezeichnete die Stiftung wiederum als Ausdruck eines tiefen Gefühls des sozialen Engagements, das aus Nächstenliebe entspringt. **DK**

regionale Bedeutung für den gesamten bayerischen Donauraum. Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten hat sich das Ausbaubaukonzept bewährt, da neben der Erfüllung wasserwirtschaftlicher und ökologischer Zielsetzungen, mit den Wasserkraftanlagen auch ein wesentlicher Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung und damit zum Klimaschutz geleistet wird.

Die zehn Donau-Kraftwerke von Oberelchingen im Landkreis Neu-Ulm bis Donauwörth, die mehrheitlich der Rhein-Main-Donau AG in München gehören, werden von der BEW betrieben und von deren Zentralwarte in Gersthofen bei Augsburg aus ferngesteuert.

### Kompetenter Betreiber

Dazu RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich: „Wir freuen uns, dass wir in der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW) einen kompetenten und ausgezeichneten Betreiber für unsere Wasserkraftwerke an der Donau gefunden haben, der unsere Anlagen im Sinne einer zuverlässigen, umweltfreundlichen, regenerativen Stromerzeugung für einen langfristigen Dauerbetrieb fit hält.“

„Unsere beiden ältesten Wasserkraftkraftwerke entstanden vor 90 Jahren am Main in Würzburg (Untere Mainmühle, 1922) und an der Donau bei Passau (Kachlet 1922-1927). Seitdem erzeugen sie zuverlässig Strom. Unserem Kraftwerk Günzburg wünschen wir einen mindestens ebenso langen und erfolgreichen Betrieb, der vor allem auch dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Unternehmens und denen unseres Betriebsführers BEW zu danken ist - darauf können alle mit Recht stolz sein“, erklärte Schleich abschließend. **□**

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„So, ich verabschiede mich jetzt in meinen traditionellen Fastenurlaub. Sieben Tage ohne werden mich wieder gründlich auf Vordermann bringen und rechtzeitig zum Osterfrühstück kehren auch meine Lebensgeister zurück.“ Mein Chef, der Bürgermeister, stellte jedem von uns noch einen kleinen Schoko-Osterhasen auf den Schreibtisch und entschwand.

Fastenzeit ist ja eigentlich von Aschermittwoch bis Ostersonntag. In dieser Zeit üben die Menschen alle möglichen Formen von Verzicht: Die einen, so wie ich, verzichten auf Alkohol, andere auf Fleisch und Wurst, wieder andere auf Süßigkeiten (was für mich der Horror wäre). Ganz progressive Faster lassen nicht den Leib darben, sondern legen sich Unbequemlichkeiten auf: Autofasten, also der Verzicht aufs Autofahren, Handyfasten, also der Verzicht auf

## Fasten verlangt eisernen Willen

die Annehmlichkeiten eines Smartphones (für Menschen in leitenden Positionen ungeeignet), oder sie verzichten auf eine geliebte Sportart (war in diesem Winter bei den tollen Pistenverhältnissen vor allem für passionierte Skifahrer eine wahre Qual).

Aber wie soll da ein Kommunalpolitiker mithalten? Der Verzicht auf Alkohol kollidiert mit dem Starkbierfest, 40 Tage Salat und Tofuwieener essen, wenn Gaststätten und Metzgereien ihre hausgemachten Spezialitäten anpreisen, ist unhöflich und ohne Gummibärchen als Stresskiller hält man den nackten Wahnsinn des Rathausalltags einfach nicht aus.

Was also tun, wenn man trotzdem dem inneren Schweinehund die Zähne zeigen und sich selbst beweisen will, dass man auch mal auf etwas verzichten kann? Denn irgendwie steckt doch in jedem von uns das Bedürfnis, für eine gewisse Zeit auszubrechen und den Gewohnheiten, Zwängen und vor allem den Gelüsten zu zeigen, wer Herr im Hause des Körpers ist. Unabhängig von den Erinnerungen an die Mahnungen der Mutter, in der Fastenzeit Mäßigung zu zeigen, scheint das Konzept des Fastens für

den Menschen wichtig zu sein.

Nicht umsonst ist das Fasten Bestandteil praktisch jeder Religion. Und auch säkulare Zeitgenossen loben die Wohltat der Erfahrung, für einige Zeit nicht einfach alles zu sich zu nehmen, was einem in den Sinn kommt oder in sich hineinzuschlingen, auf das man vorher verzichtet hat.

Vor der Aufklärung, als die Religion das Leben und die Verhaltensweisen der Menschen eindeutig bestimmte, unterstand das Fasten strenger sozialer Kontrolle und keiner konnte ausbrechen – außer er griff zu kleinen Schummelleien, wie die Mönche des Klosters Maulbronn, die mit den Maultaschen oder auch Herrgottsbescheißerle genannt, die Fleischfüllung unauffällig im Teig verbargen. Heute hört der Fastende überall wo er hinkommt: Aber wenn Sie schon mal bei uns sind, können sie doch eine Ausnahme machen. Fasten verlangt heutzutage einen eisernen Willen.

Deshalb geht mein Chef, der Bürgermeister, den brachialen Weg: Sieben Tage nur Wasser und Suppe ohne Einlage – natürlich ärztlich überwacht in einem Hotel, das für diese Kasteiung den gleichen Preis verlangt wie für ein Arrangement mit Frühstück und 5-Gänge-Dinner. Aber sei's drum, er will es halt wissen, wer stärker ist: Sein Wille oder seine Lust am Genuss. Bisher hat er immer gewonnen. Für Dienstag nach Ostern werde ich ihm wie jedes Jahr ein paar Muffins auf den Schreibtisch stellen und daran einen Zettel mit der Weisheit Sir Winston Churchills hängen: „Man soll dem Leib etwas Gutes gönnen, damit die Seele Lust hat, darin zu wohnen.“

the  
Sabrina

Bischbrunn's Bürgermeister Richard Krebs:

## „Double“ aus Pennsylvania

Bischbrunn/Lake Ariel, PA. Sie sind zwar nicht blutsverwandt, wie eine vom renommierten amerikanischen „Wall Street Journal“ im August 2012 finanzierte DNA-Analyse ergab. Aber spätestens seit dem symbolischen Messerschnitt „à la Winnetou“ beim Empfang der amerikanischen Krebse am 2. Juni in Bischbrunn fühlen sie sich als Blutsbrüder: Bischbrunn's Bürgermeister Richard Krebs und sein amerikanischer „Double“ Richard T. Krebs aus Pennsylvania. Im Juni 2012 besuchte der amerikanische Richard, den er im Oktober 2010 über das Internet gefunden hatte, den Bischbrunner Bürgermeister. Jetzt erfolgt nach Ostern der Gegenbesuch in Amerika.

Beim Besuch in Deutschland machte Richard T. Krebs, dessen Vorfahren aus Aschaffenburg, Weibersbrunn, Altenbuch und aus Rosenberg bei Ellwangen stammen, Ahnenforschung, und hatte dabei interessante und teilweise sehr emotionale Erlebnisse: Als er in AB-Damm vor dem Haus seines Urgroßvaters stand und vom letzten Bewohner erfuhr, dass es in vier Wochen abgerissen wird und das Nachbarhaus von amerikanischen Bomben im Krieg zerstört wurde, war er tief beeindruckt.

### Besuchsprogramm

Aber auch sonst bekam er viel aus der Heimat seiner Vorfahren gezeigt: Weibersbrunn, Aschaffenburg, Altenbuch, die Spessartfestspiele in Mespelbrunn, die Papiermühle Homburg, das Spessartmuseum Lohr, der Wallfahrtsort Maria Buchen, Kloster Kartause Grünau, Forsthaus Sylvan im Weibersgrund, Festung und Residenz in Würzburg standen ebenso auf dem Besuchsprogramm wie das „Krackennest“ in Erlenbach oder die Teilnahme an der Fronleichnamprozession in Bischbrunn.

Zum Abschluss des zweiwöchigen Aufenthaltes führen „Richard and Richard“ in die Landeshaupt-

außergewöhnlichen „Krebsen“ nahm damals die Presse regen Anteil. Und in Amerika sind die beiden Krebse fast so bekannt wie Präsident Barack Obama, denn vier Zeitungen mit teilweise großer Auflage berichteten über die beiden „Doppelgänger“ nicht selten mehrfach. Einer dieser Berichte in der „The Times Tribune“ wurde jetzt 2013 mit dem 2. Platz bei den „Professional Keystone Press Awards“ ausgezeichnet.

In Bischbrunn werden derzeit die Koffer gepackt und alles für den „Staatsbesuch in den Staaten“ vorbereitet. „German-Richard“ und seine Familie erwartet dort nach Ostern ein umfangreiches Besuchsprogramm. „Ami-Richard“ und seine Frau Kathleen haben alles vorbereitet, dass der Aufenthalt in Amerika für seinen „Blutsbrüder“ aus Deutschland zu einem unvergesslichen Erlebnis wird. **□**



Kathleen und Richard T. Krebs (links) gemeinsam mit Richard Krebs und seiner Frau Anna (r.) sowie Tochter Daniela. **□**

### Donaukraftwerk Günzburg:

## Seit 50 Jahren CO<sub>2</sub>-freie Stromerzeugung

Einen runden Geburtstag konnte 2012 das Laufwasserkraftwerk Günzburg an der Donau feiern. Das Kraftwerk der Obere Donau Kraftwerke AG (ODK), die zu 60 Prozent der Rhein-Main-Donau AG (RMD) und zu 40 Prozent der Energie Baden-Württemberg Kraftwerke AG gehört, blickt auf ein halbes Jahrhundert erfolgreichen Dauerbetrieb im Dienste einer umweltfreundlichen, regenerativen Stromerzeugung zurück.

Die Staustufe Günzburg dient als Mehrzweckanlage und wurde neben der Stromerzeugung für weitere staatlich-wasserwirtschaftliche Zwecke, insbesondere Hochwasserschutz und Sohl- und Grundwasserstabilisierung, errichtet.

Seit der Inbetriebnahme 1962 erzeugte das am nordöstlichen Stadtrand von Günzburg gebaute Donau-Kraftwerk aus seinen beiden Kaplan-Turbinen mit zusammen 9.000 Kilowatt Leistung durchschnittlich rund 51 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr. Im Vergleich zur konventionellen Stromerzeugung werden damit jährlich rund 35.500 Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) vermieden.

Seit Betriebsbeginn hat das Kraftwerk Günzburg über 2,5 Milliarden kWh Strom erzeugt. Dabei kann in dem Kraftwerk eine Fallhöhe des Donauwassers von 6,5 Meter genutzt werden. Dafür wird das benötigte Wasser an drei Wehrfeldern aufgestaut, um dann mit bis zu 210 Kubikmeter pro Sekunde, das entspricht etwa 1.350 Badewannenfüllungen, die Turbinen anzutreiben und über die angekoppelten Generatoren CO<sub>2</sub>-frei Strom zu erzeugen.

### Jahresstromproduktion

Die Jahresstromerzeugung des Kraftwerks Günzburg entspricht dem Strombedarf von fast 14.600 deutschen Durchschnittshaushalten (3.500 kWh Jahresverbrauch bei rechnerisch 2,7 im Haushalt lebenden Personen). Mit einer Jahresproduktion aus dem Günzburger Donaukraftwerk ließe sich rein rechnerisch der Haushaltsstrombedarf der über 19.500 Einwohner in der Kreisstadt Günzburg über zwei Jahre lang decken. Die Haushalte des Landkreises Günzburg könnten rund vier Monate mit einer Günzburger Jahresstromproduktion versorgt werden.

Zu Beginn des Jubiläumjahres 2012 wurde der Probetrieb für eine neue, prozessorgesteuerte Rechenreinigungsanlage erfolgreich beendet, die seitdem vollautomatisch für einen schwemmgutfreien Durchfluss des Donauwassers an der Rechenanlage vor den Turbineneinläufen sorgt. Rund 900.000 Euro hat die ODK allein in das

Projekt inklusive dem dafür erforderlichen Umbau des Oberwasserpodiums investiert. Verantwortlich für die planmäßige Erneuerung und Umrüstung war der Kraftwerksbetreiber BEW. Mit der Umstellung der Rechenreinigungsanlage auf den modernen Automatik-Betrieb ist die Arbeit vor Ort ein ganzes Stück effizienter, sicherer und letztendlich auch komfortabler geworden, denn jetzt erfolgt das Herausheben und Verbringen des Schwemmgutes prozessor- und sensorgesteuert.

Bis zu 500 Tonnen Schwemmgut, in erster Linie Treibholz, aber auch Wohlstandsmüll und Schrott, „filtert“ die Rechenreinigungsanlage in Günzburg pro Jahr aus der schwäbischen Lebensader. Ein zertifizierter Entsorgungsbetrieb transportiert dieses Material je nach Bedarf ab und übernimmt die fachgerechte Sortierung und Entsorgung. Damit leistet das Kraftwerk neben der CO<sub>2</sub>-Vermeidung auch einen wichtigen Umweltbeitrag zur Reinhaltung der Donau.

### Neue Formen der Zusammenarbeit

Zum nachhaltigen Betrieb der Wasserkraftanlagen kümmert sich die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) aktiv um neue Formen der Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Gewässernutzern. So wurden zum Beispiel gemeinsam mit Fachverwaltung und -verbänden, mit Wissenschaft und Fischerei eine Vielzahl von gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekten durchgeführt, u. a. Projekte zur Verbesserung der Gewässerstruktur und Auenentwicklung. Auch ist die BEW als Projektpartner mitbeteiligt am Naturschutz-Großprojekt „Schwäbisches Donautal - Auwaldverbund von nationaler Bedeutung“, einer Auwaldentwicklung oberhalb der Staustufe Dillingen.

Die vorhandenen Staustufen zwischen Neu-Ulm und Donauwörth gewährleisten zusammen mit dem Riedstrom einen wirksamen Hochwasserschutz in diesem Gewässerabschnitt. Das durch den Riedstrom aktivierte Retentionspotenzial im Donauried hat über-

Bayerischer Qualitätspreis 2013:

# Der Freistaat setzt Maßstäbe

Auszeichnung für wirtschaftsfreundliche Gemeinden

Zum 21. Mal verlieh die Bayerische Staatsregierung in der Münchner Residenz den Bayerischen Qualitätspreis. In der Kategorie „wirtschaftsfreundliche Gemeinde“ wurden dabei insgesamt fünf Preisträger gewürdigt. Prämiert wurden bayerische Gemeinden, die optimale wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen und dabei den Qualitätsgedanken konsequent umsetzen. Zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit wurde 2013 erstmals ein Sonderpreis für wirtschaftsfreundliche und innovative Kooperationsprojekte mehrerer Kommunen mit Modellcharakter auslobt.

Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr die Stadt Rain (Landkreis Donau-Ries), die Stadt Weiden i.d.OPf. und die Gemeinde Oberschneiding (Landkreis Straubing-Bogen) sowie der Zweckverband Gewerbegebiet Wörth-Wiesent (Landkreis Regensburg) und die Arbeitsgemeinschaft Rennsteig (Landkreis Kronach). Bei einer Feierstunde überreichten Wirtschaftsminister Martin Zeil und Innenstaatssekretär Gerhard Eck den Preis in Form einer Glaspypiramide. Am Wettbewerb hatten in diesem Jahr auf Vorschlag von bayerischen Wirtschaftsorganisationen und den Bezirksregierungen 17 Städte und Gemeinden teilgenommen.

## Exzellente Produkte

„Qualität aus Bayern setzt weltweit Maßstäbe. Nur ein Höchstmaß an Qualitätsbewusstsein lässt exzellente Produkte und Dienstleistungen entstehen und ist für die Unternehmen Erfolgsfaktor, Wettbewerbsvorteil und Alleinstellungsmerkmal zugleich. Alle Preisträger haben dies eindrucksvoll bewiesen“, betonte Wirtschaftsminister Zeil.

## Säule für den Erfolg

Die Qualität der Gemeinden, insbesondere im Bereich von Infrastrukturprojekten und einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung, sei eine entscheidende Säule für den unternehmerischen Erfolg und die Wettbewerbsfähig-

keit des Standortes Bayern. Die Kommunen spielten hierbei eine maßgebliche Rolle, schafften sie doch die Rahmenbedingungen und beeinflussten so aktiv die Standortentscheidungen von Unternehmen.

Beispiel Rain: Die kreisangehörige Stadt im schwäbischen Landkreis Donau-Ries mit ihren knapp 9.000 Einwohnern wartet mit vielfältigen Initiativen auf, um die Attraktivität des Standorts sowohl für Bürger als auch für die ansässige Wirtschaft zu steigern. Mit dem Projekt „Bayertor“ wurde ein Zentrum für Kultur, Bildung und Gesundheit in zentraler Lage geschaffen.

## Vorbildliche Maßnahmen

Insbesondere die Belegung der Innenstadt durch Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung kann als vorbildlich bezeichnet werden. Ein durchgängiges Angebot der Kinderbetreuung vom ersten bis zum 14. Lebensjahr führt zur optimalen Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aufgrund einer vorausschauenden Bauland- und Erschließungspreispolitik in den vergangenen Jahren haben sich viele Firmen im Industriegebiet der Stadt Rain niedergelassen. Mit der Ausweisung neuer Flächen als Industriegebiet sollen weitere Mittelstandsbetriebe für den Standort gewonnen werden. Hierbei setzt die Stadt Rain erfolgreich für die Belange von Gewerbe- oder Industrieunternehmen ein und steht

bei der Ansiedlung sowie beim Bau oder der Erweiterung mit Rat und Tat zur Seite. Auf diese Weise wurden in den letzten Jahren mehr als 150 Arbeitsplätze in der Region geschaffen.

## Marken von Weltruf

Beispiel Weiden: In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich in Weiden Industrie und Gewerbe stark gewandelt. Die bis dahin vorhandene Monostruktur von Glas und Porzellan wurde abgebaut und durch Unternehmen des Fahrzeugbaus, der Kunststoffverarbeitung und der Mikroelektronik ergänzt. Marken von Weltruf wie Bauscher, Seltmann und Nachtmann mit hochwertigem Hotel- und Haushaltsporzellan sind „Global Player“ und bilden auch heute noch ein wichtiges Standbein für den produzierenden Sektor. Präzisionsteile von der Formel 1 bis zum 3-Liter-Auto werden bei Hör Technologie gebaut und Kameraobjektive für den weltweiten Filmmarkt bei „Vantage“ in Weiden entwickelt. Deutschlands größte Werkstatt und Autoversatzteilkette, die Firma Autoteile Unger (ATU), hat ihren Sitz in Weiden.

## Attraktives Angebot

Im Bereich des Handels - der Name Witt Weiden bürgt dafür - konnte die Stadt ihre schon sehr gute Einzelhandelszentralität weiter ausbauen und bietet darüber hinaus im Bereich der Dienstleistungen ein attraktives und leistungsstarkes Angebot. Innerhalb der Region Oberpfalz-Nord nimmt die Stadt Weiden in der Oberpfalz eine Vorrangstellung auf wirtschaftlichem Gebiet ein. Dies beweist die hohe Wirtschaftskraft der Stadt.

## Führungskräfte halten

Mit dem reichen Angebot an „weichen Standortfaktoren“ will Weiden Führungskräfte anwerben und halten. Die 1994 gegründete Hochschule Amberg-Weiden trägt ihren Teil dazu bei. Oft ist

die Hochschule in vielen Rankings in der absoluten Spitze zu finden. Was noch viel wichtiger ist: Vier von fünf Absolventen gehen als Nachwuchsführungskräfte direkt in heimische Unternehmen. Mit den Studiengängen Betriebswirtschaft, Wirtschaftsingenieurwesen und dem Studiengang „European business and language studies“ ist der Weidener Teil der Hochschule international ausgerichtet.

## Gewerbegebiet Wörth-Wiesent

Beispiel Zweckverband Gewerbegebiet Wörth-Wiesent: In der östlich von Regensburg gelegenen Gemeinde Wiesent stehen im Gewerbegebiet Wörth-Wiesent, das durch die direkte Anbindung an die Autobahn A3 (Nürnberg-Passau) verkehrstechnisch optimal erreichbar ist, freie Flächen zur Verfügung. Die Größe des Gewerbegebietes beträgt 161.000 m<sup>2</sup> bei einer Nettobaufläche von 126.000 m<sup>2</sup>. Der Preis liegt inklusive Erschließung bei 53 Euro/m<sup>2</sup>. Für das Gebiet ist eine unterschiedliche bauliche Nutzung zugelassen: Zur Verfügung stehen ein Industriegebiet (IG), ein Gewerbegebiet (GE) sowie ein eingeschränktes Gewerbegebiet (eGE).

## Ausgezeichnete Lage

Das Gewerbegebiet „Wörth-Wiesent“ zeichnet sich durch eine ausgezeichnete Lage direkt neben der A3, Anschlussstelle Wörth a.d. Donau-Wiesent, aus. Die Stadt Regensburg ist nur 25 km entfernt und über die A3 in 15 Minuten zu erreichen.

Die Stadt Wörth/Donau und die Gemeinde Wiesent gehören regionalplanerisch zum „Allgemeinen ländlichen Raum“ und sind als Unterzentrum mit der Funktion eines zentralen Doppelortes dargestellt. Mit dieser regionalplanerischen Einordnung wird der siedlungsstrukturelle Zusammenhang hervorgehoben und die Entwicklung einer weitgehenden Schwerpunktbildung mit einem gemeinsamen Versorgung- und Siedlungskern angeregt.

Neben den allgemeinen Zielsetzungen der Schaffung regionaler Arbeitsplätze und der Stärkung der regionalen Wirtschaft beabsichtigen die Stadt Wörth und die Gemeinde Wiesent qualitativ hochwertige Gewerbebestände zu schaffen. DK

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Thema „Öffentliche Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Wirtschaftsminister Martin Zeil (2. v. links) mit Elisabeth Kercher (Bürgermeisterin Wiesent) und Anton Rothfischer (Bürgermeister Wörth, links). □

## Schuldenfreies Lenggries

Erfreuliches hatte der Lenggrieser Bürgermeister Werner Weindl im Rahmen der jüngsten Bürgerversammlung zu verkünden: Die knapp 10.000 Einwohner zählende Gemeinde ist ab April quasi schuldenfrei.

Die gute wirtschaftliche Lage hat der oberbayerischen Zugzugsgemeinde Einkommenssteuereinnahmen in Höhe von über vier Millionen Euro beschert. Noch in diesem Jahr könne ein größeres Darlehen zurückgezahlt werden, kündigte Rathauschef Weindl an. Gleichzeitig werden die Rücklagen, die sich derzeit auf rund 3,7 Millionen Euro belaufen, aufgestockt. Dies ist deshalb nötig, weil in den kommenden Jahren Millioneninvestitionen in den Hochwasserschutz anstehen.

## Erhoffte Impulse

Impulse erhofft sich das Gemeindeoberhaupt von der Neugestaltung des Kasernenareals: Das Bebauungsplanverfahren für das Sportcamp Camp Woodward sei im September abgeschlossen worden, die Betreiber hätten Bauanträge eingereicht, die demnächst im Gemeinderat behandelt würden. Das Sportcamp soll im Herbst den Betrieb aufnehmen. Die dafür nicht benötigten Gebäude und Flächen will die Gemeinde als Gewerbegebiet ausweisen.

Größere Ausgaben fallen laut Weindl heuer für den Bau eines neuen Hochbehälters für die Trink- und Löschwasserversorgung an, der rund 1,5 Millionen Euro kosten wird. Auch diverse Almen und Hütten müssen an das Kanalnetz der Gemeinde angeschlossen werden. Die rund drei Millionen teure Verlegung wird rund drei Jahre dauern. Freistaat und Hüttenbesitzer teilen sich die Kosten. DK

## Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 11. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Abfallbehälter

**BECK**  
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00  
www.stadtmobel.de

### Bänke

**NUSSER**  
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111  
www.stadtmobel.de

### Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahlgedrucktes · und vieles mehr

**ORTMAIER**  
DRUCK GmbH

Tel. 087 32 / 92 10-663 · Fax 087 32 / 92 10-669  
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

**FLYERPARA.DE**  
www.flyerpara.de  
Das Online-Druckportal aus dem Hause Ortmaier Druck

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen  
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Absperrpfosten

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

### Fahradabstellanlagen

**LANGER** s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Kommunale Energieberatung

**KlimaKom** Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert  
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/80 06 68 900 • www.klima-kommune.de  
peter.keller@green-city-energy.de

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

### Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

**LRS**  
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier  
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service  
Wolftrathäuser Straße 9a  
82049 Pullach im Isartal  
Telefon: (089) 74 44 24 98  
Fax: (089) 74 44 24 99  
E-Mail: info@l-r-service.de  
Internet: www.l-r-service.de

**DELW**  
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauenlobstraße 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

Bitte vormerken:  
**13. Juni 2013**

**Power für Bayerns Kommunen:  
6. Energieforum  
der Bayerischen Gemeindezeitung**

im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**Inserieren bringt Erfolg!**  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)



GZ-Dokumentation:

## ORIENTIERUNGSHILFEN FÜR ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNGEN IN DER ENTSORGUNGSBRANCHE

Anfang 2009 veröffentlichten der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag, und der VBS die "Orientierungshilfen für öffentliche Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche". Ausgangspunkt hierfür war die gemeinsame Einschätzung, dass der Wettbewerb in der Entsorgungsbranche vermehrt über die Senkung von Sozial- und Ökostandards betrieben wird. Diese Praxis geht einerseits zu Lasten derjenigen privaten Entsorgungsunternehmen, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind, d.h. qualitativ hochwertige Leistungen anbieten und zudem ihre Beschäftigten angemessen bezahlen. Andererseits ist der Zuschlag für Billigstanbieter häufig verbunden mit Klagen der Bürger über mangelhafte Leistungserbringung und führt somit auch zu Problemen auf Seiten der Kommunen.

Die Beteiligten haben sich vor dem Hintergrund der positiven Resonanz auf die erste Veröffentlichung entschlossen, diese überarbeitete und aktualisierte Fassung vorzulegen. In der Tradition eines konstruktiven Zusammenwirkens zwischen öffentlich-rechtlichen

Entsorgungsträgern (örE) und der mittelständisch geprägten privaten Entsorgungswirtschaft stimmen die Unterzeichner darin überein, dass öffentliche Ausschreibungen nicht zu einem ruinösen Unterbietungswettbewerb auf niedrigem Qualitätsniveau mit negativen

sozialen und ökologischen Auswirkungen führen sollten. Die nachstehenden Orientierungshilfen wurden unter Beachtung der derzeitigen Rechtsprechung entwickelt. Das Auftragsberatungszentrum Bayern und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband haben die Erarbeitung unter vergaberechtlichen Aspekten fachlich begleitet.

Die Anwendung dieser Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen ist praktizierter Umwelt- und Klimaschutz. Denn der Einsatz veralteter Fahrzeugtechnik und/oder lange Anfahrtswege zum Ort der Leistungserbringung konterkarieren beispielsweise die ehrgeizigen Klimaschutzziele, die sich die EU, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung gesetzt haben. ■

Diese Orientierungshilfen sollen eine Hilfestellung für die kommunalen Auftraggeber sein und eine preiswerte, aber hochwertige Entsorgung sicherstellen. Ob überhaupt und falls ja in welchem Umfang sie bei einer anstehenden Ausschreibung angewendet wer-

den, entscheidet selbstverständlich jeder öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger in eigener Verantwortung. Die folgenden Empfehlungen stellen lediglich eine Orientierungshilfe dar, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. ■

# 1. VERGABERECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

## WIE KANN MAN QUALITÄT IM VERGABEVERFAHREN BERÜCKSICHTIGEN?

Das Vergaberecht unterscheidet streng zwischen Anforderungen an die Bieter (Eignungskriterien) und Anforderungen an die angebotene Leistung (Zuschlagskriterien).

Abs. 5 VOL/A). Die Bieter müssen bestimmte Mindestanforderungen erfüllen, es ist aber nicht zu bewerten, ob einer besser geeignet ist als der andere.



Die Orientierungshilfen für öffentliche Ausschreibungen sind Bestandteil des aktuellen Umweltpakts Bayern. Umweltminister Dr. Marcel Huber hob bei der jüngsten Tagung des VBS e.V. nochmals ausdrücklich deren Bedeutung hervor. ©VBS e.V.

„Bei der Auswahl der Angebote, die für den Zuschlag in Betracht kommen, sind nur Bieter zu berücksichtigen, die die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderliche Eignung besitzen“ (§ 19 EG

Dagegen werden die Angebote bei der Wertung in eine Rangfolge gebracht entsprechend den vorher festgelegten Kriterien und Gewichtungen: „Bei der Entscheidung über den Zuschlag berücksichtigen die Auftrags-

geber verschiedene durch den Auftragsgegenstand gerechtfertigte Kriterien, beispielsweise Qualität, Preis, technischer Wert, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, Umwelteigenschaften, Betriebskosten, Lebenszykluskosten, Rentabilität, Kundendienst und technische Hilfe, Lieferzeitpunkt und Lieferungs- oder Ausführungsfrist“ (§ 19 EG Abs. 9 VOL/A)

Das Problem dabei ist: Die Dienstleistung ist zum Zeitpunkt der Wertung erst angeboten, ihre Qualität ist bloß versprochen und zum Zeitpunkt der Angebotswertung nicht prüfbar. Das hat zwei Konsequenzen:

- Erstens kann man die unterschiedliche Qualität der Leistungserfüllung nicht vorab messen, man muss vielmehr das Qualitätsniveau für alle Bieter verbindlich festlegen (die Qualität der versprochenen Leistung kann man im Rahmen einer Wertungsmatrix nur berücksichtigen, soweit sie sich an objektiven Leistungsmerkmalen festmachen lässt, z.B. für Fahrzeuge mit höherer Euro Norm).
- Zweitens muss man die Leistungsanforderungen so konkret festlegen, dass sie im Vertragsvollzug auch überprüft und durchgesetzt werden können.

An die Eignung der Bieter dürfen keine höheren Anforderungen gestellt werden als nötig. Bei der Festlegung der Leistungsanforderungen hat der Auftraggeber dagegen einen weiten Spielraum. Er kann festlegen, wie die Leistungen im Einzelnen zu erbringen sind und kann dabei auch soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte berücksichtigen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen (§ 97 Abs. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen).

Öffentliche Auftraggeber sind verpflichtet, Aufträge in mittelstandsgerechte Lose zu teilen, nach der Art der Leistung (Fachlose) und nach der Größe (Gebietslose). Die Leistung darf aber nicht unwirtschaftlich zersplittert werden. Die Entscheidung soll gut überlegt und in der Vergabedokumentation festgehalten werden. ■

## 2. ANFORDERUNGEN AN DIE BIETEREIGNUNG

Bei den Anforderungen an Bieter müssen wir unterscheiden zwischen den Kriterien, anhand derer die Eignung beurteilt wird, und für die bestimmte Mindestanforderungen gestellt werden können, und den Nachweisen, die dazu gefordert werden dürfen.

### GEPRÜFT WERDEN DREI KRITERIEN:

- finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit,
- Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit,
- Gesetzestreue und zuverlässige Vertragserfüllung.

Die VOL/A verbietet es, mehr Unterlagen und Angaben zu verlangen, als für den Auftrag notwendig sind. Anstelle von Nachweisen sollen Eigenerklärungen verlangt werden, erforderliche Nachweise zur Verifizierung der Angaben kann man erst von den Bietern der engeren Wahl verlangen. Alle Anforderungen sind in den Vergabeakten zu begründen (§ 7 EG Abs. 1 VOL/A).

### ALS NACHWEIS DER FINANZIELLEN UND WIRTSCHAFTLICHEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT KANN VON DEN BEWERBERN VERLANGT WERDEN:

- Bankauskunft / Bankerklärung oder Nachweis der Berufshaftpflichtversicherungsdeckung (Anmerkung: da die herkömmlichen Bankauskünfte evtl. wenig Aussagekraft haben und besondere Anforderungen i.d.R. nicht gestellt werden dürfen, wäre der Nachweis der Haftpflichtversicherung zum Zeitpunkt des Zuschlags zu fordern).
- Vorlage von Bilanzen oder Bilanzauszügen des Unternehmers, soweit deren Veröffentlichung vorgeschrieben ist (Anmerkung: Diese können bei inländischen Firmen im elektronischen Bundesanzeiger eingesehen werden).
- Erklärung über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei Jahren, sowohl

insgesamt wie für die betreffende Leistungsart, (Anmerkung: bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass sich eine Firma mit dem neuen Auftrag vergrößern kann und dann individuell zu klären ist, ob sie das voraussichtlich durchstehen wird).

### ZUR FACHKUNDE UND TECHNISCHEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT SIND ALS NACHWEISE ZUGELASSEN:

- Referenzliste der letzten drei Jahre mit Angabe von Zeit, Wert und Auftraggeber,



Moderne Kreislaufwirtschaft spart Ressourcen und vermindert klimaschädliche Treibhausgasemissionen. ©Fotolia.com

- Angaben über die technische Ausrüstung und die Qualitätssicherungsmaßnahmen,
- Angaben über die Wahrnehmung der technischen Leitung und Qualitätssicherung,
- Nachweise zur Berufsqualifikation der verantwortlichen Personen.

Während die Bieter für ihre Fachkunde und Leistungsfähigkeit die Beweislast haben, müssen sie ihre vertragliche Zuverlässigkeit nicht beweisen - die Beweislast für die etwaige Unzuverlässigkeit eines Bieters liegt beim Auftraggeber. Nachweisen kann man nur das Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen (§ 6 Abs. 6 VOL/A EG) wie Insolvenz (Anmerkung: die Insolvenzbekanntmachungen inländischer Firmen sind im Internet zu finden) oder Vorstrafen (aber man ist nicht schon deshalb zuverlässig, weil man in den beiden letzten Jahren nicht verurteilt wurde).

### FÜR DIE GESETZESTREUE WERDEN NACHWEISE ZUR UNTERMAUERUNG DER EIGENERKLÄRUNGEN VOR AUFTRAGSERTEILUNG GEFORDERT:

- Eigenerklärung über Zahlung von Steuern oder Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts,
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkassen,
- Falls der Auftraggeber ausnahmsweise Kenntnis erlangt, dass eine verantwortliche Person einschlägig vorbestraft ist (§ 6 Abs.4 EG VOL/A), ist ein Auszug aus dem Bundeszentralregister anzufordern.

Ein Auftraggeber kann im Bedarfsfall in der Wertungsphase einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister von einem Unternehmen beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Fachliche Zuverlässigkeit wird auch in §16 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) gefordert, Entsorgungsfachbetriebe nach § 52 KrW-/AbfG erfüllen diese Anforderungen. Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb sollte daher gefordert werden. Alternative gleichwertige Nachweise sind bei Ausschreibungen zuzulassen.

Zahlreiche der oben aufgeführten Nachweise werden bereits mit der Präqualifizierung erbracht. Der Nachweis durch Präqualifizierung sollte zugelassen werden, ohne auf die konkrete Benennung und Prüfung von Referenzen zur vertragsrechtlichen Zuverlässigkeit zu verzichten.

Der Auftragnehmer kann sich auch auf die Leistungsfähigkeit von Subunternehmern stützen, muss dies aber im Angebot angeben, vor Auftragserteilung den Subunternehmer benennen und dessen Referenzen beibringen, sowie die Verpflichtungserklärung, dass er im Auftragsfall die vorgesehenen Leistungen bis zum Vertragsende ausführen wird. Für Bietergemeinschaften sind entsprechende Forderungen aufzustellen. ■

# 3. ANFORDERUNGEN AN DIE LEISTUNGSERBRINGUNG

## 3.1 FESTLEGUNGEN IN DER LEISTUNGSBESCHREIBUNG

„Die Leistung ist eindeutig und erschöpfend zu beschreiben, so dass alle Bewerber die Beschreibung in gleichem Sinne verstehen müssen und dass miteinander vergleichbare Angebote zu erwarten sind (Leistungsbeschreibung)“ (§ 8 Abs. 1 EG VOL/A).

- In der Leistungsbeschreibung ist die gewünschte Sammeltechnik anzugeben, z. B. Heck- oder Seitenlader.
- Der Bereitstellungsort der Behälter ist zu definieren (z.B. Straßenrand, Grundstücksgrenze).



Kompost ist nicht gleich Kompost: Mit dem RAL-Gütezeichen werden Komposte als hochwertige „Produkte“ zertifiziert, die als Bodenverbesserungs- und Düngemittel erfolgreich eingesetzt werden.

©Bilddatenbank BMU

### A) PERSONALEINSATZ

In der Entsorgungsbranche spielen die Personalkosten eine ganz entscheidende Rolle bei der Kalkulation.

### ES WIRD DAHER EMPFOHLEN, BEI AUSSCHREIBUNGEN FOLGENDE MINDESTANFORDERUNGEN MIT AUFZUNEHMEN:

- Ortskundiges Personal: Der Auftragnehmer muss sein Personal - Fahrer, Lader - bei Auftragsbeginn ortskundig machen

(man kann aber nicht verlangen, dass er schon ortskundiges Personal vorhält).

- Deutschsprechendes Personal: Wenigstens der Teamleiter muss einwandfrei deutsch sprechen.
- Kontinuierliche Beschäftigung: Der Auftragnehmer (bzw. sein Subunternehmer) muss für die Dauer des Auftrags fest angestellte Mitarbeiter einsetzen. Es empfiehlt sich, vom Auftragnehmer ein Konzept zur Mitarbeiterschulung zu verlangen.

### B) BETRIEBSORGANISATION

Für die Qualität der Leistung ist eine effiziente, klare Betriebsorganisation und kompetentes Personal notwendig. Die interne Betriebsorganisation ist Sache des Auftragnehmers, aber die Gestaltung der Zusammenarbeit ist vertraglich zu regeln, insbesondere beim Beschwerdemanagement. Da nicht alle Beschwerden berechtigt sind und ein Streiten im Nachhinein sinnlos ist, kommt es darauf an, Reklamationen unverzüglich aufzuklären.

Dabei müssen Auftraggeber und Auftragnehmer zusammenarbeiten. Die Beschwerden sollte der Auftraggeber entgegennehmen, damit sich Streitigkeiten nicht ohne sein Wissen aufschaukeln können (auch wer Leistungen delegiert, muss sich um sie kümmern und dafür Arbeitskraft und -zeit vorhalten).

### ES WIRD EMPFOHLEN, ZUR BETRIEBSORGANISATION FOLGENDE PUNKTE IN DIE AUSSCHREIBUNG AUFZUNEHMEN:

- Der Ansprechpartner beim Auftragnehmer muss bei der Einsatzleitung angesiedelt sein, d.h. er muss für die Überwachung der Leistung qualifiziert und zu Anweisungen an das Einsatzpersonal bevollmächtigt sein, um so Mängel sofort abstellen zu können.



Kompetentes und motiviertes Personal – wichtiger Baustein für eine gute Dienstleistung.  
©Fotolia.com

- Der Auftraggeber sollte vorgeben, in welchen Zeiträumen die Ansprechpartner telefonisch erreichbar sein müssen
- Die von der Kommune bzw. im Auftrag der Kommune betriebenen Umschlagstellen möglichst ortsnah vorgeben

### C) TECHNIK

Veraltete Fahrzeuge, die möglicherweise schon voll abgeschrieben sind, können zwar zu einem billigeren Preis der Entsorgungsdienstleistung führen. Sie haben aber durch erhöhte Schadstoffemissionen negative ökologische Folgen. Daher sollte die Ausstattung der eingesetzten Fahrzeuge auf dem aktuellen Stand der Technik sein.

### FOLGENDE ANFORDERUNGEN KOMMEN BEISPIELHAFT IN BETRACHT:

- Der Auftragnehmer muss Fahrzeuge mit dem aktuellen Stand der Technik einsetzen (mindestens Euro 4 Norm)
- Jedes Fahrzeug muss über Mobiltelefon erreichbar sein, damit man Reklamationen unverzüglich bereinigen kann
- Es ist möglich, dem Auftragnehmer das Stellen und Einsatzbereithalten der Behälter zu übertragen, z.B. in Form einer Miete. Dazu benötigt er ein Auslieferungslager und Personalkapazität, die er mit seinem Angebot darstellen soll. Ebenso gut ist es möglich, dass der kommunale Auftraggeber die Abfallbehälter stellt
- Die Abfallbehälter müssen neu bzw. neuwertig sein und der aktuellen EU-Norm entsprechen.

### 3.2. GEEIGNETE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Kernbestand des Vertrags ist, dass ein Partner Leistungen bekommt und der andere dafür Vergütung. In der förmlichen Ausschreibung hat der Auftraggeber die Leistung vorzugeben und der Bieter seine Preisvorstellung für diese zu benennen. Dazu kommen die Nebenbestimmungen über Fristen, Risiken, Verantwortlichkeiten, Leistungs- und Preisänderungen usw.

#### SIE SIND IN DER SYSTEMATIK DER VOL/A IN VERTRAGSBEDINGUNGEN ZU REGELN UND ZWAR IN

- Allgemeinen Vertragsbedingungen (= VOL/B),
- Besonderen Vertragsbedingungen (= Regelungen für den einzelnen Vertrag) und
- Ergänzenden und Zusätzliche Vertragsbedingungen (= „Kleingedrucktes“ je nach Auftraggeber und Leistungsbereich).

Dem öffentlichen Auftraggeber ist grundsätzlich vorgeschrieben, die VOL/B als Allgemeine Vertragsbedingungen zu vereinbaren. Einen von zwei Seiten unterschriebenen Vertrag benötigt man nicht, das Angebot wird mit dem Auftragsschreiben angenommen.

#### FOLGENDE REGELN SOLLTEN IN DEN BESONDEREN VERTRAGSBEDINGUNGEN BERÜCKSICHTIGT WERDEN:

- Bei der Festlegung von Vertragslaufzeiten ist auch das vergaberechtliche Wettbewerbsprinzip zu beachten. Vor diesem Hintergrund sollte die Vertragslaufzeit lang genug bemessen werden, um den Beschaffungszweck und den damit verbundenen Leistungsaufwand der Bieter zu rechtfertigen. Die Überlegungen zu den Vertragslaufzeiten sind zu dokumentieren und in der Entscheidung zu begründen. Als Orientierungshilfe für eine vergaberechtskonforme Vertragslaufzeit können die Vorgaben zur Schwellenwertberechnung in der Vergabeverordnung (VgV) herangezogen

werden. Danach ist eine Vertragslaufzeit von vier Jahren ohne weiteres vergaberechtskonform. Auch längere Vertragslaufzeiten können zulässig sein. Liegen besondere, durch den Beschaffungsgegenstand gerechtfertigte Umstände vor, z.B. wenn der Auftragnehmer Fahrzeuge, Behälter oder technische Anlagen anschaffen muss, können auch Vertragslaufzeiten von sieben bis zehn Jahren angemessen sein.

- Längere Vertragslaufzeiten erfordern Preisankpassungsklauseln (Personal, Diesel, Beschaffung/Investitionen), damit die Bieter bei der Kalkulation nicht über die Kostentwicklung spekulieren müssen. Währungsrechtlich zulässig sind Kostenelementeklauseln, welche die Entwicklung der Löhne (L, Fahrer), Treibstoffe (D, Diesel) und Ersatzteile etc. (M, Maschinenbau) bezogen auf die ursprünglichen Kosten (0) wiedergeben. Die grundsätzliche Formel lautet

$$P = P_0 \times (a \times D/D_0 + b \times L/L_0 + c \times M/M_0)$$

Der prozentuale Anteil der einzelnen Kostenelemente am Gesamtpreis (a, b, c, z.B.

0,3 für 30 %) hängt von der konkreten Leistung ab und kann entweder von den Bietern im Angebot abgefragt werden und muss dann mit einer Prognose gewertet werden oder man gibt marktgerechte Werte verbindlich vor, nachdem man sie bei mehreren Marktteilnehmern abgefragt hat. Dazu sollte eine Bagatellgrenze (Selbstbeteiligung) festgelegt werden.

- Vertragsstrafen sind innerhalb der engen Grenzen von § 11 VOL/B möglich. Sie dürfen nach herrschender AGB-Rechtsprechung nicht verschuldensunabhängig sein.
- Einsatz von Subunternehmern oder Wechsel des eingesetzten Subunternehmers ist, soweit nicht bereits Gegenstand des Angebots, nur mit Zustimmung des Auftraggebers möglich. Der Subunternehmer muss die in der Ausschreibung geforderten Anforderungen nachweisen. (Hinweis: Subunternehmeraustausch in großem Umfang kann zu einer Neuausschreibungspflicht führen.)
- Der Auftragnehmer hat ein Betriebstagebuch zu führen und dem Auftraggeber bei besonderen Vorkommnissen Einsicht zu geben bzw. Auszüge zu übergeben. ■



Auf Hybridbasis angetriebene Müllfahrzeuge verzeichnen gut 30 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber konventionellen Müllfahrzeugen. ■



Für die Qualität der Leistung ist eine effiziente, klare Betriebsorganisation notwendig.

©Fotolia.com

## 4. ANFORDERUNGEN AN DIE ANGEBOTE

Zusätzlich zum Angebot können sinnvolle Angaben zur Leistungserbringung vom Bieter gefordert werden. Diese Angaben erlauben eine Abschätzung, ob die versprochene Qualität voraussichtlich eingehalten wird. Im Einzelnen muss man überlegen, welche Angaben man mit dem Angebot fordert und welche von den Bietern der engeren Wahl vor Auftragserteilung zusätzlich zu verlangen sind.

### FOLGENDE ABFRAGEN KÖNNEN ZWECKMÄßIG SEIN:

- Beschreibung der Betriebsorganisation, d.h. der Zuständigkeiten, Abläufe und Ansprechpartner, deren Qualifikation und deren Erreichbarkeit insbesondere bei Beschwerdefällen.
- Routenplanung: Der Bieter kann nicht sorgfältig kalkulieren, ohne geplant zu haben, welche Strecken mit welchem Personal in welcher Zeit bewältigt werden. Die Abfuhrplanung sollte mit dem An-

gebot verlangt werden, einschließlich Angaben über die Betriebsstelle von der aus die Leistung erbracht wird und über die Umschlagstellen.

- Angabe der eingesetzten Fahrzeuge mit Schüttung.
- Vorbereitungskonzept: Der Auftragnehmer



Früher war alles „Abfall“; heute handelt es sich um wertvolle Sekundärrohstoffe.

©Fotolia.com

muss sich überlegen, welche Maßnahmen in welchen Zeiträumen bis zur Aufnahme der Leistungen erforderlich sind: Bis wann steht das Personal zur Verfügung, bis wann ist es eingewiesen, bis wann stehen die Fahrzeuge bereit. Soll er z.B. die Abfallbehälter stellen, muss er sich überlegen, wie der Austausch vonstatten gehen soll. Das wäre mit dem Angebot abzufragen und vor Auftragserteilung nachzuweisen.

- Angaben zur Kalkulation (ggf. incl. kalkulierte Leerungszahlen) Zusätzlich Hinterlegung der Grob- und Feinkalkulation in verschlossenem Umschlag (Öffnung nur mit Zustimmung des Auftragnehmers zur Prüfung, falls die Vermutung eines Unterangebots vorliegt).
- Der Auftragnehmer muss Lärmschutzvorschriften einhalten. Er kann dazu aufgefordert werden, vor Auftragsvergabe zu erläutern, welche Maßnahmen er dazu unternimmt, ebenso zur Einhaltung anerkannter Standards zur Gütesicherung, z.B. § 12 Abs. 3 Bioabfallverordnung.
- Die von der Kommune erwarteten ortsnahen Umschlagstellen, um unnötiges Herumfahren der Abfälle zu vermeiden, muss entweder der Auftraggeber bereitstellen oder er muss den Auftragnehmern genügend Zeitvorlauf ermöglichen, um eigene ortsnahen Stellen einzurichten; andernfalls könnte die Forderung diskriminierend sein. ■

## 5. BERÜCKSICHTIGUNG VON QUALITÄTSKRITERIEN NEBEN DEM PREIS

Grundsätzlich gibt es bei der Wertung von Angeboten zwei unterschiedliche Möglichkeiten der Herangehensweise: Einerseits ist es möglich, hohe Qualitäts- und Umweltstandards in der Leistungsbeschreibung als



Mindeststandards festzulegen, und den Zuschlag dem Bieter mit dem niedrigsten Preis zu erteilen.

Alternativ dazu ist die Erstellung einer Wertungsmatrix möglich, die neben dem Preis weitere Kriterien berücksichtigt, d.h. es werden Bewertungspunkte vergeben in dem Maß, in dem die Mindestanforderung überboten wird.

### BEISPIELE

- Abfuhr: Qualität des Konzepts des Bieters, um im Auftragsfall die Ortskunde der Mitarbeiter zeitnah zu gewährleisten,
- Wertstoffhof: Berufserfahrung des Leiters

(zur Vermeidung von störungsbedingten Kosten für die Kommune),

- Verwertung von Abfällen: CO<sub>2</sub>-Ausstoß für den Transport zur Abladestelle (z. B. Bewertung von Entfernungskm und Fahrzeugkennwerten),
- Sonderpunkte für das Überbieten der Mindestanforderungen hinsichtlich Schadstoff- und Lärmreduzierung der Fahrzeuge.

Die Bewertungskriterien und ihre Gewichtung (d.h. die Wertungsmatrix) sind bei europaweiten Vergabeverfahren zwingend schon in der Ausschreibung anzugeben. ■

München, im April 2012

Dr. Maria Wellan

Ständige Vertreterin des  
Geschäftsführenden Präsidialmitglieds  
Bayerischer Landkreistag

Bernd Buckenhofer

Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied  
Bayerischer Städtetag

Frank Dollendorf

Geschäftsführer  
Auftragsberatungszentrum  
Bayern e.V.

Otto Heinz

Präsident  
Verband der Bayerischen  
Entsorgungsunternehmen e.V.



## WUSSTEN SIE SCHON?

- Aufgrund von Investitionen in modernste Technologien und Anlagen konnten die Unternehmen der Branche in den vergangenen 15 Jahren rund 56 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente einsparen. Dies entspricht knapp einem Viertel der in Deutschland erreichten Reduktion von 235 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>- Äquivalenten
- 1 kg „Handy-Schrott“ enthält ca. 16 mg Gold und ca. 69 g Kupfer
- Eine Tonne Erz einer Goldmine enthält ca. 5 g Gold, eine Tonne Alt-Handys 250 g Gold
- Eine Tonne Erz einer Kupfermine enthält zwischen 10 und 50 kg Kupfer, eine Tonne Alt-Handys 69 kg Kupfer
- Beschäftigte in der Recycling- und Entsorgungswirtschaft in Deutschland: ca. 175.000
- Gesamtabfallmenge in Bayern: 516 kg pro Einwohner p.a., davon 345 kg Wertstoffe
- Verwertungsquote für Abfälle in Bayern: 72,6 %
- Im Jahr 2009 wurden rund 45 Prozent des deutschen Stahls aus Stahlschrott hergestellt. Dies entspricht 20 Millionen Tonnen Stahlschrott
- Vor dem Hintergrund steigender Rohstoffpreise halten 61 % der Bundesbürger das Recycling von in Deutschland anfallendem Müll für die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen für sehr wichtig, 36 % für wichtig
- Eine Mehrheit der Bundesbürger hält die Einführung einer Wertstofftonne für sinnvoll (39%) oder sehr sinnvoll (26 %)

Quellen: Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU), Forsa, Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH

## DIE PARTNER

### BAYERISCHER LANDKREISTAG

Kardinal-Döpfner-Straße 8, 80333 München  
Postfach 34 02 63, 80099 München  
Telefon: +49 (0)89 - 28 66 15 - 0  
Telefax: +49 (0)89 - 28 28 21  
www.bay-landkreistag.de  
info@bay-landkreistag.de

### BAYERISCHER STÄDTETAG

Prannerstraße 7, 80333 München  
Postfach 10 02 54, 80076 München  
Telefon: +49 (0)89 - 29 00 87-0  
Telefax: +49 (0)89 - 29 00 87-70  
www.bay-staedtetag.de  
post@bay-staedtetag.de

### AUFTRAGSBERATUNGSZENTRUM BAYERN E.V. (ABZ E. V.)

Orleansstraße 10-12  
81669 München  
Tel.: +49 (0)89 - 5116-3172  
Fax: +49 (0)89 - 5116-3663  
www.abz-bayern.de  
info@abz-bayern.de

### VERBAND DER BAYERISCHEN ENTSORGUNGSUNTERNEHMEN E.V. KREISLAUFWIRTSCHAFT UND STÄDTEREINIGUNG (VBS)

Max-Joseph-Str. 5, 80333 München  
Tel.: +49 (0)89 - 76 70 01 70  
Fax: +49 (0)89 - 76 70 01 72  
www.vbs-ev.de  
info@vbs-ev.de

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung  
**Redaktion:** Anne-Marie von Hassel  
**Fotos:** Fotolia, Bilddatenbank BMU,  
Mercedes-Benz-Nutzfahrzeuge, VBS e. V.  
**Verantwortlich:** Rüdiger Weiß  
**Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH**  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
**Telefon** 08171 / 9307-11, -12, -13  
**Telefax** 08171 / 805 14  
**eMail:** info@gemeindezeitung.de  
**Internet:** www.gemeindezeitung.de  
**Druck:** Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg